

D 9817F

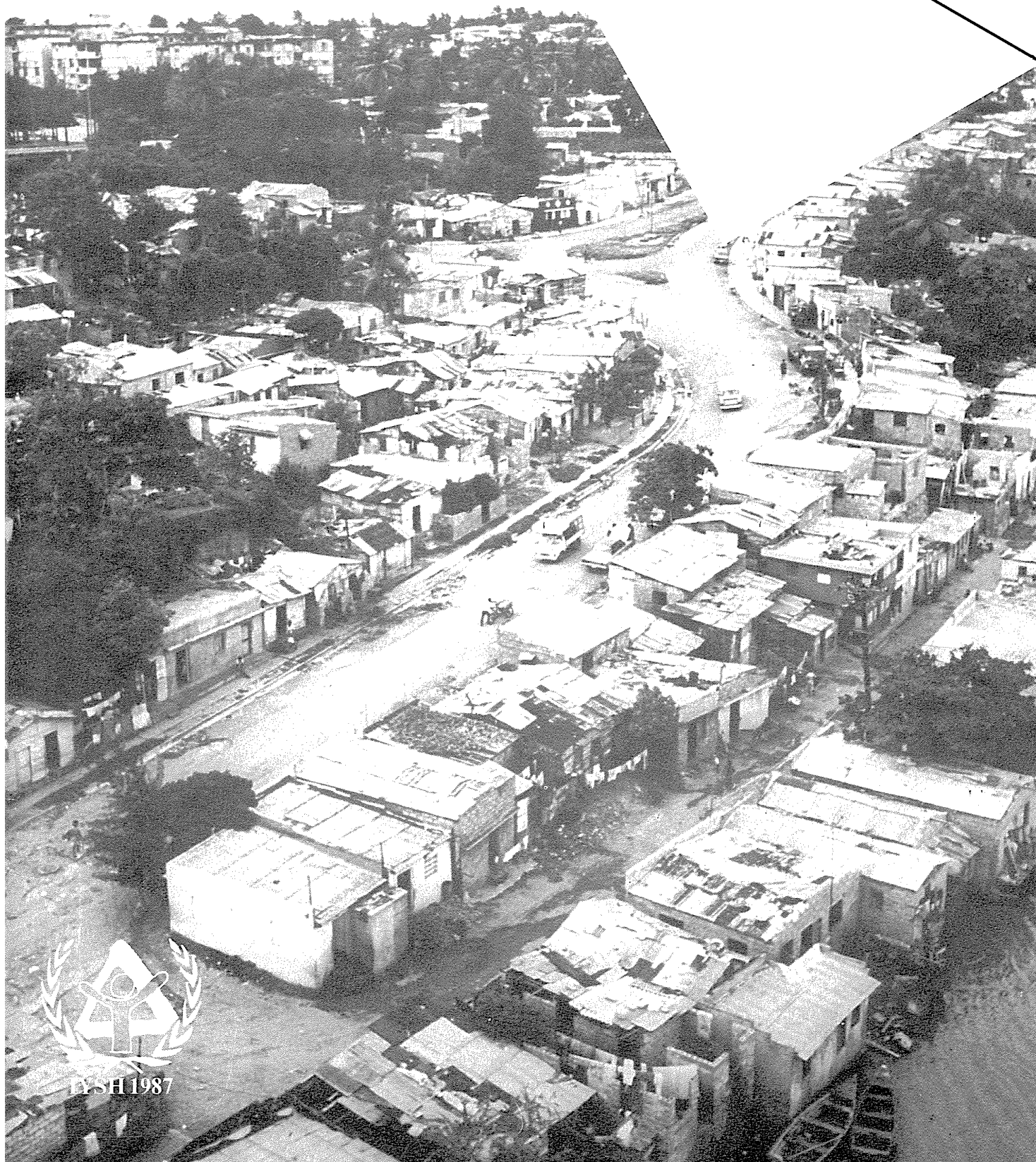
TRIALOG

Internationales Jahr
der Hilfe für Menschen
in Wohnungsnot 1987

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

4. Quartal 1986

10



Impressum:

Herausgeber und Verleger von TRIALOG ist die „Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern“ e.V. (gemeinnützig).

Redaktions- und Vereinsanschrift:
TRIALOG
Ploenniesstr. 18
D-6100 Darmstadt

V.i.S.d.P.: Joanna Kotowski-Ziss

ISSN Nr.: 0724-6234
Gesamtherstellung: Gebrüder Meurer,
Darmstadt 1986

Titel: Dieter Kempniak; Foto: Roland Ziss

Die in TRIALOG veröffentlichten Artikel repräsentieren nicht zwingend die Meinung der Herausgeber/innen und der Redaktion. Nachdruck ist mit Angabe der Quelle gestattet. Artikel, inhaltliche Beiträge und Informationen sind an die Vereinsadresse oder an die regionalen TRIALOG-Kontaktpersonen zu richten:

- Joanna Kotowski-Ziss, TRIALOG
Geschäftsstelle Mitte, Dambachtal 9,
6200 Wiesbaden, Tel.: 061 21 / 52 61 62

- Kosta Mathéy, TRIALOG Geschäftsstelle
Süd, Hofangerstr. 21, 8000 München 83,
Tel.: 089 / 40 07 15

- Florian Steinberg, z. Zt. c/o Institute for
Housing Studies, BIE, P.O. Box 20718, NL-
3001 JA Rotterdam

- Ulrike Zschaebitz, Hans Harms, TU
Hamburg-Harburg, FSP 6, Städtebau III,
Schwarzenbergstr. 93c, 2100 Hamburg
90, Tel.: 040 / 771 70-269 - (2670)

- Ingrid Hermannsdörfer, Erbacherstr. 72,
6100 Darmstadt, Tel.: 061 51 / 42 32 33

- Margit Meßmer, Steinbacher Hohl 38,
6000 Frankfurt / M 90, Tel.: 069 / 7 68 14 43

- Bernd Jenssen, Universität Dortmund,
Postfach 500500, 4600 Dortmund 50,
Tel.: 022 31 / 755-23 98

- Gislind Budnick, Christophstr. 6,
7000 Stuttgart 1, Tel.: 07 11 / 64 39 23

- Joachim Baldermann, Institut für Orts-,
Regional- und Landesplanung, Uni Karls-
ruhe, Postfach 6380, 7500 Karlsruhe 1,
Tel.: 07 21 / 608-21 70

TRIALOG Aboervice und Vertrieb:
Hundertmorgen-Medienversand,
Forstbergstr. 7, D-6107 Reinheim 2,
Tel.: 061 62 / 1674

TRIALOG kostet als Einzelheft
(zuzüglich Porto und Verpackung):
für private Abnehmer 9,- DM
für Institutionen 12,- DM

TRIALOG kostet im Abonnement
(4 Ausgaben):
für Student / inn / en 24,- DM
für Einzelpersonen 32,- DM
für Institutionen 48,- DM

Die Kündigung des Abonnements ist dem
Vertrieb spätestens nach Erhalt des be-
rechneten vierten Heftes mitzuteilen.

Editorial

Wieder einmal haben die Vereinten Nationen ein Internationales Jahr verkündet, um die Menschen in allen Ländern aufzurütteln:

das **Internationale Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot 1987**.

Wir möchten nicht darüber polemisieren, inwieweit Internationale Jahre zur Lösung der Probleme beitragen können, die in Konferenzen und Veröffentlichungen so eindringlich beschworen werden: 1985, das Jahr der Jugend, 1986, das Jahr des Friedens ... Wir wissen alle, daß Internationale Jahre nicht in der Lage sind, Probleme aus der Welt zu schaffen; sie können aber auf Mißstände *aufmerksam machen* und mögliche *Lösungsansätze* aufzeigen.

Warum hat TRIALOG, die deutsche Fachzeitschrift zu Themen des Planens und Bauens in der Dritten Welt, dieses Schwerpunktheft in ihr Programm aufgenommen? Wir wollen gemeinsam mit anderen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen die deutsche Öffentlichkeit über die *Hintergründe der Wohnungsnot* informieren und aus unterschiedlichen Blickwinkeln darstellen, wie *Hilfe für Menschen in Wohnungsnot* geleistet werden kann. Dabei war es für uns durchaus nicht selbstverständlich, an dem „Medienrummel“ gegen die Wohnungsnot mitzuwirken: Unsere personellen (ehrenamtlichen) Kapazitäten sind sehr begrenzt, und normalerweise setzen wir uns wesentlich konkreter mit einer eng umrissenen Fragestellung auseinander.

Den Ausschlag für die Befürwortung dieses Heftes gab schließlich die Perspektive, im Rahmen des Internationalen Jahres den begrenzten Kreis einer Fachöffentlichkeit zu durchbrechen und engagierte Nicht-Fachleute in die Diskussion um die katastrophalen Wohn- und Lebensverhältnisse in der Dritten Welt einzubeziehen.

„Wohnungsnot“, „Wohnungselend“: Das Phänomen haben engagierte Autoren schon häufig qualitativ beschrieben. In seinem einführenden Beitrag verweist **Einhart Schmidt** auf einige von ihnen und zeigt gleichzeitig, wie schwierig es ist, die Begriffe zu definieren und Wohnungsmangel quantitativ zu erfassen.

Wohnung bedeutet je nach Klima, Tradition und ökonomischer Situation etwas anderes; die Anforderungen an Form, Größe und Standard sind außerordentlich verschieden. „*In der Dritten Welt ist die Wohnung der Ort, wo das Leben anfängt und aufhört: Geburt, Krankheit, Tod ...*“

Mit welchem Verständnis gehen wir an das Problem heran? Welche Lösungen können Forscher, Planer, Experten vorschlagen, ohne jemals wirklich in den fremden Kulturkreis eingetaucht zu sein?

Diese Fragen spielen bei den offiziellen Veranstaltungen des Internationalen Jahres höchstens am Rande eine Rolle.

Mathias Hundsalz erläutert, wie es zum Internationalen Jahr 1987 kam, und berichtet über die Aufgaben und Ziele von *UN-Habitat*, der für Wohnungsfragen zuständigen UN-Organisation. Den Optimismus derjenigen, die in der Folge des Internationalen Jahres bis zum Jahr 2000 die Wohnungsfrage lösen wollen, teilt er allerdings nicht: „*Je näher das Jahr 2000 rückt, desto offensichtlicher wird die Aussichtslosigkeit eines Unterfangens, die schlimmsten Mißstände in der Wohnsituation ... zu beheben.*“

Die Beiträge der einzelnen Länder zum Internationalen Jahr sind sehr unterschiedlich. Sie umfassen Änderungen der Baugesetze und -normen oder des Bodenrechts, Erprobung neuer Finanzierungssysteme, Aufbau und Förderung von Institutionen, Wohnungsbau- und Infrastrukturprogramme, Einsatz neuer Baumaterialien und angepaßter Techniken sowie Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.

Dieter Kiel und **Rolf-Peter Löhr** beschreiben den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland auf internationaler und nationaler Ebene. Sie weisen auch auf die Obdachlosenproblematik hier hin, obwohl sich die offiziellen Aktivitäten auf die Dritte Welt konzentrieren. Sie schließen mit einem „Aufruf an alle“: „*Nur wenn wir die Entwicklungsländer ... unterstützen, wird es möglich sein, der großen Herausforderung der Menschheit, der Wohnungsnot und den damit verbundenen Folgeproblemen ... wirksam zu begegnen.*“

Inhalt

Impressum	2
Editorial	2
Einhard Schmidt Menschen in Wohnungsnot - Eine Einführung	4
Mathias Hundsalz Internationales Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot	12
Dieter Kiel / Rolf-Peter Löhr Aktivitäten der Bundesrepublik Deutsch- land im Rahmen des Internationalen Jahres	14
Roland Ziss Wohnungsversorgung - Ein neuer ent- wicklungspolitischer Sektor	18
Hermann Sträß Verstädterungsprobleme in Afrika - Stadt- planung als Krisenmanagement	22
Florian Steinberg Mit angepaßter Ausbildung gegen die Wohnungsnot - Ein Plädoyer für partizipa- torische Stadtteilentwicklung	26
Gisliind Budnick Stand und Perspektiven der Habitat- Forschung - Ein <i>Trialog</i> -Positionspapier	30
Einrichtungen der Habitat-Forschung	32
Was tun gegen die Wohnungsnot - Institutionen, Organisationen, Gruppen	35
· BMZ - Bundesministerium für wirtschaftli- che Zusammenarbeit	
· GTZ - Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit	
· GATE - German Appropriate Technology Exchange	
· KfW - Kreditanstalt für Wiederaufbau	
· Landesamt für Entwicklungszusammenar- beit Bremen	
· DSE - Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung	
· CDG - Carl Duisberg Gesellschaft	
· DED - Deutscher Entwicklungsdienst	
· DESWOS - Deutsche Entwicklungshilfe für Soziales, Wohnungs- und Siedlungswesen	
· Misereor	
· EZE - Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe	
· Arbeiterwohlfahrt	
· Andheri-Hilfe	
· Aktion Bombay	
· terre des hommes	
· ICFD - Internationaler Christlicher Friedensdienst	
· Informationsbüro Nicaragua	
· Pilotprojekt Salvador / Bahia	
· AG SPAK - Arbeitsgemeinschaft sozialpoli- tischer Arbeitskreise, Projektbereich Obdachlosenarbeit	
· Habitat Forum Berlin '87	
· TRIALOG - Vereinigung zur wissenschaftli- chen Erforschung des Planens und Bauens in der Dritten Welt	
Declaración de Tlaxcala: Bericht vom 2. Iberoamerikanischen Städtebaukongreß	51
Termine	52
Bücher	58
English Summaries	59

Nach welchen Grundsätzen in Zukunft entwicklungspolitische Projekte zur Verminderung der Wohnungsnot geplant und durchgeführt werden sollen, regelt das vor kurzem verabschiedete Sektorkonzept „Wohnungsversorgung“ des BMZ. **Roland Ziss** stellt es kurz vor und fragt: „Sind Projekte der Wohnungsversorgung überhaupt in der Lage, die Strukturen zu verändern, die die Wohnungsnot hervorrufen?“ Unter günstigen politischen Bedingungen vielleicht. Jedoch muß sich im Verständnis von Wohnungsversorgung Grundlegendes ändern. Es geht nicht um Wohnungsbau, sondern um die Rahmenbedingungen des Wohnens und Bauens (Infrastruktur, Bauland, Baumaterialien, Baufinanzierung). Die Beteiligung der Bewohner an der Wohngebietsentwicklung ist dabei ebenso unerlässlich wie die Einbindung von Projekten in ein wohnungspolitisches Programm. **Hermann Sträß** weist auf Erfahrungen aus Afrika hin: Wesentlich für menschenwürdiges Wohnen ist nicht nur das Obdach sondern vor allem ein Mindestmaß an Infrastruktur. „Infrastrukturpolitik ist immer auch Stadtentwicklungspolitik.“ „Neue Stadtplanungskonzepte sind zu entwickeln, die besser an die Bedürfnisse der ärmeren Bevölkerung angepaßt sind; mit geringen Kosten soll in Anlehnung an traditionelle lokale Formen des Zusammenlebens eine akzeptable Lebensqualität verwirklicht werden.“

In der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit spielt die Ausbildung eine immer größere Rolle. Die Ausbildungskonzepte entstehen jedoch überwiegend hier bei uns, und nur selten werden Ausbildungsprogramme vor Ort durchgeführt. **Florian Steinberg** plädiert für eine Umorientierung; hiesige und dortige Nichtregierungsorganisationen sollen neue Inhalte erarbeiten und vermitteln, um gemeinsam mit den beteiligten Bewohnern Veränderungen herbeizuführen. „Für die ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ bedeutet es, durch angepaßte Ausbildung einen Beitrag zur Entwicklung des Instrumentariums und der Rahmenbedingungen von gesellschaftlicher Partizipation zu liefern.“ Projekte und Ausbildungsprogramme beruhen auf Erfahrungen aus der Praxis und setzen Erkenntnisse aus der Forschung um. **Gisliind Budnick** faßt eine Diskussion über Stand und Perspektiven der Habitat-Forschung zusammen, die Mitglieder der TRIALOG-Vereinigung anläßlich der letzten Vereinssitzung geführt haben. „Habitat-Forschung ist nicht nur Forschung über die Wohn- und Lebensbedingungen von Menschen, sondern gleichermaßen Forschung mit Menschen.“

Was tun gegen die Wohnungsnot? Die kurzen Beiträge von Institutionen, Organisationen und (entwicklungs)politisch engagierten Gruppen nennen konkrete Beispiele der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot und zeigen das breite Spektrum der möglichen Aktivitäten auf. Es werden eigene Projekte initiiert bzw. Projekte von Partnern gefördert, angepaßte Techniken und Bausysteme entwickelt und Selbsthilfegruppen vor Ort unterstützt; andere krepeln die Ärmel hoch und packen mit an, wieder andere konzentrieren sich auf Informationsvermittlung und Ausbildungsmaßnahmen. Unabhängig davon, ob die Träger staatliche Institutionen, kirchliche Organisationen, gemeinnützige Vereine oder politische Gruppen sind, der Anspruch der „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist allen gemeinsam.

Manche Initiativen werfen berechnete Fragen auf: Warum Styropor nach Indien, gibt es dort keine lokalen Baustoffe? Oder: Warum ungelernete Bauarbeiter nach Nicaragua, gibt es dort nicht genügend Arbeitskräfte? Vielleicht können im einen oder anderen Fall Fachleute vermitteln, was benötigt wird und was geleistet werden kann, und es entsteht ein echter *Trialog* zwischen Initiativen hier, Fachleuten und Bewohnergruppen dort. Entscheidend ist jedoch - hier stimmen wir mit der offiziellen Zielsetzung des Internationalen Jahres überein, daß sich möglichst viele Menschen bei uns für die Überwindung der Wohnungsnot in der Dritten Welt (und auch hier) einsetzen.

Alle in diesem Heft erscheinenden Beiträge sind Originalbeiträge; sie wurden eigens für dieses Sonderheft geschrieben. Sie geben die Meinung der Verfasser und nicht die der Redaktion bzw. des Trägervereins von TRIALOG wieder. Wir möchten den Autoren, Organisationen und Gruppen für ihre Mitarbeit danken. Wir danken auch dem Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für die finanzielle Unterstützung, mit der wir einen Teil der Produktionskosten decken konnten.

Joanna Kotowski-Ziss

Einhard Schmidt

Menschen in Wohnungsnot - eine Einführung

Ein „Internationales Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot“ steht uns bevor. Ein sperriger Name, der sich nicht leicht dem Gedächtnis einprägt. Die holprige deutsche Übersetzung geht noch schwerer von der Zunge als das englische „International Year of Shelter for the Homeless“.

Auf Menschen in Wohnungsnot will die UNO im kommenden Jahr aufmerksam machen. Nicht auf die Wohnungsfrage oder Wohnungspolitik, sondern auf das Schicksal von Menschen, die keine menschenwürdige Wohnung oder gar kein Dach über dem Kopf haben. Das sind viele Millionen Menschen auf der ganzen Erde, vielleicht ein Milliarde; die meisten leben in der Dritten Welt.

Niemand kann sagen, wie viele es wirklich sind. „Menschen in Wohnungsnot“ sind keine klar abgrenzbare Gruppe. Die Frauen der Welt, die Kinder der Welt, die Flüchtlinge der Welt - das sind Gruppen, die sich statistisch aufaddieren lassen. Die Datenbasis dafür ist in jedem Land vorhanden. „Menschen in Wohnungsnot“ tauchen in keiner Statistik auf. Wie sollten sie auch, denn wer definiert, wo Wohnungsnot anfängt und wo sie aufhört. Sozialwissenschaftler und Planer haben zahlreiche Indikatoren entwickelt, um für die größten Städte der Welt annäherungsweise die Zahl der Wohnungssuchenden und Obdachlosen zu bestimmen. Aber versuchen wir nicht zu schnell, Wohnungselend in Zahlen zu fassen.

Die Versuchung ist groß, zunächst das Ausmaß, die Dimension des Problems zu bestimmen. Das ist der Blick von außen. Der Schwenk der Fernsehkamera über endlose Slums mit baufälligen Bretterhütten am Rande schnell wachsender Großstädte der Dritten Welt: Die Hütten bleiben im Gedächtnis; kaum die Bewohner.

Oder die Wahrnehmung von Planern in der Dritten Welt. Das Problem ist den zuständigen Beamten in ihren klimatisierten Büros in seinen Dimensionen bekannt. In Manila beispielsweise leben 50% der Bevölkerung in Slums, 35% sind Squatter. Die Datenbasis für Stadtplanung ist vorhanden. Auch dies ist der Blick von außen.

Oder der Sozialwissenschaftler, der Leben und Überleben im Slum studiert. Ihm bleiben endlose Wanderungen durch ein Labyrinth von schlammigen, mit Abfall übersäten Gassen in Erinnerung. Er sieht

die Leute vor ihren Hütten. Er macht seine Interviews auf der Straße, vor den Häusern, an den öffentlichen Treffpunkten. Von innen kennt er das Leben in den Hüttenstädten kaum. Er hat nie in einer Holzhütte geschlafen. Im Grunde ist er auch jedes Mal erleichtert, wenn er nach seinen Exkursionen in die Slums in sein sauberes Hotelzimmer zurückkommt. Er kann die wenigen Male, die er in den Häusern zu Besuch war, an einer Hand abzählen.

Gelegentlich prägt sich die Gefährdung der eigenen Gesundheit stärker ein als der Überlebenskampf der Slumbewohner. „Zwei Wochen haben wir Interviews in Nima gemacht. Hinterher waren wir alle krank, Amöben, Typhus, Malaria, Guinea-Wurm“, faßt ein Student seine Erfahrungen als Interviewer in Accras größtem Slumquartier zusammen. (1)

Wohnungsnot wird beschrieben, fotografiert, diskutiert und quantifiziert aber fast immer von außen. Die Opfer schweigen über ihre Erlebnisse, über ihren täglichen Existenzkampf und über ihre Gefühle. Die Stimme der Betroffenen ist nicht leicht zu hören. Die Schwelle zwischen ihnen und uns, den Zaungästen, läßt sich nicht durchbrechen. Begnügen wir uns mit Annäherungen.

Wohnungsnot als Lebenskrise

Armut hat viele Gesichter. Wohnungsnot tritt in vielfältigen Formen auf. Immer ist sie eine existenzbedrohende Krise, eingetreten durch ein plötzliches, unerwartetes Unglück oder durch einen schleichenden Prozeß der Verelendung. Für viele bleibt die Krise ein Dauerzustand, aus dem sie sich nicht mehr befreien können.

Obdachlosigkeit in der krassesten und brutalsten Form heißt: Schlafen auf dem Bürgersteig, unterkriechen unter Brücken, unter Arkaden von Geschäftshäusern. In Kalkutta wird die Zahl der Trottoirbewohner auf 40.000 bis 200.000 geschätzt.

„Da liegen sie, zusammengerollt auf einer Strohmatten oder einem Stück Pappe, neben ihnen ein zerbeulter Aluminiumtopf. Vor den gleichförmigen Arkaden aus der Kolonialzeit mit ihren Geschäften aufgereiht, in den Unterführungen, auf dem Platz an den riesenhaften Pylonen der Howrah-Brücke. Dann noch ein paar unter einer hohen Mauer bei den Kaufhäusern der Strand Road unten am Fluß: eine dreiköpfige Familie in einem winzigen Unterschlupf aus zerrissenem Khakituch über einigen Bambusstecken, höchstens 1,20 Meter im Quadrat. Eine große achtköpfige Familie unter einer Plane, die Teetassen hängen an Schnüren von der Mauer. Das alles vor den Augen der Passanten und im Lärm des vorbeifließenden Verkehrs. Leben auf der Straße ist per definitionem ein Leben in der Öffentlichkeit.“ (2)

Hier gibt es nichts mehr zu verbergen, das Auge der Welt schaut zu. Zaungäste können gaffen, auch ohne Einladung. In einer ungewöhnlichen Studie haben vor zehn Jahren Sozialarbeiter die Lebensläufe von 101 Trottoirbewohnern in Kalkutta aufgeschrieben. Greifen wir wahllos eine Lebensgeschichte heraus:

„Ruplal Kahar, 43 Jahre, kommt aus dem Dvar bhanga Distrikt in Bihar. Kahar ist lahm. Er arbeitete in einer Fabrik, eines Tages als er von der Arbeit zurückkam, hatte er einen Unfall. Infolge des Unfalls bekam sein Bein eine Blutvergiftung und mußte amputiert werden. Seitdem geht er mit einer Krücke. Im Dorf lebte er mit seiner Frau, seinem Sohn und seinem Bruder zusammen. Er verlor seinen Beruf wegen seiner Invalidität. Langsam wurde er allen unliebsam. Sein Bruder hielt ihn von seiner Familie entfernt, seine Frau verließ ihn und ging zu ihren Eltern zurück. Da es für ihn nicht möglich war, in seinem Dorf zu betteln, verließ er sein Haus und kam nach Calcutta. Seit 15 Jahren lebt er in der Dharamtollastraße. Er ist zwar inzwischen ein professioneller Bettler, aber selbst



Trottoirbewohner in Surabaya, Indonesien
Foto: L. Wienberg

Einhard Schmidt, Dr. rer. pol., z. Zt. University of Science and Technology, Kumasi, Ghana.

seine Invalidität vermag nicht immer Mitleid zu erwecken, er hungert des öfteren. Ruplal würde gerne wieder in einer Fabrik arbeiten, aber wer gibt einem Lahmen Arbeit?“⁽³⁾

Auch in der thailändischen Metropole Bangkok leben Menschen unter Brücken:

„Gekritzel von ungelenker Kinderhand an den Brückenpfeilern weist den Weg zu den Behausungen der Ausgestoßenen, deren Leben den Passanten der Oberwelt verborgen bleibt.

Die Hütten entziehen sich den Blicken von der Brüstung der Brücke. Kein Fleck trockener Erde hin zum Fluß, auf dem nicht mindestens ein Verschlag aus Pappkartons, Blechstücken, Brettern und Plastikplanen zusammengeflickt ist.

Die knapp 40jährige Taew hatte sich mit dreien ihrer vier Kinder und der eigenen Mutter in die Enge unter der Brücke verkrochen. Ohne behördliche Erlaubnis hausten sie da, ständig in Gefahr, von städtischen Bautrupps vertrieben zu werden.

Der Platz unter der Brücke gehört der Verwaltung:

Ansiedeln verboten! Taews Mann war schon lange verschwunden, untergetaucht im Dschungel der Stadt“.⁽⁴⁾

In einer Untersuchung über Wohnungsprobleme in Jakarta wird die Lebensgeschichte des „Müllverwerter“ Bejo nachgezeichnet, der als Sohn eines landlosen Bauern in die Hauptstadt kam, als er auf dem Land keine Arbeit als Tagelöhner mehr fand:

„Als Herr Bejo in die Stadt kam, gelang es ihm, mit seinen Papieren (Personalausweis und Reisegenehmigung) bei einer Baufirma eine Arbeit zu finden. Eines Tages, als er aufwachte, bemerkte er, daß seine Papiere mitsamt allen Ersparnissen

ren. Als er einige Tage später bei seiner Arbeit von Ordnungstruppen kontrolliert wurde, verlor er seine Stelle, weil er keine Papiere hatte.

Er begann, verwertbare Gegenstände aus Mülltonnen zu sammeln und verkaufte sie an bestimmte Abnehmer. Seitdem geht er seinem neuen Beruf als Müllverwerter nach.

Seit einigen Monaten besetzt Her Bejo zusammen mit anderen Müllverwertern die freie Grünfläche zwischen den Gleisen in der Bahneinfahrt zum Bahnhof von Jakarta.

Die Müllverwerter übernachteten in zeltartigen Behausungen, unmittelbar vor ihren Zelten sortieren sie den gesammelten Müll.“⁽⁵⁾

Obdachlos wird, wer schon arm ist: Arbeiter, Kleinhändler, durch die Agrarkrise vom Land vertriebene Bauern und Landarbeiter.

Wer arm ist, hat keine Reserven, mit unerwarteten Ereignissen fertigzuwerden. Eine Krankheit, ein Unfall, eine gescheiterte Ehe, plötzliche Arbeitslosigkeit oder auch scheinbar kleine Dinge wie der geklaute Personalausweis, solche plötzlichen Unglücksfälle lösen für die Armen in der Dritten Welt existenzielle Lebenskrisen aus, die sie endgültig aus der Bahn werfen. Da wo weder staatliche Netze sozialer Sicherheit existieren, wo aber auch traditionelle Sicherungen durch die Familie versagen, ist nach einem solchen Einschnitt nichts mehr wie vorher.

Arm waren sie vorher schon. Auch vorher haben sie in schlechten Wohnungen auf engem Raum gelebt. Jetzt werden sie ganz an den Rand ihrer Gesellschaft gedrängt.

Ihnen bleibt nur das Überleben auf der Straße. Obdachlosigkeit, ein Leben in entwürdigender Schutzlosigkeit.

Jeder hat seine eigene Lebenskrise hinter sich (oder steckt auch noch mitten drin). Jeder hat das Gefühl, allein mit seiner

miesen Situation fertig werden zu müssen. Dabei sind um ihn herum Tausende, wenn nicht Hunderttausende in derselben Lage. Viel zu selten tun sich die Trottoirbewohner zu gemeinsamer solidarischer Aktion zusammen.

Die Hütten platzen aus allen Nähten

Wohnungsnot hört nicht bei den Trottoirbewohnern auf. Diejenigen, die eine Hütte haben, leben oft in drangvoller Enge, haben keinen Zugang zu städtischen Leitungsnetzen und zu sozialer Infrastruktur. Im Roman „Nairobi River Road“ des kenyanischen Schriftstellers Meja Mwangi erhält der Bauarbeiter Ocholla unerwartet Besuch von seiner Familie, die er im Dorf zurückgelassen hatte.

Vor der Tür seiner kleinen Hütte in einem Slum von Nairobi stehen plötzlich seine beiden Frauen mit einer Schar Kinder:

„Sie hätten zuhause bleiben und auf dem Feld arbeiten sollen. Wer zum Teufel sieht nach den Feldern? Und nach dem Vieh?... Das Vieh ist tot, sagt die ältere Frau sehr deutlich. Tot? Ochollas Gesicht verzieht sich schmerzvoll. Tot wovon? Was habt ihr mit ihm gemacht? Nichts ... die Kühe sind einfach gestorben. Da war die Dürre und dann bekamen sie alle Durchfall. Sie sind alle gestorben. Da sind noch die Hühner, auf die man aufpassen muß, sagt er. Es muß doch noch etwas da sein, das versorgt werden muß. Es sind keine Hühner mehr da, erklärt die Sprecherin ihm. Wir haben sie alle aufgegessen, während der Dürre. Es gibt nichts mehr, worauf man aufpassen muß.

Ocholla fährt sich durchs Haar. Er sieht auf das halbgeessene Essen in seiner Hand, bemerkt das Meer hungriger Gesichter und stellt das Essen zur Seite. ... Ochollas Frauen und Kinder stehen da mit ihren Armutsbündeln, und sehen entsetzlich frustriert aus.

Wie auf einen Schlag laufen sie geschäftig umher, versuchen in die Hütte zu passen und sind sich nicht der Tatsache bewußt, daß nicht genügend Luft zum Atmen da ist.“⁽⁶⁾

Dürre auf dem Land, die Krise der ländlichen Räume, treibt immer mehr Menschen in die Stadt.

Sie kriechen zunächst bei denen unter, die vor ihnen in die Stadt kamen und treten sich gegenseitig auf die Füße. Räumliche Enge führt zu Konflikten zwischen den Menschen, die so zusammengepfercht leben müssen. Auch wer daran gewöhnt ist, in der Großfamilie zu leben und seinen Tageslauf in größeren Gruppen zu verbringen, braucht Rückzugsmöglichkeiten, hat das Bedürfnis nach Intimität.

Manuel Sanchez, der dem Anthropologen Oscar Lewis seine Lebensgeschichte anvertraut hat, nimmt kein Blatt vor den Mund:

„Im Zimmer stand ein einziges Bett, in dem Faustino mit seiner Frau schlief. Wir anderen lagen auf alten Kleidern, Decken oder



Squatter in Dacca, Bangladesch
Foto: Kosta Mathéy

auf Pappstücken. Die übrige Einrichtung bestand aus einem Schrank ohne Tür und einem Tisch, den wir abends in die Küche stellen mußten, damit wir alle Platz zum Schlafen hatten. In diesem kleinen Raum richteten wir uns also ein. Wir waren fünf Familien, im ganzen dreizehn Personen. Wenn so viele Menschen in einem einzigen Raum zusammenleben, dann wird die persönliche Freiheit dadurch natürlich sehr eingeschränkt. Als Junge hatte mich das in meinem Elternhaus noch nicht gestört, nur wenn ich mal mit meinen Freunden reden oder mir unanständige Bilder ansehen wollte. Aber nachdem ich geheiratet hatte, machte ich in der Beziehung die bittersten Erfahrungen. Ich sah, daß bei einem solchen Zusammenleben einfach kein Frieden möglich ist. Es gab immerzu irgendwelchen Ärger, wie zum Beispiel damals, als mein Schwager darauf bestand, die elektrischen Birnen auszuschauben, sooft er aus dem Haus ging, weil er die Lichtrechnung bezahlte. Auch unsere geschlechtlichen Beziehungen litten unter diesen Umständen. Da die Familie immer dabei war, konnten wir unsere Triebe nicht so ohne weiteres befriedigen, denn schließlich wollten wir es nicht vor den Augen der anderen machen, verstehen Sie? Und hatten wir endlich einmal das Glück, allein zu sein und uns ein bißchen zu vergnügen, dann klopfte auf einmal jemand und unterbrach uns mittendrin. Da fühlte man sich dann unbefriedigt und enttäuscht." (7)

Abriß und Vertreibung

Auch die bescheidenste Hütte ist immerhin noch ein Obdach, ist mehr als das Leben auf der Straße. Millionen Menschen in der Dritten Welt sind Squatter, illegale Siedler, die keine Rechtstitel für das Land haben, auf dem sie siedeln. Oder wenn sie Eigentumstitel haben, haben sie keine



„Glauben Sie, daß Überbelegung irgendwelche negativen psychologischen Effekte auf ein Mitglied dieses Haushaltes gehabt hat?

Baugenehmigung eingeholt. Sie haben keine Wahl, Squatting ist für sie die einzige Möglichkeit, in der Stadt an Wohnraum zu kommen. Die Wohnungsfrage ist ganz wesentlich eine Frage des Zugangs zu städtischem Boden. Die bestehende kapitalistische Bodenordnung verwehrt den Armen den rechtmäßigen Zugang zu Grund und Boden. Die Rechtsunsicherheit ist eine latente Bedrohung. Auch nach Jahren, nach Jahrzehnten noch ist die Unsicherheit, ob die eigene Hütte morgen noch steht, jeden Tag spürbar. Die Furcht vor „Demolition“, vor staatlich angeordneten Abrißaktionen schwebt als Damoklesschwert über den Squattersiedlungen. Manchmal passiert es.

„Was wollt ihr dieses Mal?, fragt Ocholla unwirsch. Dasselbe wie letztes Mal, antwortet eine harte, brüske Stimme. Ocholla scheint eine Zeitlang nachzudenken. Dann: Haut ab, seine Stimme ist rau und gebrochen: Wir schlafen noch fest.

Er versucht die Tür zu schließen. Einer der Eindringlinge zwängt seinen Fuß zwischen die sich schließende Tür. Mehrere dunkle Gestalten erscheinen auf der Bildfläche. Jemand beginnt, schnell und laut zu sprechen, zu laut für Bens durcheinanderwirbelnde Gedanken. Er schüttelt den Kopf.

Was zum Teufel ist los, seine Stimme krächzt entsetzlich. Es sind ein paar Bullen, antwortet Ocholla. Was wollen sie? Sag ihnen, sie sollen zum Teufel gehen. Sie können nicht, antwortet Ocholla traurig. Sie wollen die Hütte niederbrennen. Was wollen sie? Die verdammte Hütte abreißen, antwortet Ocholla. Frag' sie selbst. Ben kriecht aus dem Bett heraus zur Tür hin. Voller Resignation sieht er die hier versammelte Armee der öffentlichen Gesundheit. Beeilt euch, antwortet der Leiter des Trupps ungeduldig. Wir haben unsere Arbeit zu erledigen.

Ben räuspert sich: Wir können es uns nicht leisten, euch Kerlen Schmiergelder zu zahlen, fährt er fort. Wir Kerle sind arm und ... Die beiden Männer bergen ihr Eigentum: Aluminiumbecher, Geschirr, Kisten, Papier, Lumpen. Das ganze Nairobi-Tal ist wach und im Chaos. Rauf und runter, entlang des stinkenden, trüben Flusses züngeln Feuer, große Zungen roten, heißen Feuers zerstören merkwürdige Gebilde aus Pappe und Holz, und schicken kraftlosen, schwarzen Rauch in den dunklen Himmel. Hüttenbewohner irren umher um zu retten, was noch zu retten ist. Keiner weint, nicht einmal die Säuglinge. Sie sind alle Profis in diesem Spiel. Das Spiel heißt Überleben." (8)

Meistens bleibt es bei ohnmächtiger Wut. Manchmal wehren sich Squatter, deren Hütten abgerissen werden. Noch seltener haben sie Erfolg dabei. (9)

Jenseits der Wohnungsnot?

Wo hört Wohnungsnot auf? Wer es geschafft hat, aus einer überbelegten Hütte in einen Neubau mit Strom und Wasseranschluß umzuziehen, ist der aus dem Schneider?

In der Inselrepublik Singapur in Südostasien haben fast alle diesen Sprung geschafft. Die Regierung ist stolz darauf, daß in kaum mehr als 20 Jahren über 70% der Gesamtbevölkerung des Stadtstaates aus Slum- und Squattergebieten in staatlich errichtete Hochhausblocks umgesiedelt worden sind. Slums sind verschwunden. Wohnungsnot im physisch sichtbaren Sinn gehört der Vergangenheit an.

„Molly Chung ist vor zehn Jahren mit ihrem Mann in einen Neubaublock in der Trabantenstadt Woodlands gezogen. Ihr früheres Wohnviertel wurde im Zuge eines Sanierungsprogramms abgerissen. Die neue Wohnung hat zwei Zimmer, Badezimmer, fließendes Wasser und Strom. Molly ist Hausfrau. Auf den ersten Blick ist ihre Arbeit in der neuen Wohnung einfacher geworden. Aber sie fühlt sich einsam. Früher war sie fast den ganzen Tag mit anderen Frauen zusammen. In der Straße



Brennende Squatter-Hütten in Kuala-Lumpur, Malaysia
Foto: E. Schmidt

kannten sich alle untereinander. Bei der Hausarbeit traf man sich, die Küchen waren halb offen. Außerdem wohnten Verwandte in der Nähe. Es war immer jemand da.

Jetzt im Hochhaus kennt sie keinen. Die Nachbarn sprechen andere Sprachen und Dialekte, mit ihnen kann sie sich nicht verständigen. Wenn sie einmal dringend weg muß, kann sie ihre Kinder nicht in der Obhut der Nachbarn lassen.

Seit fünf Jahren leidet Molly Chung unter Depressionen und Angstzuständen. Oft hat sie schon an Selbstmord gedacht. Sich einfach vom 18. Stock des Hochhauses fallen lassen. Ihr Arzt gibt ihr Kreislauf- und Beruhigungsmittel.

Tagsüber verläßt sie das Haus nicht mehr. Sie geht nur noch abends, wenn ihr Mann von der Arbeit kommt, mit ihm auf den Markt.

Technokratische Lösungen des Wohnungsproblems schaffen neue Nöte. Psychische Not, wo die physische Not überwunden ist. Wer von „Hilfe für Menschen in Wohnungsnot“ spricht, muß daran denken. (10)

Wohnungsnot auf dem Lande

Ruplat Kahar, Frau Taew, Herr Bejo, der Bauarbeiter Ocholla, Manuel Sanchez, Molly Chung, sie alle sind Großstadtbewohner. Fast alle kommen sie ursprünglich vom Land.

Wohnungsnot in der Dritten Welt galt lange Zeit als ein Problem der Metropolen. Dorthin strömen die Zuwanderer. Die ländlichen Räume sind wirtschaftlich und infrastrukturell unterentwickelt. Aber wenigstens seien die Menschen hier noch in der Lage, mit traditionellen Baumaterialien ihre eigenen Häuser zu bauen: Das war die gängige Erklärung, um Wohnungsnot



Stadtsanierung und öffentlicher Wohnungsbau in Singapur
Foto: Tom Meffert

auf dem Lande von vornherein auszuklammern. Dieses Bild stimmt nicht mehr überall.

Yaw Asante lebt in einem Dorf in der Nähe der Kleinstadt Ejura in Ghana. Er ist Bauer. Vor 25 Jahren hat er das Haus gebaut, in dem er heute noch mit seiner Familie lebt. In seiner Gegend bestehen die Wohnhäuser aus einem Flechtwerk, das anschließend mit Lehm verputzt wird. So ein Haus hält nicht ewig. Der Lehmputz muß häufig erneuert werden. Und das unbehandelte Holz wird nach einer Weile von Termiten angegriffen. Yaw Asantes Haus ist schon ziemlich verfallen. Er würde gerne ganz neu bauen, aber ihm fehlt das Geld, Bau-

stoffe einzukaufen. Laterit-Lehm ist überall vorhanden, auch Bambus für das Flechtwerk. Die senkrechten Stützbalken aber müßte er im Sägewerk kaufen. Doch seine Landwirtschaft reicht gerade zur Selbstversorgung. Früher war das anders. Damals war Bauholz fast umsonst in den umliegenden Wäldern zu haben. Auch Wellblech für die Dachbedeckung ist teuer. So hat Yaw Asante seine Neubaupläne von Jahr zu Jahr verschieben müssen. Der Tag ist abzusehen, an dem sein baufälliges Haus zusammenbricht.

In vielen Ländern werden die lokalen Baustoffe knapp. Baustoffe, zu denen früher jeder Zugang hatte, werden kommerzialisiert. Die idyllische Vorstellung, daß sich auf dem Land jeder mit bescheidenen Mitteln selbst seinen Wohnraum schaffen kann, ist überholt.



Ländliche Idylle? Lehmbauten in Mexico
Foto: Roland Ziss

Wohnungsnot in Zahlen

Zurück zum Schwenk der Fernsehkamera über unübersehbare Hüttenviertel. Zurück zur Frage nach den Dimensionen von Wohnungsnot in der Dritten Welt. Auch wenn gerade von Wohnungsnot auf dem Lande die Rede war, beschränken wir uns der Einfachheit halber noch einmal auf die Situation in den großen Städten. Auch da kann einem beim Blick auf die Zahlen schon schwindelig werden.

Das Ausmaß der Wohnungsnot ist eine Funktion des enormen Städtewachstums in der Dritten Welt. Seit den 50er Jahren unseres Jahrhunderts wachsen die Städte in den Ländern der Dritten Welt deutlich schneller als die Gesamtbevölkerung. 1975 lebten noch mehr Menschen in Europa und Nordamerika in städtischen Siedlungen als in den Entwicklungsländern. Dieses Verhältnis hat sich inzwischen umgekehrt. Heute wohnen schon

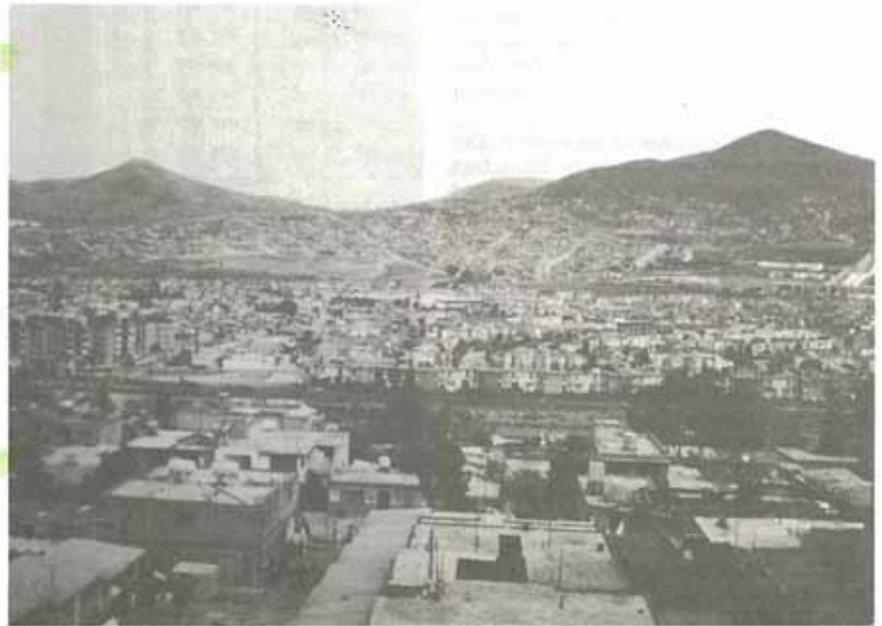
eine Milliarde Menschen in den Städten der Entwicklungsländer, während etwa 800 Millionen Städter in Industrieländern wohnen. (11)

Zwischen 1950 und 1980 stieg in den Entwicklungsländern die städtische Bevölkerung von 260 Millionen auf 1 Milliarde Menschen an, d.h. im Durchschnitt kamen jedes Jahr 24 Millionen Städter hinzu. Dieser Trend geht ungebrochen weiter. Nach Prognosen der UNO wird die Kurve des urbanen Wachstums bis zur Jahrtausendwende noch steiler werden.

(Vgl. Abb. 1)

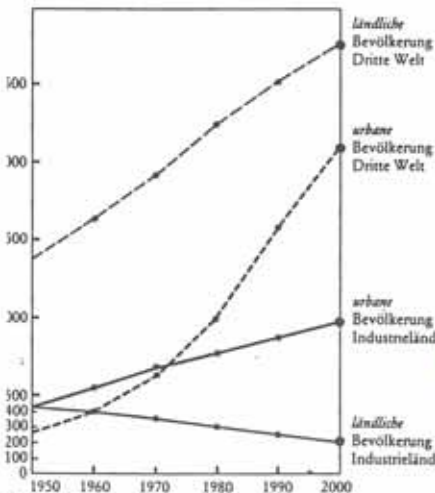
15 Städte auf der Erde werden nach dieser Prognose im Jahre 2000 über 10 Millionen Einwohner haben, davon liegen allein elf in der Dritten Welt.

Spitzenreiter ist Mexiko-Stadt, dessen Bevölkerung auf 27 Millionen im Jahre 2000 prognostiziert wird.



Vestädterung in Lateinamerika: Mexiko
Foto: Roland Ziss

Abb. 1
Ländliche und städtische Bevölkerung (in Millionen) in der Dritten Welt und in entwickelten Industrieländern



(Quellen:

Daten: Vereinte Nationen;

Graphik: Peter Opitz (Hrsg.): Die Dritte Welt in der Krise. München 1984.)

Dabei geht das enorme Städtewachstum keineswegs nur auf Zuwanderung vom Lande zurück. Gewiß, in einigen der besonders schnell wachsenden Städte stellen Zuwanderer den größten Teil der Neubürger. Aber global gesehen spielt der natürliche Bevölkerungszuwachs noch eine größere Rolle. In einer UNO-Untersuchung, die die 26 größten Agglomerationen der Erde umfaßte, stellte sich heraus, daß nur 37% des jährlichen Zuwachses auf Migration zurückgehen, alles andere ist natürlicher Bevölkerungszuwachs. Bisher haben städtische Familien nicht wesentlich weniger Kinder als die Familien, die auf dem Lande zurückbleiben. Außerdem ist der größte Teil der neuzugezogenen Stadtbewohner in dem Alter, in dem man eine Familie gründet. Migranten sind also wieder für einen großen Teil des natürlichen Bevölkerungszuwachses der Städte verantwortlich.

Einige Großstädte wachsen heute doppelt oder sogar dreimal so schnell wie die Gesamtbevölkerung des jeweiligen Landes. Die Spitzenreiter haben jährliche Wachstumsraten von 8, manchmal 10%. Oder anders ausgedrückt: Die Bevölkerung der Stadt verdoppelt sich in weniger als zehn Jahren. Einige Städte, die heute das rasanteste Wachstum aufweisen, liegen in Schwarz-Afrika (Vgl. Tabelle 1).

Das sind Größenordnungen, die sich leicht unserer Vorstellungskraft entziehen. Bangkok wächst jedes Jahr um 450.000 Einwohner. Das ist ungefähr die Bevölkerung von Bochum. Jedes Jahr kommt einmal Bochum dazu. Und alle brauchen Wohnraum ...

Bei globalen Betrachtungen von Trends fallen leicht die regionalen Unterschiede unter den Tisch. Rapide Verstädterung ist ein Phänomen, das wir in allen Entwicklungsländern beobachten. Aber die Verlaufsmuster sind regional unterschiedlich. Vor einigen Jahren gab die Weltbank eine Untersuchung in Auftrag, die detailliert die unterschiedlichen Urbanisierungsmuster

aufdecken sollte.(12) Danach lassen sich grob drei regionale Gruppierungen unterscheiden. Die erste Ländergruppe umfaßt die stark verstädterten Länder Lateinamerikas mit mittlerem Einkommen. Hier lebte bereits 1975 über die Hälfte der Bevölkerung in Städten, bis zum Jahre 2000 werden es drei Viertel sein. Wegen des hohen natürlichen Bevölkerungswachstums expandieren auch diese Städte weiter.

Zur zweiten Gruppe gehören die überwiegend ländlichen Staaten Afrikas südlich der Sahara, in denen Verstädterung ein vergleichsweise junges Phänomen ist, in denen die großen Städte jedoch gerade in den letzten Jahren besonders rasch gewachsen sind. Im Vergleich zur ersten Ländergruppe wird der Anteil der städtischen Bevölkerung bis zur Jahrtausendwende gering bleiben.

Zur dritten Gruppe werden die Länder Asiens mit niedrigem Einkommen gerechnet. Hier liegen einige der größten Städte der Welt, aber trotzdem haben diese Länder noch einen überwiegend ländlichen Charakter. Das wird auch bis zur

Tabelle 1

Wachstumsraten ausgewählter Großstädte			
Stadt	Einwohnerzahl 1980	durchschnittl. jährl. Wachstums- rate 1970-1980	jährl. Wachs- tumsrate d. Landes 1970-1980
Dakar	980.000	5,4	3,9
Dar es Salaam	760.000	10,6	3,5
Kinshasa	2.440.000	9,5	4,6
Lusaka	640.000	9,3	3,1
Bangkok	4.900.000	8,8	2,8
Bogota	4.070.000	6,2	3,0
Lima	4.700.000	7,0	3,1



*Squatter in Malaysia
Foto: E. Schmidt*

Jahrtausendwende so bleiben; Einige städtische Metropolen inmitten ländlicher Armut.

Sehr viel schwerer als über Verstädterung lassen sich verlässliche Angaben über das quantitative Ausmaß der Wohnungsnot in den großen Städten machen. Es fängt schon bei den Definitionen an. Wer definiert, was eine menschenwürdige Unterkunft ist und was nicht? Wer sagt, wie viele Menschen sich in einer Wohnung drängen müssen, bevor man von Überbelegung sprechen kann? Es gibt Versuche, den Wohnungsfehlbestand für einzelne Städte oder ganze Länder zu ermitteln. Aber diese Untersuchungen sind methodisch so unterschiedlich, daß es vollkommen ausgeschlossen ist, die verschiedenen Daten weltweit zu aggregieren.

Außerdem sind grundlegende Daten sehr viel schwerer zu bekommen als in der Bevölkerungsstatistik. In allen Ländern gibt es Volkszählungen, aber nur in sehr wenigen Wohnungszählungen. Für kaum eine der Millionenstädte der Welt liegen verlässliche Daten über die Zahl der Häuser, Hütten und Zimmer vor. Planer behelfen sich häufig mit Schätzungen, die auf der Grundlage von Luftbildern gemacht werden.

Um das Ausmaß der Wohnungsproblematik vorstellbar zu machen, wird häufig der Anteil der Bevölkerung in Slum- und Squatter-Siedlungen geschätzt. So findet sich in dem bekannten Arbeitsbuch „Überentwicklung - Unterentwicklung“ von Strahm eine Graphik, in der der Anteil der Slumbewohner in ausgewählten Großstädten dargestellt ist. 33% in Rio de Janeiro, 40% in Lima und 47% in Lusaka. (13) Ohne weitere Erklärung. Die nackten Zahlen sind erschreckend.

Aber wer definiert eigentlich, was ein Slum ist? „Slum“ ist ein hochgradig emotionaler Begriff, für den es keine allgemein akzeptierte Definition gibt. Die physische Quali-

tät von Wohnquartieren in der Dritten Welt kann sehr unterschiedlich wahrgenommen werden. Das hängt ganz von den individuellen Maßstäben desjenigen ab, der die Erhebung durchführt.

Einfacher ist es schon mit der Definition von „Squattern“. Squatting ist eindeutig definiert als die Besetzung von Land ohne Rechtstitel. Wenn wir lesen, daß 35% der Einwohner Manilas, 36% der Bevölkerung von Lima, 49% der Bewohner Nairobis, 67% aller Einwohner Kalkuttas Squatter sind, dann wissen wir, wie viele Menschen unter extrem unsicheren Bedingungen leben müssen. Aber weiter geht die Aussagekraft dieser Zahlen nicht. Häufig werden Zahlen über Squatteranteile falsch interpretiert. So als wären sie Indikator für



*Innerstädtische Slums in Bangalore, Indien
Foto: Kosta Mathéy*

schlechte, unzumutbare Wohnbedingungen. Zwar sind die Lebensbedingungen in vielen Squattergebieten katastrophal, aber das trifft längst nicht überall zu. Außerdem steckt in ihnen das Potential für Verbesserungen aus eigener Kraft, sind sie erst einmal legalisiert. Die polemische Behauptung John Turners, der Squatter seien nicht das Problem, sondern die Lösung des Problems, mag angesichts der schlechten Lebensbedingungen in vielen illegalen Siedlungen wie Zynismus klingen.

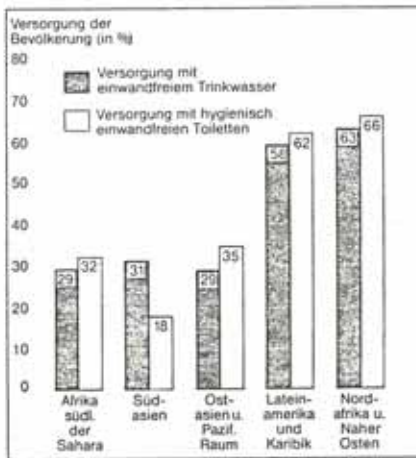
Wahr bleibt: Wohnen in Rechtsunsicherheit und Wohnungen unter unzumutbaren physischen Bedingungen sind zwei verschiedene Dinge, die getrennt betrachtet werden müssen. Auch wenn bei den wirklich Marginalisierten beides zusammen-trifft.

Da es kaum Wohnungszählungen gibt, ist die Qualität von Wohnraum nur unzureichend dokumentiert. Die Lebensqualität hängt aber auch ebenso sehr davon ab, ob der Anschluß an öffentliche Leitungsnetze gegeben ist, ob öffentliche soziale Infrastruktur zugänglich ist. Das sind Bereiche staatlichen Handelns; deshalb sind sie statistisch eher dokumentiert. Abb. 2 gibt einen ganz groben Überblick über den Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen in verschiedenen Teilen der Dritten Welt. In Afrika und in Südasien ist die Bevölkerung mit diesen Grundbedürfnissen am schlechtesten versorgt.

Für viele Städte haben Planer versucht, den Wohnungsfehlbestand und den Nachholbedarf im Wohnungsbau zu quantifizieren. Solche Berechnungen sind üblich bei der Aufstellung von gesamtstädtischen Entwicklungsplänen (Urban Master Plans).

Die Zahl der Obdachlosen, der heruntergekommenen und verfallenen Wohnungen und die Anzahl der überbelegten Wohnungen werden geschätzt. So läßt

Abb. 2
Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen in den Städten der Dritten Welt



Quelle: Weltbank, 1980

sich der Wohnungsfehlbestand ermitteln. Außerdem wird der Bedarf der jährlich neu hinzukommenden Bevölkerung ermittelt.

Solche Berechnungen führen die Dimensionen des Problems oft recht drastisch vor Augen. Planungsgrundlagen, in dem Sinne wie Wohnungsbestandserhebungen in Europa Unterlagen für die Planung sind, sind sie kaum. Denn keine Regierung, keine kommunale Verwaltung in der Dritten Welt könnte sich ernsthaft vornehmen, den errechneten Wohnungsfehlbestand innerhalb überschaubarer Frist zu decken.

Für einzelne, leider viel zu wenige Städte liegen aussagekräftige Wohnungszählungen vor, die entweder auf Stichprobenuntersuchungen oder eine Totalerhebung zurückgehen. Eine sehr gründliche Erhebung liegt für Kumasi, die zweitgrößte Stadt Ghanas, vor. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Zählung sollen hier zusammengefaßt werden, weil sie einigermaßen typisch für die Situation in schnell wachsenden afrikanischen Städten sind. (14)

Kumasi hatte 1980 590.000 Einwohner, die in 20.600 Häusern mit zusammen 213.000 Zimmern lebten. **Drei Viertel aller Haushalte bewohnten nur ein Zimmer.** Die Autoren der Studie gehen davon aus, daß Zimmer, in denen mehr als drei Personen leben, als überbelegt gelten müssen. In der Innenstadt von Kumasi liegt die Belegung bei durchschnittlich 3,8 Personen pro Zimmer; in den Wohnquartieren der niedrigen Einkommensgruppen am Stadtrand steigt die durchschnittliche Belegung auf **4,2 pro Zimmer.** Die Studie ermittelte einen Fehlbestand von mindestens 30.000 Wohnräumen. Auffallend ist, daß die Zuwanderer nach Kumasi nur selten innerhalb der Stadt umziehen. Obwohl mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht in der Stadt geboren wurde, beträgt die durchschnittliche Wohndauer am jetzigen Standort 20 Jahre. Besonders schlecht sieht die Anbindung der armen Haushalte an städti-

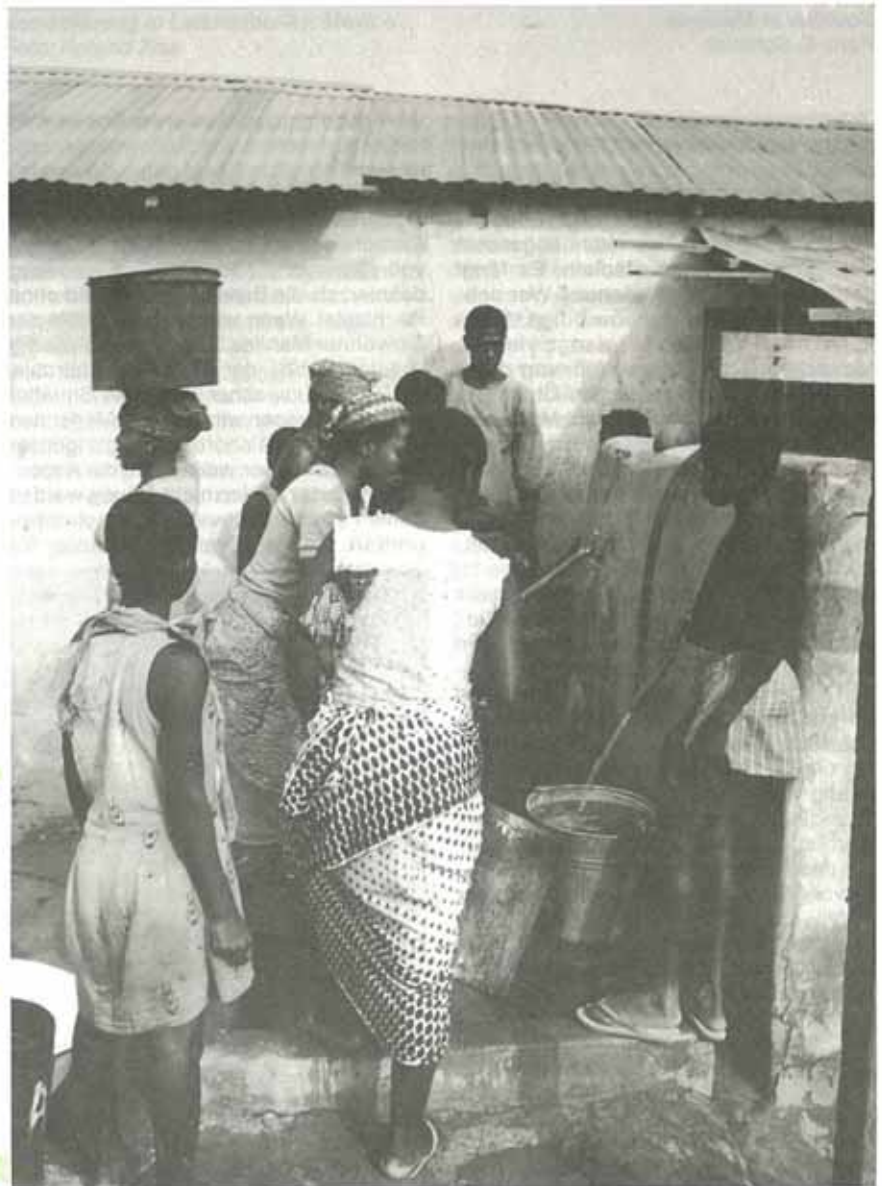
sche Leitungsnetze aus. 33% der Haushalte haben keine Toilette im Haus, 52% keinen Wasseranschluß. Elektrisches Licht haben dagegen fast alle Haushalte.

„Grundbedürfnis Wohnen“ und Lebenszusammenhänge

Wohnen ist ein schwieriges Thema. In jedem Katalog der menschlichen Grundbedürfnisse taucht es auf. (15) Doch „Wohnen“ ist mehr, ist umfassender als z.B. das Bedürfnis nach sauberem Trinkwasser. In der Wohnung spielt sich fast das ganze Leben ab. Die Wohnung allein muß viele Bedürfnisse des Menschen erfüllen. In der Wohnung schläft, kocht, ißt, trinkt der Mensch. Hier wäscht er sich und geht aufs Klo (sofern seine Wohnung entsprechend ausgestattet ist).

In der Wohnung werden Kinder gezeugt. Die Wohnung bietet Sicherheit vor Wind und Wetter, sie grenzt die Privatsphäre,

den Lebensraum des Individuums und der Familie ab. Die Wohnung ist auch Ort der Selbstdarstellung, sie zeigt etwas von der Identität der Bewohner. Ob der Mensch gesund bleibt oder krank wird, hängt ganz wesentlich von den hygienischen Qualitäten seiner Wohnung ab. In der Dritten Welt ist die Wohnung der Ort, wo das Leben anfängt und aufhört: Geburt, Krankheit, Tod erlebt der Mensch in seiner Wohnung. Planer, die ihre Profession sauberlich in Teildisziplinen aufgeteilt haben, ordnen das „Wohnungswesen“ gewöhnlich unter die „Fachplanungen“, die „sektoralen“ Planungen ein. In bewußtem Gegensatz zu „integrierter“ Entwicklungsplanung. Als ob Wohnen nicht die Integration menschlicher Daseinsfunktionen par excellence wäre! Vielleicht ist diese Reduktion aufs Sektorale Ausdruck davon, daß die Wohnung bei uns in Europa viele der Funktionen, die sie einmal hatte und die sie in der Dritten Welt immer noch hat, ver-



Der erste Wasseranschluß in einer Stadtrandssiedlung von Kumasi, Ghana - ohne Genehmigung von einem Privatmann finanziert. Foto: Roland Ziss

loren hat. Jedenfalls hat das nur sektorale Verständnis von Wohnungsplanung überall auf der Welt verheerende Fehlplanungen zur Folge gehabt: Weil Wohnungsplanung als Produktion von Häusern begriffen wurde und sich nicht um die Lebenszusammenhänge der Bewohner gekümmert hat. Um nur die krasseste Form von Fehlplanung zu nennen: Wie viele Wohnungsbauprojekte wurden an Orten realisiert, an denen es keine Arbeit für die Bewohner gibt!

Die UNO ruft Regierungen, internationale Organisationen und nichtstaatliche Organisationen weltweit zur „Hilfe für Menschen in Wohnungsnot“ auf. Hoffen wir, daß es nicht bei wohlklingenden Aufrufen bleibt, daß die Wohnungsnot auf nationaler und internationaler Ebene wirksamer als bisher bekämpft wird.

Wirksame Hilfe hat ein ganzheitliches Verständnis vom menschlichen Wohnen zur Voraussetzung. Der Erfolg von Wohnungspolitik läßt sich nicht an der Produktion von Wohneinheiten ablesen. Eher daran, ob die Lebenszusammenhänge der Menschen, die jetzt noch unter ungesunden, unsicheren und unwürdigen Bedingungen leben müssen, gestärkt werden.

Das heißt konkret:

1. Da wo die städtischen Armen wohnen, müssen sie auch Arbeit finden. In der Industrie, im Dienstleistungsbereich, im sogenannten informellen Sektor.
2. Die Wohnung muß Raum zur Subsistenzproduktion bieten. Denn heute schon überlebt ein großer Teil der Armen in den Metropolen nur, weil sie ihr Lohn-einkommen durch Subsistenzproduktion ergänzen können.
3. Wohnungen müssen so gebaut werden, wie es den kulturellen Gewohnheiten entspricht. Wie in der Gesellschaft gegessen, gekocht, geschwätzt und gefeiert wird. Die einfachen Leute sind oft bessere Baumeister als Profis; aber auch Architekten und Planer können dazulernen.
4. Wohnen hat ein Innen und Außen. Individuum, Familie, Nachbarschaft, Öffentlichkeit. Es gibt Räume, die unterschiedlich definiert sind, und es gibt Grenzen und Wände. Jede Gesellschaft hat ihre eigenen Normen und Werte, ihre eigenen Erfahrungen, wie das Verhältnis von Innen und Außen am besten klappt. Diese Erfahrungen wirft man nicht ohne Not über Bord.
5. Fast selbstverständlich: Zu Wohnungen gehören Wasser, Abwasser und Stromversorgung. Zugang zu Kindergärten, Schulen, Berufsausbildung, ärztlicher Versorgung und Märkten.
6. Weitgehende Partizipation der Betroffenen schließlich ist die beste Voraussetzung dafür, daß keiner der Punkte 1 bis 5 zu kurz kommt.

Viele verschiedene wohnungspolitische Strategien sind in den letzten Jahren vorgeschlagen und ausprobiert worden. (Über einige wird auch in diesem Heft von TRIALOG berichtet). Einige Ansätze verlassen sich auf die Initiative des Staates, andere sehen das Heil im Selbsthilfepotential der Betroffenen, wieder andere

schwören auf die mobilisierende Kraft von Nicht-Regierungs-Organisationen. Das mag eine spannende politische Kontroverse sein, mit klaren ideologischen Fronten. Wichtiger aber scheint mir zu sein, welche Begriff Planer und Politiker vom Wohnen haben.

Anmerkungen

- 1) Die Untersuchung, an der 20 Soziologie-Studenten als Interviewer beteiligt waren, wurde unter Leitung eines Dozenten der University of Ghana, Legon, durchgeführt.
- 2) Paul Harrison: Hunger und Armut. Reinbeck 1982, S. 132.
- 3) Sudhendu Mukherji: Under the Shadow of the Metropolis: They are Citizens too! Report on the Survey of 10.000 Pavement Dwellers. C.M.D.A. Kalkutta 1975. Deutsche Übersetzung des Textauszuges nach: blätter des iz3w, Nr. 102, 1982.
- 4) Auszug aus dem Jugendbuch von Rüdiger Siebert: Insel im schwarzen Fluß. Würzburg 1982.
- 5) Eberhard Knapp / Lore Koppenhöfer / Joseph Oenarto / Dietmar Ziller: Wohnprobleme in der Dritten Welt. Stuttgart 1982 (Arbeitsbericht 39, Städtebauliches Institut der Universität Stuttgart), S. 206.
- 6) Meja Mwangi: Nairobi, River Road. Wuppertal 1982, S. 256-258.
- 7) Oscar Lewis: Die Kinder von Sanchez. Selbstporträt einer mexikanischen Familie. Bornheim 1982, S. 147-148.
- 8) Meja Mwangi a.a.O. S. 246-251.
- 9) Vgl. zum Beispiel: Einhard Schmidt: Wohnraumprobleme in Malaysia - Squatter kämpfen um ihre Häuser. In: Bauwelt, 68 Jg., Heft 38, S. 1328 - 1333.
- 10) Vgl. dazu ausführlich: Einhard Schmidt: Singapur - Wohnungen statt Streikrecht. In: blätter des iz3w, Nr. 130, 1985.
- 11) Solche globalen Verstärkerdaten können immer nur ganz grobe Anhaltspunkte sein; denn jedes Land hat seine eigene Definition von „städtisch“ und „ländlich“, und so werden Daten aggregiert, die eigentlich nicht aggregiert werden dürfen.
- 12) Eine kurze Zusammenfassung dieser umfangreichen bevölkerungsstatistischen Untersuchungen ist abgedruckt im Weltentwicklungsbericht 1979 (Weltbank, Washington D.C. 1979, S. 81-85).
- 13) Rudolf H. Strahm: Überentwicklung - Unterentwicklung. Stein / Mfr. 1978 (3. Auflage).
- 14) A. Graham Tipple: Housing in Kumasi. Kumasi 1982. (Department of Planning, U.S.T., Research Report No. 4).
- 15) Eigentlich müßte man sagen „Behausung“ oder „Obdach“ so wie im Englischen „Housing“ oder „Shelter“, aber das klingt im Deutschen recht knorrig.

ESPACE AFRICAIN

01 BP 2256 ABIDJAN 01 RCI
TÉL: 22.74.91 Téléox

TRIMESTRIELLE D'ARCHITECTURE, D'AMÉNAGEMENT,
DES ARTS ET DE LA CONSTRUCTION EN AFRIQUE

*The magazine **ESPACE AFRICAIN** is the materialisation of the will of its promoters who deemed it necessary to create a medium for redefining a new african architecture. The aims of becoming a forum of reflection and discussion among the professionals who are the designers (architects), technicians (engineers), contractors (building companies), promoters, financiers, decisionmaking bodies, businessmen and industrialists, in a bid to meet the requirement both technical and social of the african man.*

Because of the rapid development of african towns because of the absolute necessity to undertake a joint effort for the improvement of the living environment, because of the means which are seldom in conformity with the realization of the proposed objective, research by the designers is of utmost importance in order to fulfil these real aspirations on a larger scale.

*Furthermore, in the face of the invasion of techniques coming from abroad, given the temptation to jump on the ready made products from abroad, and especially, in the face of the growing risk of alienation of african architecture, the initiative of the founding members of **ESPACE AFRICAIN** constitutes a lifebuoy for African Art of architecture.*

***ESPACE AFRICAIN** shall provide a forum where the professionals shall exchange their experience and knowledge through articles, reports, conferences, seminars, colloquiums and other activities that may be organized by the group. Besides, this magazine will be an instrument at the service of students in architecture in the building sector who could draw on the experience of the elders to write their thesis and complete their training.*



Mathias Hundsalz

Internationales Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot

Allen Beobachtern sozialer Entwicklungen in der Dritten Welt ist es längst offenkundig geworden: Die erhoffte Reduzierung (oder gar Umkehrung) der großstädtigen Abwanderung aus den ländlichen Regionen in die großen städtischen Zentren ist nicht eingetreten, trotz aller Investitionen in ländliche Entwicklungsprogramme und trotz aller Versuche, Wachstumstheorien der Regionalplanung in die Tat umzusetzen. Ebenso wenig haben forcierte oder gelenkte Umsiedlungsaktionen zum Ziel geführt. Als Folge erfahren alle Länder der Dritten Welt (mit sehr wenigen Ausnahmen) eine noch nie erlebte Zuwanderung in ihre nicht mehr kontrollierbaren und überblickbaren Städte. Dieser unvergleichliche Bevölkerungszuwachs hat bereits in vielen Fällen zu Überlastungen der städtischen Infrastrukturen geführt und die unkontrollierte und ungeplante städtische Besiedlung zur vorherrschenden Urbanisierungsform werden lassen. Die Folge sind Wohn- und Lebensverhältnisse, auf die alle Merkmale städtischer Armut zutreffen: völlig unzureichende oder ganz fehlende Behausung, mangelnde hygienische Verhältnisse, viel zu hohe Wohndichte, nicht vorhandene städtische Gemeinschaftseinrichtungen und vor allem unklare Bodenrechtsverhältnisse. Dazu kommen in vielen Fällen die typischen Anzeichen sozialer Benachteiligung: Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung, Analphabetentum und völlig unzureichende Gesundheitsversorgung.

Der Gang durch eine beliebige Millionenstadt der Dritten Welt macht die sich rapide verschlechternde Situation deutlich. Die Realität entfernt sich immer weiter von den hohen Zielen sozialer Entwicklungspläne und sozioökonomischen Wandels: Slums und Squattersiedlungen breiten sich fast ungehindert aus. Städtische Infrastruktureinrichtungen, wie Straßennetz, öffentliche Verkehrsmittel, Elektrizität, Wasserversorgung, Müllabfuhr, usw. sind längst überbelastet und brechen zusammen. Es hat sich herausgestellt, daß Maßnahmen der bestehenden Wohnungsbau- und Urbanisierungspolitik der Situation nicht mehr Herr werden.

Konfrontiert mit dieser sich jährlich verschlechternden Situation, beauftragte die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 1980 das fachlich zustän-

dige UN-Zentrum für Siedlungswesen (UNCHS-HABITAT) mit der Erarbeitung eines Berichtes mit Vorschlägen, wie ein Internationales Jahr zu dieser Problematik mit einem Aktionsprogramm Stellung beziehen könnte. Ein solches Internationales Jahr (IYSH) war der Generalversammlung am 29. September 1980 vom Premierminister Sri Lankas, Mr. Premadasa, angetragen worden. Der Bericht des UNCHS, dem dann die Entschließung der Generalversammlung in Befürwortung eines IYSH für das Jahr 1987 folgte, stellt fest, daß die alarmierende Situation das direkte Ergebnis einer Vielzahl von Unzulänglichkeiten und Hindernissen ist: Unklare Bodenrechtsverhältnisse, ungelöste und sich behindernde administrative Zuständigkeiten, rechtliche Barrieren, unzureichende Finanzen und mangelnde Investitionsbereitschaft von staatlicher und privater Seite.

Diese Thematik, die sowohl Problembereiche wie auch Ansätze für Maßnahmen umfaßt, wurde zum Ziel des IYSH-Programmes erklärt, das auf drei Ebenen angepackt werden sollte:

- *Politische Priorität der Wohnungsfrage und der mit ihr verbundenen Thematik;*
- *Notwendigkeit der Schaffung eines administrativen Rahmens, der eine wirkungsvolle Bewältigung der Wohnungsfrage als Bestandteil von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung ermöglicht;*
- *Prüfung, Anwendung und Austausch von Erfahrungen mit Lösungen, die der Größenordnung des Problems gerecht werden sowie für Regierungen, den privaten Sektor und die betroffene Bevölkerung finanzierbar und erschwinglich sind.*

Berichte des UNCHS an die Kommission der Vereinten Nationen für Siedlungswesen haben wiederholt auf die sich dramatisch verschlechternden Wohn- und Lebensbedingungen der armen Bevölkerungsgruppen, vor allem in den Großstädten der Dritten Welt, hingewiesen. Parallel mit dieser Verschlechterung mußte ein Nachlassen der Investitionsbereitschaft der Regierungen der Entwicklungsländer wie auch der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in diesem Bereich festgestellt werden. Es wurde klar, daß fast zehn Jahre nach der Aufbruchstimmung der UNO-Konferenz in Vancouver sich die Situation nicht zum Besseren wendete. Das Internationale Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1982 für das Jahr 1987 beschlossen. Es beabsichtigt, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das Elend von Hunderten von Millionen von Menschen zu lenken, die entweder ohne jede Form von Dach über dem Kopf leben müssen, oder in absolut unzulänglichen Behausungen wohnen, unter extrem ungesunden Umweltbedingungen. Das Hauptziel des Jahres ist es gleichzeitig, Wege aufzuzeigen, wie diese unzureichenden Wohn- und Umweltverhältnisse der Armen und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen verbessert werden können.

Diese Zustände sind nicht nur Folge und Ausdruck von Armut und damit in gewissem Sinne individuelle Probleme, zu deren Lösung zunächst die Beschäftigungssituation verbessert werden müßte. Sie sind ebenso die Folge verfehlter Siedlungs- und Wohnungsbaupolitik, die an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der sozial Schwächeren (und in den meisten Ländern der Dritten Welt ist das die Mehrheit der Bevölkerung) vorbeigeht. So wachsen die städtischen Zentren der Entwicklungsländer trotz aller Pläne des staatlichen und privaten Wohnungsbaus im wesentlichen durch Selbsthilfe der Bevölkerungsmehrheit, die mangels Unterstützung und in rechtlich unsicherer Situation nur zu unbefriedigenden Lösungen im Wohnungsbau kommen kann, die dann von staatlicher Seite als nicht normgemäß oder gar illegal bezeichnet werden.

Das Internationale Jahr bietet eine Gelegenheit, den Stellenwert von Wohnungsbau und begleitenden Infrastrukturinvestitionen für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes neu zu bestimmen, v. a. in einer Zeit, in der viele Entwicklungsländer durch eine Phase wirtschaftlicher Rezession gehen. Wohnungsbau und Verbesserung der Wohn- und Umweltqualität haben noch nicht die ihnen zustehende Priorität in nationalen Entwicklungsplänen, vor allem der Entwicklungsländer, erlangt. Die ansteigenden Schuldenlasten vieler Entwicklungsländer haben eine stark nachteilige Wirkung auf den Wohnungsbausektor. Die strukturellen Anpassungen, zu denen Entwicklungsländer sich gezwungen sehen, um weitere internationale Kredite zu bekommen, führen häufig zu einer Investitionsbeschränkung des öffentlichen Sektors im Bereich des Wohnungsbaus. Außerdem reduzieren Maßnahmen der strukturellen Anpassung den Spielraum für privaten Wohnungsbau, weil sie zu Einkommensreduzierungen der Zielgruppen führen. Umgekehrt gesehen können unzureichende Wohn- und Besiedlungsverhältnisse die soziale und ökonomische Entwicklung negativ beeinflussen.

Die Rolle des UNCHS (HABITAT)

Die Resolution vom Dezember 1982 übergibt dem UNCHS (HABITAT) mit Sitz in Nairobi die Aufgabe, das Internationale Jahr vorzubereiten, sowie Aktivitäten und Aktionen auf nationaler Ebene anzuregen und zu koordinieren. Es hat im wesentlichen eine Rolle als Katalysator, Unterstützer und Verteiler von Informationen. Diese Rolle des UNCHS, das ein kleines Sekretariat für diese Aufgabe eingerichtet hat, bezieht sich im wesentlichen auf fünf Bereiche:

- IYSH Demonstrationsprojekte
- Nationale Wohnungsbauprioritäten und -Strategien
- Wohnungsbau, Siedlungswesen und ökonomische Entwicklung
- Unterstützung von IYSH Aktivitäten der Regierungen, NGO's und internationalen Behörden

Mathias Hundsalz, Geograph, United Nations Centre for Human Settlements (UNCHS-HABITAT), Nairobi

- Unterstützung der UNO-Kommission für Siedlungswesen.

IYSH Demonstrationsprojekte

Eine wichtige Aufgabe besteht in der Erstellung eines internationalen Projektregisters. In ihm werden alle Projekte und Maßnahmen erfaßt, die Regierungen als „IYSH-PROJEKTE“ benennen, d.h. alle Aktivitäten, die von den jeweils zuständigen Stellen der Regierungen („focal points“) als IYSH-relevant betrachtet werden. Ein Internationales Register soll die Erfassung und Analyse weltweiter IYSH-Aktivitäten ermöglichen und den erforderlichen Informationsaustausch erleichtern. Im April 1985 wurde bereits eine erste Liste der UN-Kommission für Siedlungswesen vorgelegt.

Es wurde schnell offensichtlich, daß Umfang und Qualität von aufgeführten Projekten den realen Sachverhalt nur sehr unvollständig widerspiegeln konnten. Das Problem liegt im wesentlichen an der sehr „subjektiven“ Anwendung von Kriterien eines „IYSH-Projektes“, das die Beurteilung völlig den Regierungen überläßt. So mußte auch festgestellt werden, daß eine große Anzahl von NGO-unterstützten Projekten keinen Eingang auf die Listen vieler Regierungen fand.

Besonders signifikante Projekte werden in Form von „IYSH Monographs“ dokumentiert, die die wesentlichen Aspekte eines Projektes oder einer Maßnahme beschreiben sowie Quellenangaben für weitere Informationen enthalten. Die Monographien sollen ein weites Informationsnetz ermöglichen, mit Einblicken, wie in den verschiedenen Ländern IYSH-bezogene Probleme angegangen werden.

Nationale Wohnungsbaustrategien

Nationale Wohnungsbaupolitik und die Entwicklung von wirksamen Strategien der Umsetzung von Politik in Projekte und Programme ist eine wesentliche Komponente des IYSH. Die Regierungen sind aufgefordert, eine Bestandsaufnahme der Wohnungssituationen ihrer Länder durchzuführen, mit dem Ziel, kritische Punkte und Prioritäten zu identifizieren. Diese Situationsbestimmung soll in Verbindung mit Erfahrungen mit IYSH Projekten Grundlage für die Erstellung wirksamer Wohnungsbaupolitik sein. Ohne Anpassung bestehender Wohnungsbaupolitik an die Erfordernisse der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten werden auch einzelne „gute“ Projekte nicht zu einer entscheidenden Verbesserung der Gesamtsituation führen. In Unterstützung der ersten Phase dieses notwendigen Prozesses hat das UNCHS in Zusammenarbeit mit der Regierung von Finnland die Dokumentation „Guidelines for the Preparation of Shelter Programmes“ veröffentlicht. Die „US Agency for International Development“ (USAID) hat ein Modell zur quantitativen Bestimmung von Wohnungsbaubedarf entwickelt und gewährt einer Reihe von Ländern, die dieses Modell anwenden wollen, Unterstützung in Form von technischer Zusammenarbeit.

Wohnungsbau, Siedlungswesen und wirtschaftliche Entwicklung

Ein Haupthindernis der Entwicklung des Wohnungsbausektors und des Siedlungswesens rührt daher, daß beide oft gewissermaßen als Nebenprodukte von Entwicklungsprozessen angesehen werden, die für sich genommen wenig an wirtschaftlicher Rentabilität für die erforderlichen hohen Investitionen bieten. Dieses Argument trifft zum Teil auch auf die Mittelbereitstellung für internationale Entwicklungszusammenarbeit zu. Es gibt einen gewissen Mangel an Bereitschaft bei internationalen und bilateralen Organisationen, Devisen für Wohnungsbauprogramme in der Dritten Welt bereitzustellen, die zwar wesentlich zur Erhöhung des Bruttosozialproduktes durch verstärkte Bautätigkeit beitragen würden, aber wenig Devisen erwirtschaften. Es läßt sich beobachten, daß Entwicklungsländer mit geringem Investitionsvolumen im Wohnungsbau- und Siedlungswesen (d.h. zwischen 3 und 4% des Bruttosozialproduktes) sehr niedrige oder aber stagnierende Entwicklungsraten haben.

Verstärkte Förderung dieses Sektors hat nicht nur positive Effekte auf der Beschäftigungs- und Produktionsebene, sondern führt auch zum notwendigen Ausbau der Infrastruktureinrichtungen. Das UNCHS erarbeitet eine Reihe von Grundlagenpapieren, die diese Zusammenhänge verdeutlichen sollen und für die Erstellung von Prioritäten in nationalen Entwicklungsplänen eine Entscheidungshilfe sein können.

Unterstützung von IYSH Aktivitäten der Regierungen, NGOs und internationalen Behörden

Der Schwerpunkt der Arbeit des UNCHS für das Internationale Jahr liegt in diesem Bereich. Als ein erster Schritt mußte Informationsmaterial erarbeitet werden, das von den nationalen Koordinierungsbüros („National Focal Points“) verwendet werden kann, um die Ziele des Internationalen Jahres ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. Zu diesem Zweck hat das UNCHS eine Serie von Broschüren und Plakaten herausgebracht. Ein vierteljährlicher Rundbrief „IYSH Bulletin“ informiert die nationalen Koordinierungsbüros, NGOs und internationalen Behörden über bereits angelaufene IYSH-Aktivitäten, wie Projekte in einzelnen Ländern oder ähnliche Maßnahmen. Eine Reihe von Konferenzen auf regionaler und nationaler Ebene dient ebenfalls der Aufgabe des UNCHS, die Ziele des IYSH weiter bekannt zu machen und Aktionen auf nationaler oder lokaler Ebene anzuregen. Speziell für NGOs hat das UNCHS ein Informationspaket entwickelt, das Anregungen enthält, wie und in welchen Bereichen NGOs sich am internationalen IYSH-Programm beteiligen können. Die nationalen „Focal Points“ sind aufgefordert, die besonderen Erfahrungen und Leistungen der NGOs auf dem Wohnungsbausektor zu berücksichtigen und ihre Aktivitäten zu

fördern. Als ein Beispiel kann der Arbeitskreis „Frauen und Wohnungsbau“ gelten, der sich während der Internationalen Frauenkonferenz 1985 in Nairobi konstituiert hat.

Unterstützung der UNO-Kommission für Siedlungswesen

Die jährlichen Sitzungen der UNO-Kommission für Siedlungswesen haben sich als ein bedeutendes Forum gezeigt, auf dem Informationen über IYSH-Aktivitäten zwischen Vertretern von Regierungen, internationalen Behörden und NGOs direkt und persönlich ausgetauscht werden. Mit Hilfe von Arbeitsberichten des UNCHS können hier Prioritäten für das Internationale Jahr gesetzt und Vorschläge diskutiert werden, auf welche Bereiche sich das UNCHS mit seiner Katalysator- und Koordinierungsaufgabe stärker konzentrieren soll. Die Kommission, die das IYSH als einziges Arbeitsthema für ihre Sitzung 1987 hat, erarbeitet auch Empfehlungen und Resolutionen zu dem Thema für die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 1987.

Eine Unlösbare Aufgabe?

In Anbetracht der gewaltigen und komplexen Aufgabe war es klar, daß das Jahr 1987, ein Jahr der Öffentlichkeitsarbeit für Aktionen sein wird, die bereits vor 1987 in die Wege geleitet worden sind und die nach 1987 verstärkt zum Tragen kommen müssen.

Ein Drei-Phasen-Programm wurde beschlossen:

1983 - 1986

Diese entscheidende erste Phase dient dazu, die gegenwärtigen Problemsituationen in allen Dimensionen weltweit zu bestimmen. Regierungen haben begonnen, ihre Wohnungsbaupolitik zu überdenken und diejenigen Bereiche oder Schwachstellen zu bestimmen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Eine Reihe von Ländern hat diese Phase genutzt, um spezielle IYSH-Demonstrationsprojekte zu lancieren oder bereits angelaufene Maßnahmen eine stärkere IYSH-Zielorientierung zu geben.

1987

Im Internationalen Jahr selbst werden bereits vorhandene Programme und Projektergebnisse evaluiert und die relevanten Erfahrungen in verbesserte Wohnungsbaustrategien eingebracht. 1987 sollen Regierungen Wohnungsbaustrategien für die Zeit bis zum Jahre 2000 verabschieden, die den Wohnungsbedürfnissen der Mehrheit der armen Bevölkerungsgruppen gerecht werden.

1988 - 2000

Die dritte Phase soll im wesentlichen der Umsetzung von Strategien in Aktionen dienen, die auf nationaler und lokaler Ebene zu konkreten Maßnahmen führen, wie Plan- und Baugesetzänderungen, Verbesserungen im institutionellen und

administrativen Bereich, Verstärkung der Leistungsfähigkeit der lokalen Baumaterialproduktion, Bereitstellung von Baugrund für die Wohnbedürfnisse der armen Bevölkerungsgruppen, Förderung von Selbsthilfemaßnahmen, usw. Die dritte Phase soll auch zu verstärkter Mittelbereitstellung der internationalen Staatengemeinschaft für angepaßte Wohnungsbaumaßnahmen führen.

Natürlich klingt das alles sehr anspruchsvoll, vor allem in Hinblick auf die bisherige Entwicklung der Situation, die von einer jährlichen Verschlechterung der Wohnbedingungen gekennzeichnet gewesen ist. Allein die Schaffung eines internationalen Förderungs- und Koordinierungsmechanismus stellt vor allem in der jetzigen Weltwirtschaftssituation eine schier unlösbare Aufgabe dar. Das eher bescheidene Budget von US \$ 4,9 Millionen, das von der Generalversammlung für die Durchführung eines so umfangreichen Programmes dem UNCHS bewilligt worden ist, macht deutlich, daß alle Aktivitäten nur der Anregung zur Förderung nationaler Maßnahmen dienen können. Zudem sind von dem bewilligten außerplanmäßigen Budget bisher nur US \$ 2,5 Millionen an freiwilligen Beiträgen in Aussicht gestellt worden. Eine noch geringere Summe steht dem UNCHS effektiv für diese Aufgaben zur Verfügung.

Je näher das Jahr 2000 rückt, desto offensichtlicher wird die Aussichtslosigkeit eines Unterfangens, die schlimmsten Mißstände in der Wohnsituation, vor allem der Entwicklungsländer durch konzertierte und weltweite Aktionen zu beheben.

Zu viele Faktoren, spielen hier zusammen, die selbst nicht Ziel des IYSH sind. So wird es sicherlich "shelter for all by the year 2000" nicht geben, ebenso wenig wie Arbeit für alle, Gesundheit für alle oder Überwindung der Armut bis zum Jahre 2000. Das IYSH selbst kann nur ein Baustein innerhalb von Entwicklungsprozessen sein und der Zweck eines Internationalen Jahres mit diesem Thema nur ein weiterer Beitrag in Richtung besserer Lebensbedingungen für einen großen Teil der Weltbevölkerung.

Es ist klar, daß der Erfolg des IYSH im wesentlichen von der Fülle und Qualität von Aktionen auf nationaler und lokaler Ebene abhängt. Erfolgskriterium ist dabei zunächst die sichtbare Verbesserung der Wohnsituation der ärmsten Bevölkerungsgruppen. Natürlich kann niemand zufriedenstellende Lösungen für das Jahr selbst erwarten. Dazu ist der Problemumfang viel zu groß. Was jedoch zum Ziel für das Jahr selbst wie vor allem für die darauf folgenden Jahre erstrebt werden soll, ist die Erreichung eines Durchbruches. Ein solcher Durchbruch sollte aufzeigen, daß Lösungen möglich sind, wenn sie die ärmsten Bevölkerungsgruppen in Prozesse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einbeziehen und ihre Selbsthilfestrebungen gezielt fördern, anstatt sie mit rechtlichen, administrativen, technischen und finanziellen Normen und Prozeduren zu behindern.

Dieter Kiel /
Rolf-Peter Löhr

Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Internationalen Jahres

Die Lage spitzt sich zu

Bis zum Jahr 2000 wird die Weltbevölkerung um 1,5 Mrd. Menschen zunehmen. Mehr als zwei Drittel davon werden sich in den Städten, besonders in den großen Metropolen, ansiedeln. Allein für Mexikostadt wird erwartet, daß sich die Bevölkerung von heute 19 Mio. annähernd verdoppeln wird. Ähnliche Entwicklungen werden für Sao Paulo, Shanghai, Kairo oder Bombay vorausgesagt. Diese Zahlen lassen die ungeheuren Probleme erkennen, denen wir in der Entwicklungszusammenarbeit in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gegenüber stehen werden.

Große Teile der Bevölkerung leben in Slums und Spontansiedlungen unter menschenunwürdigen Bedingungen, auf engstem Raum in unzureichenden sanitären und hygienischen Verhältnissen. In Bombay, der reichsten Stadt Indiens, sind dies über 50% der Bevölkerung. Im asiatischen Raum, in Afrika und in Lateinamerika findet sich in der großen Mehrzahl der Entwicklungsländer ein ähnliches Bild:

Ein unkontrolliertes, gigantisches Wachstum der Städte, ausgelöst durch hohe Geburtenraten und eine ausgeprägte Landflucht. Viele Familien, die primitiven ländlichen Wohnverhältnissen mit fehlender Infrastruktur, mangelnder medizinischer Versorgung und Bildungsmöglichkeit in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft entfliehen, erwartet in den städtischen Elendsquartieren eine nicht minder trostlose Lebenslage. Was bleibt von der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, wenn die primitive Hütte auf dem Lande getauscht wird gegen eine notdürftige Unterkunft, zusammengebaut aus Schrott und Abfällen?

Wenn wir mit unserem hohen EG-Lebensstandard möglicherweise auch nur schwer solch eine Lebenssituation nach-

Dieter Kiel / Dr. Rolf-Peter Löhr, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Aufgabenbereich Habitat, Vereinte Nationen.

empfinden können, so ist uns doch bewußt, daß menschenwürdiges Wohnen eine wichtige Voraussetzung für die persönliche Entwicklung jedes Menschen und seiner Familie ist, für die Entfaltung und die Erhaltung seiner Arbeitskraft und seines Arbeitswillens, für den Schutz seiner Gesundheit, für die Herausbildung verantwortlichen Handelns im Rahmen der Gesellschaft.

Die Wohnung ist auch für die Menschen in Entwicklungsländern die größte Investition in ihrem Leben, sie ist häufig auch ihr Arbeitsplatz. Besonders Frauen bietet sich durch den Wohnungsbau eine wichtige Möglichkeit, zum Schutz und zum Einkommen der Familie beizutragen und so ihre Stellung in der Gesellschaft zu verbessern. Menschenwürdigem Wohnen kommt damit eine Schlüsselrolle für den sozialen Frieden, die politische Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes zu.

Ein geringes wirtschaftliches Wachstum bei gleichzeitig hohem Schuldenstand hat in vielen Ländern zu negativen Konsequenzen für die Wohnungsbau- und Infrastrukturpolitik geführt. Zur Überwindung kurzfristiger Zahlungsprobleme wurden die öffentlichen Ausgaben gerade in diesem, vielen Regierungen am ehesten verzichtbar erscheinenden Bereich reduziert. Wohnungsbauprogramme und Infrastrukturmaßnahmen eignen sich aber in besonderem Maße zur Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums und zur Arbeitsbeschaffung. Der wirtschaftliche Aufschwung in unserem Lande in der Nachkriegsphase ist hierfür ein gutes Beispiel. Wie kann der Teufelskreis des wachsenden Wohnungselends in Entwicklungsländern durchbrochen werden?

UN Habitat - die Organisation der Vereinten Nationen im Bereich der Wohnungsversorgung

Um den sich abzeichnenden enormen Problemen der Wohnungsversorgung und Stadtentwicklung international im Rahmen der Vereinten Nationen konzentriert und wirkungsvoll begegnen zu können, wurde 1978 das *Zentrum der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen* (UNCHS) „Habitat“ gegründet. Im Unterschied zu manch anderer UNO-Behörde ist UN-Habitat nicht überbürokratisiert, sondern versteht sich als kleines, effizient arbeitendes Unternehmen. Rund 80 Mitarbeiter des höheren Dienstes sind in der Zentrale in Nairobi tätig. Im Durchschnitt die vierfache Anzahl von Experten leistet draußen „im Feld“ Projektarbeit, wie z.B.

- Beratung bei der Ausarbeitung integrierter Wohnungsbauprogramme (Sambia, Simbabwe, Lesotho)
- Slumsanierungen, Maßnahmen der Stadterneuerung (Pakistan, Tansania)
- Förderung des ländlichen Raumes, Regionalplanungskonzepte, Heranbildung von einheimischem Fachpersonal (Benin, Burundi, Ghana, Simbabwe, Burkina Faso)

- Ausbildungsprogramme für Bauhandwerker und Techniker, Weiterentwicklung traditioneller Bauformen und Baustoffe (Botswana, Lesotho, Malawi, Swasiland).

Länderbeispiele für die Mitwirkung am Internationalen Jahr

UN-Habitat ist also nicht lediglich „Papierproduzent“, sondern primär eine handfest arbeitende Organisation. In der Phase des knappen Geldes gegründet, leidet sie an chronischem Geldmangel. Pro Jahr kommen nur etwa 2,5 Mio US-Dollar an Spendenmitteln ein. Viel zu wenig, um den vielfältigen Anfragen der Entwicklungsländer auf Formulierungshilfe für Projektanträge im Bereich Wohnungsbau und Städtebau entsprechen zu können. Ein Lichtblick in diesem Zusammenhang ist es, daß die USA auf der 9. Sitzung der Kommission der Vereinten Nationen für Menschliche Siedlungen in Istanbul im Mai 1986 einen freiwilligen Beitrag in Höhe von 383.000 US-Dollar angekündigt haben.

Die USA, die in der Vergangenheit verschiedentlich an einzelnen UN-Organisationen wegen zweifelhafter politischer Ausrichtung der Programme, Überbürokratisierung und mangelnder Effizienz Kritik geübt haben, begründeten ihre Beitragszahlung damit, daß UN-Habitat als die am effizientesten arbeitende UN-Organisation eingeschätzt wird; die Lösung der Wohnungsprobleme in den Entwicklungsländern stelle eine der wichtigsten Vorbedingungen für eine fortschrittliche Entwicklung dar, und UN-Habitat spiele bei der Förderung von Strategien und Programmen, die dazu beitragen, selbsttragende Systeme für den Wohnungsbau Armer in Entwicklungsländern zu schaffen und das Wachstum der Städte in geordnete Bahnen zu lenken, weltweit eine wesentliche Rolle. Diese Einschätzung wird insbesondere von Japan und den Niederlanden geteilt, die regelmäßige Beiträge an UN-Habitat zahlen.

Die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Internationalen Jahres muß UN-Habitat also mit sehr knappen Mitteln bewältigen. Der Schwerpunkt liegt einerseits in der Sammlung, Aufbereitung und Auswertung der Länderinformationen über Programme und Maßnahmen zum Internationalen Jahr für die politische Diskussion in den UN-Gremien und für den Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern.

Andererseits gibt UN-Habitat auf Anfrage Entwicklungsländern konkrete Hilfestellung bei der Entwicklung und Umsetzung von Aktionsprogrammen zum Internationalen Jahr bis hin zur Bereitstellung von Mustern und Vorlagen für Mittel zur Öffentlichkeitsarbeit (Plakate, Broschüren, Filmbeiträge).

Angesichts des Mißverhältnisses zwischen der drängenden politischen Dimension wohnungs- und städtebaupolitischer Probleme in Entwicklungsländern und der überaus schmalen Finanzausstattung von UN-Habitat stellt sich die Frage, wie hier ein „Durchbruch“ geschafft werden kann.

	Gesetzgebung, Standards, Normen	Wohnungsbauprogramme	Finanzierungssysteme	Niedrigkosteninfrastruktur	Bodenrechtsfragen	Institutionen, Bürgerbeteiligung	Aus- und Fortbildung	Baumaterialien, Konstruktions-techniken
Asien								
1. Bangladesh	<input type="radio"/>					<input type="radio"/>		
2. China	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
3. Indien	<input type="radio"/>			<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>		<input type="radio"/>
4. Indonesien			<input type="radio"/>				<input type="radio"/>	
5. Papua Neuguinea		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>		<input type="radio"/>			
6. Philippinen	<input type="radio"/>							<input type="radio"/>
7. Sri Lanka		<input type="radio"/>		<input type="radio"/>		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
8. Thailand		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>		<input type="radio"/>			
Afrika								
1. Botswana		<input type="radio"/>		<input type="radio"/>			<input type="radio"/>	
2. Burkina Faso			<input type="radio"/>			<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
3. Kamerun		<input type="radio"/>		<input type="radio"/>				
4. Kenia	<input type="radio"/>		<input type="radio"/>				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
5. Lesotho			<input type="radio"/>	<input type="radio"/>				
6. Sambia		<input type="radio"/>				<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
7. Simbabwe	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>						
8. Uganda								<input type="radio"/>
Lateinamerika								
1. Argentinien		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>					
2. Bolivien						<input type="radio"/>		
3. Brasilien			<input type="radio"/>		<input type="radio"/>			
4. Chile		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	
5. Kolumbien		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>					<input type="radio"/>
6. Mexiko		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			
7. Peru								<input type="radio"/>
8. Sierra Leone			<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			<input type="radio"/>	
Westliche Länder								
1. Australien	<input type="radio"/>			<input type="radio"/>				
2. Belgien							<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
3. Bundesrepublik Deutschland							<input type="radio"/>	
4. Dänemark							<input type="radio"/>	
5. Finnland	<input type="radio"/>						<input type="radio"/>	
6. Japan							<input type="radio"/>	
7. Kanada	<input type="radio"/>						<input type="radio"/>	
8. Norwegen				<input type="radio"/>				<input type="radio"/>

Roland Ziss

Projekte der Wohnungsversorgung

Eine entwicklungspolitische Herausforderung

Wenn die Vereinten Nationen soziale und politische Themen propagieren, die die internationale Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angehen, bleiben diese Bemühungen meistens folgenlos. Oder die Erfolge sind so minimal, daß man sie nicht bemerkt. 1987, zum *Internationalen Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot*, sind die Regierungen der Entwicklungsländer aufgerufen, mehr für die Menschen in Wohnungsnot zu tun, und die Regierungen der Industrieländer, sie dabei zu unterstützen. Bestehen nun Aussichten, daß sich wirklich etwas tut, oder wird man später wieder einmal sagen müssen, außer einigen Veröffentlichungen, Tagungen und Sonderbriefmarken hat das Internationale Jahr nichts gebracht?

Im folgenden beschäftigen wir uns mit entwicklungspolitischen Projekten, die eine Verminderung der Wohnungsnot erwarten lassen. Sie spielen gegenwärtig noch eine untergeordnete Rolle; doch sowohl in Entwicklungsländern als auch bei uns setzt allmählich ein Umdenken in der Entwicklungspolitik ein. Konkret dokumentiert es sich in einem neuen Sektor-konzept des BMZ, das wir kurz vorstellen. Anschließend fassen wir in drei Forderungen zusammen, wie Projekte konzipiert sein sollen, damit sie nicht nur an den Symptomen der Wohnungsnot herumkurieren, sondern die Strukturen verändern helfen, die sie verursachen. Die Chancen stehen nicht schlecht, daß dieses Internationale Jahr nicht wirkungslos vergeht; mehr Projekte der Wohnungsversorgung könnten in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Hilfe für Menschen in Wohnungsnot leisten.

Umdenken in der Entwicklungspolitik

Der Umfang der deutschen Entwicklungshilfe zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in der Dritten Welt ist ausgesprochen gering. Nach Schätzungen des zuständigen BMZ-Referenten fließen weniger als 2 % der Entwicklungshilfegelder



Trinkwasser - für viele Spontanansiedlungen das erste Problem
Foto: Roland Ziss

in diesen Bereich (Lotz 1986, 177). In den offiziellen Verlautbarungen taucht etwa die Slumsanierung, einer der wichtigsten Projekttypen zur Verringerung städtischer Wohnprobleme, bisher nur im Zusammenhang mit bevölkerungspolitischen Maßnahmen (BMZ 1986 a, 30) oder als Maßnahmen des Umweltschutzes auf (BMZ 1986 b, 38).

Nicht nur die Bundesregierung, auch die Regierungen der meisten Entwicklungsländer messen Wohnproblemen und Maßnahmen zu ihrer Lösung eine untergeordnete politische Bedeutung bei. Viele Politiker versprechen zwar eine Verbesserung der Wohnverhältnisse, wenn sie vor Wahlen auf Stimmenfang gehen, wohl wissend, wie das Thema vielen Familien unter den Nägeln brennt. Sind sie dann aber an der Macht, erinnern sich viele nicht mehr daran und unterstützen weiterhin hochsubventionierte Bauprogramme, in deren Genuß nur eine kleine Personengruppe kommt.

Wenn sich die Regierungen mit Förderanträgen an Industrieländer wenden, haben diese meist technische Großprojekte zum Inhalt. Kraftwerke und Staudämme sind gefragt, nicht die Sanierung von Stadtteilen der armen Bevölkerung, die der Regierung den Vorwurf der Bauindustrie einbringt, sie stecke Geld in Slums, statt sie abzureißen, und bei der der Bauminister nicht einmal medienwirksam ein Band durchschneiden kann.

Ein gewaltiger Problemdruck hat sich angestaut. Die Versorgungsprobleme in den Städten der Dritten Welt (Luft, Wasser, Verkehr) haben ein Ausmaß erreicht, das auch der herrschenden Schicht zu schafften macht. Die städtischen Bodenreser-

ven gehen zur Neige; Neubauten entstehen auf unerschlossenem Gelände am Stadtrand, weitab von Arbeitsplätzen und Versorgungsmöglichkeiten. Die überlasteten Infrastrukturnetze lassen keine Verdichtung des Stadtgebietes zu bzw. nur unter Opfern von allen. Viele Familien in Wohnungsnot lassen sich nicht mehr mit Wahlversprechen abfinden und pochen auf ihre Einlösung. Die Verbesserung der Wohnverhältnisse für die unteren Einkommensgruppen findet allmählich Beachtung. Neuerdings suchen einige Regierungen die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich und stellen Anträge auf Förderung von Projekten, unter anderem auch, um intern nicht umverteilen zu müssen.

Auch in der deutschen Entwicklungspolitik setzt langsam ein Umdenken ein. Nach wie vor liegt der Schwerpunkt auf Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung. Doch die damit verbundenen Erwartungen an eine eigenständige und gleichmäßigere Entwicklung erfüllen sich nicht. Am wenigsten bestätigt sich die Annahme, die Förderung des ländlichen Raumes verhindere die Landflucht. Das Gegenteil ist oft der Fall: Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion setzt Arbeitskräfte frei, die in die Städte abwandern. Die Absorbationsfähigkeit der Städte wurde offensichtlich lange Zeit verkannt, so wie ländliche und städtische Entwicklung auf unzulässige Weise voneinander getrennt wurden. Im Vorwort zu der soeben erschienenen BMZ-Broschüre „Wohnungsversorgung und Selbsthilfe“ (1986 d) heißt es daher auch:

„Während in den vergangenen Dekaden der Schwerpunkt der Zusammenarbeit

Roland Ziss, Dipl. Wirtsch. Ing.,
entwicklungspolitischer Berater, Wiesbaden

einseitig auf die ländliche Entwicklung gelegt wurde, um den Verstädterungstendenzen entgegenzuwirken, erkennen wir heute besser die Chancen und Potentiale der städtischen Entwicklung. Wir begreifen heute die Verstädterung als einen unabänderlichen, in gewisser Weise sogar notwendigen Prozeß und wissen, daß ländliche und städtische Entwicklung wie zwei Seiten einer Medaille sind ...“

Einer der augenfälligsten Mißstände der städtischen Entwicklung ist zweifellos die Wohnungsnot. Auch in ihrer Beurteilung setzen sich bei uns und in Entwicklungsländern neue Einsichten durch. Einst wurde sie als ein rein soziales Problem angesehen, das es mit den sozialen und karitativen Mitteln einer Fürsorgepolitik zu beheben galt. Heute wird sie stärker von ihren ökonomischen Bedingungen her verstanden mit der Folge, daß Lösungsansätze starker ökonomisch orientiert sind. Entwicklungsprojekte in diesem Bereich haben Investitionscharakter, die zur Mobilisierung brachliegender Ressourcen und zur Erschließung neuer Märkte beitragen.

Das Sektorkonzept Wohnungsversorgung

Unmittelbarer Ausdruck des entwicklungspolitischen Umdenkens ist das Sektorkonzept Wohnungsversorgung vom Juli 1986 (BMZ 1986 c). Es enthält Grundsätze und Kriterien, nach denen Projekte zur Verbesserung der Wohnbedingungen in Entwicklungsländern ausgewählt, vorbereitet und durchgeführt werden sollen, und ist somit die Grundlage für die Förderung von Projekten im Rahmen der offiziellen Entwicklungshilfe. An seiner Entstehung haben neben den maßgeblichen staatlichen Institutionen des Förderbe-

reichs auch nicht-staatliche Organisationen, Hochschullehrer und Berater mitgewirkt.

Es ist nicht das erste Mal, daß das BMZ Förderkriterien für Wohnungsprojekte formuliert. Im Sektorpapier Urbanisierung vom Juni 1978 (BMZ 1978) werden bereits Minimallösungen für die Infrastrukturversorgung und zur Deckung des Wohnungsbedarfs in städtischen Elendsvierteln als ein Schwerpunkt herausgestellt. Die Angaben sind noch relativ allgemein gehalten, die Richtung wird allerdings klar vorgegeben: Breitenwirksame Lösungen bauen auf der Selbst- und Gemeinschaftshilfe der Bewohner auf. Das Sektorkonzept Wohnungsversorgung nimmt diesen zentralen Gedanken auf und definiert aus einem ehemaligen Schwerpunkt städtischer Projekte einen eigenen Förderbereich.

Mit dem Begriff *Wohnungsversorgung* rückt das Sektorkonzept bewußt vom *Wohnungsbau* ab. Zur Deckung des Grundbedürfnisses Wohnen gehören neben einer angemessenen Wohnung ein entsprechendes Wohnumfeld, die Anbindung an Infrastrukturnetze und die Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen, vor allem in Städten, wo die Wohnungsnot am größten ist und die meisten Projekte durchgeführt werden müssen. *Wohnungsprobleme sind nur vordergründig bautechnischer Natur, sondern im Kern wirtschafts- und gesellschaftspolitische Probleme.* Projekte der Wohnungsversorgung sollen daher Maßnahmen umfassen *die Bewohnern eine verstärkte Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Leben ermöglichen.* Als Beispiele werden *Herstellung von Rechtssicherheit, Unterstützung von Bewohnerorganisationen, Beschäftigungsförderung und Schaffung von Einkommen* genannt.

Projekte der Wohnungsversorgung sollen zur Verwirklichung von zwei Hauptzielen beitragen :

- Verbesserung der Wohnsituation der einkommensschwachen Bevölkerung, indem sie ein Mindestmaß von Schutz der Bewohner vor den Gefahren der natürlichen und sozialen Umwelt herstellen, Raum für privates und öffentliches Leben schaffen und die technische und soziale Infrastruktur vervollständigen helfen;
- Einleitung von längerfristigen Prozessen einer breitenwirksamen Wohnungsversorgung, und zwar durch Förderung der Selbsthilfe, Unterstützung von Bewohnerorganisationen, Erschließung lokaler Ressourcen sowie die Stärkung basisnaher Institutionen.

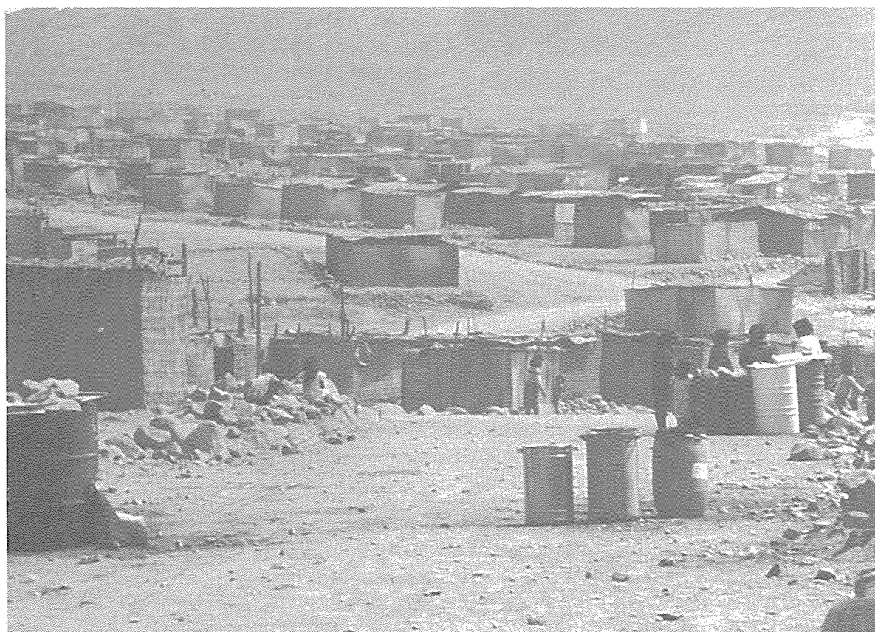
Als Nebenziel ist immer dann, wenn die Projekte es zulassen, die Schaffung von Beschäftigung und Einkommen anzustreben.

Die Zielgruppen gehören zu dem Teil der Bevölkerung, der in Wohnungsnot lebt und sich selbst keinen Zugang zu einer menschenwürdigen Wohnung verschaffen kann. Grundsätzlich sollen die Projekte nur Bevölkerungsgruppen zugute kommen, deren Haushaltseinkommen unter dem Durchschnitt der jeweiligen Stadt liegt.

Um die Wiederholbarkeit zu gewährleisten, sind die Kosten unter Berücksichtigung der finanziellen Belastbarkeit soweit wie möglich auf die Projektteilnehmer umzulegen. Während die technische und soziale Infrastruktur den ärmsten Bewohnern kostenlos zur Verfügung stehen soll, sind etwa die Kosten des Wohnungsbaus auf jeden Fall in Rechnung zu stellen.

Als besonders förderungswürdig werden Sanierungsprojekte dargestellt, die Abriß und Umsiedlung vermeiden und unter weitestgehender Beteiligung der Bewohner eine allmähliche Verbesserung des Wohngebiets herbeiführen. Von den Maßnahmen im Projektgebiet, die je nach den lokalen Bedingungen und Erfordernissen ganz verschieden sein können, werden Maßnahmen im institutionellen Bereich unterschieden. Sie sollen die rechtlichen Hemmnisse abbauen helfen, die einer Neuorientierung der Wohnungspolitik in vielen Ländern im Wege stehen, und spielen bei der Förderung von staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen eine große Rolle, die als Träger von Projekten in Frage kommen und damit für die Verbreitung von erprobten Projekttypen sorgen.

Das Sektorkonzept ist Planungsgrundlage und gibt Entscheidungshilfe. Viele Fragen bleiben offen und müssen in der Projektpraxis beantwortet werden: Wie können z.B. die Projektgebiete wirksam gegen Spekulation geschützt werden? Was geschieht, wenn die Regierung im Entwicklungsland keine Bewohnerbeteiligung zuläßt? Wie sollen staatliche und nicht-staatliche Träger zusammenarbei-



Junge Siedlungen am Rande von Lima mit Wassertonnen, die von Tankwagen versorgt werden

Foto: Gustavo Riofrio

ten? Dennoch ist durch die Bekanntgabe der Förderkriterien ein wichtiger Schritt zu einer intensiveren Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern getan. Der zweite, noch wichtigere Schritt liegt nun bei den Entwicklungsländern. Ob sich das Sektorkonzept bewährt, wird sich erst in einiger Zeit herausstellen, dann nämlich, wenn mehrere Projekte der Wohnungsversorgung, auf seiner Grundlage vorbereitet und durchgeführt, evaluiert werden können.

Können Projekte Strukturen verändern?

Was für Entwicklungshilfeprojekte im allgemeinen gilt, gilt auch für Projekte der Wohnungsversorgung: Sie können nur Anstöße geben, eine auf die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung ausgerichtete Wohnungspolitik stärken und Gegentendenzen zu neutralisieren versuchen; sie ersetzen niemals die eigenständige Ent-

wicklung von innen heraus. Grundsätzliche Zweifel sind angebracht: Ist das Wohnen nicht derartig von lokalen Traditionen und Wertvorstellungen bestimmt, daß Projekte der Wohnungsversorgung ein unzulässiger Eingriff in die Intimsphäre einer anderen Gesellschaft darstellen? Kurieren Projekte der Wohnungsversorgung nicht doch bloß an den Symptomen der Wohnungsnot herum, ohne an die Wurzeln von Armut und ungleicher Verteilung vorzudringen? Sind Projekte der Wohnungsversorgung überhaupt in der Lage, die Strukturen zu verändern, die die Wohnungsnot hervorrufen?

Projekte sind Maßnahmen, die in einer bestimmten Zeit mit einem bestimmten Mitteleinsatz ein bestimmtes Ziel verwirklichen sollen. Nicht nur die Entwicklungshilfe bedient sich ihrer, auch nationale Regierungen und Kommunalverwaltungen greifen darauf zurück, schon aus

Wohnbedürfnissen. Die Wohnung ist ein individuelles Nutzungsgut; Wohnungsbau, -erweiterung und -erhaltung sollten den individuellen Nutzern überlassen bleiben. Sie wissen am besten, was sie brauchen und wie sie am billigsten bauen. Projekte der Wohnungsversorgung sollten sich auf öffentliche Güter und die Rahmenbedingungen des Bauens und Wohnens konzentrieren, jene Bereiche also, die sich individuell nicht organisieren lassen und auf die Bewohner keinen oder nur geringen Einfluß nehmen können. In erster Linie handelt es sich um die technische und soziale Infrastruktur sowie um die notwendigen Voraussetzungen des Wohnungsbaus: Bauland, Baumaterialien und Baufinanzierungsmöglichkeiten.

Sehr unterschiedliche Bereiche sind damit angesprochen. Jeder hat eine eigene Logik und funktioniert nach eigenen Regeln. Über die Wohnung hängen sie dennoch zusammen, und Maßnahmen im einen Bereich haben Auswirkungen im anderen. Für die technische und soziale Infrastruktur gibt es keinen Markt; entsprechende Vorleistungen des Staates bzw. der Kommune sind unumgänglich, z.B. Wasserwerk und Kläranlage, Strom- und Straßennetz, Schulen und Krankenhäuser. Bauland, Baumaterialien und Baukapital hingegen gehorchen Marktgesetzen, über die sich Projektmaßnahmen nicht hinwegsetzen sollten; größere Wirkungen versprechen sie, wenn sie zur Entwicklung von Boden-, Baumaterial- und Kapitalmarkt beitragen.

Vom Siedlungsprojekt zum Prozeß der Wohngebietsentwicklung

In vielen Projekten beginnt schon der Verfall, ehe das Projektteam das Projektgebiet verlassen hat. Sie scheitern daran, weil versäumt wurde, die Grundlagen für eine dauerhafte Wohngebietsentwicklung zu legen. Fehlende Wartung und Reparatur der physischen Projekteinrichtungen und die mangelnde Bereitschaft, für Projektleistungen zu zahlen, sind die negativen Folgen. Projekte der Wohnungsversorgung sollten daher die Selbstverantwortlichkeit der Bewohner stärken, um einen sich selbst tragenden Prozeß der Wohngebietsentwicklung einzuleiten.

Voraussetzung hierfür ist die Beteiligung der Bewohner an den Projektentscheidungen von Anfang an. Nur wenn die Projekte tatsächlich den Bedürfnissen und Interessen der Bewohner entsprechen und sie selbst die Prioritäten setzen, sind sie auch später bereit, das Projekt in eigener Verantwortung weiterzuführen. Eine wesentliche Aufgabe des Projekts, möglicherweise die wichtigste Hilfe zur Selbsthilfe, besteht darin, mit den Bewohnern geeignete Organisationsformen zu entwickeln und die notwendigen Kenntnisse zu vermitteln und einzuüben.

Etliche Schwierigkeiten sind dabei zu überwinden. Wenn Häuser in individueller Selbsthilfe erbaut werden, bedeutet das noch lange nicht, daß die Bewohner auch zu unentgeltlichen Gemeinschaftsarbei-



8.000 Wohnungen in Santo Domingo nicht fertiggestellt: eine Ruine des Sozialen Wohnungsbaus
Foto: R. Ziss

als bisher und fragen enttäuscht, warum sie, warum nicht wir. Die Erfahrungen, die man in vielen Ländern mit Projekten der Wohnungsversorgung gemacht hat, lassen sich in folgenden drei Prinzipien zusammenfassen, die gleichsam Forderungen an eine sinnvolle Projektkonzeption darstellen:

Vom Wohnungsbau zu den Rahmenbedingungen des Bauens und Wohnens

Weltweit hat sich herausgestellt, daß man mit Wohnungsbauprogrammen nur dann den ärmsten Teil der Bevölkerung erreicht, wenn diese hoch subventioniert werden. Trotz aller Versuche, die Standards noch weiter zu senken, ist der von staatlichen Trägern durchgeführte Wohnungsbau einfach zu teuer, viel teurer als der von privaten Bauherren organisierte, und entspricht nicht einmal unbedingt den

Wohnungsnot hervorrufen? Projekte sind Maßnahmen, die in einer bestimmten Zeit mit einem bestimmten Mitteleinsatz ein bestimmtes Ziel verwirklichen sollen. Nicht nur die Entwicklungshilfe bedient sich ihrer, auch nationale Regierungen und Kommunalverwaltungen greifen darauf zurück, schon aus



*Beteiligung der Bewohner an den Entscheidungen von Anfang an: die wichtigste Voraussetzung für den Projekterfolg
Foto: J. Kotowski-Ziss*

ten bereit sind. Oft stehen traditionelle Führungsstrukturen im Wohngebiet einer breiten Beteiligung und Übernahme von Verantwortung entgegen. Außerdem hemmen die bürokratischen Verwaltungsvorschriften und -verfahren der Projektträgerinstitutionen den Beteiligungsprozeß. Vieles hängt vom Projektpersonal ab; wer rechthaberisch ein Projekt schnell durchziehen will, braucht sich über mangelnde Beteiligung nicht zu wundern.

Vom Wohnungsprojekt zum Wohnungspolitischen Programm

Die Größenordnung der Wohnungsnot ist wohl das schwierigste Problem, das sich Projekten der Wohnungsvergung stellt. In

einer Millionenstadt, in der die Hälfte der Bevölkerung in Slumgebieten und Spontansiedlungen lebt, ist ein Projekt, das die Wohnsituation von ein paar Tausend Familien verbessert, wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Bisher ist es nicht annähernd gelungen, Projekte zu konzipieren, die mit der stürmischen Entwicklung schnell wachsender Städte Schritt halten; Projekterfolge sind in ihrer räumlichen Ausdehnung und zeitlichen Auswirkung außerordentlich eingeschränkt.

Projekte der Wohnungsvergung sollten so angelegt sein, daß sie leicht wiederholt und auf ähnliche Verhältnisse übertragen werden können. Da die öffentlichen Kassen chronisch leer sind, ist es eine unverzichtbare Bedingung, daß der



*Selbstbau bedeutet noch lange nicht Bereitschaft zur Gemeinschaftsarbeit
Foto: Roland Ziss*

Subventionsanteil von Projekten so gering wie irgend möglich gehalten wird. Was an Kosten entsteht, muß auf die Bewohner umgelegt werden, vorausgesetzt natürlich, sie können die Belastung finanziell tragen; Subventionen dürfen wirklich nur den Ärmsten zugute kommen.

Neben diesen finanziellen sind institutionelle und politische Bedingungen für die Wiederholbarkeit und Verbreitung von Projekten entscheidend: mehr Politiker müssen sich für die Wohnungsvergung des ärmeren Teils der Bevölkerung einsetzen; außerdem muß es Institutionen geben, die im Rahmen eines wohnungspolitischen Programms die entsprechenden Projekttypen fördern. Während sich Projekte der Entwicklungshilfe aus politischen Auseinandersetzungen herauszuhalten haben, können sie auf der institutionellen Ebene, z.B. durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, sehr wirksam für die Verbreitung von bewährten Projekten sorgen.

Eine auf die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung ausgerichtete Wohnungsvergung kratzt an bestehenden Privilegien und verteilt öffentliche Mittel um, wenn auch nur in kleinem Umfang. Die Widerstände sind nicht zu unterschätzen. Der Außenbeitrag der Entwicklungshilfe kann den Umverteilungsprozeß für eine gewisse Zeit erleichtern; an der Bevölkerung selbst liegt es, ihn fortzusetzen. Projekte der Wohnungsvergung, die von der Entwicklungshilfe gefördert werden, verleihen einem Bereich Gewicht, der von den Regierungen der meisten Entwicklungsländer sträflich vernachlässigt wird. Da sich die herrschenden Verhältnisse nicht festschreiben lassen, besteht Hoffnung. Unter günstigen politischen Bedingungen können sinnvoll konzipierte Projekte durchaus Strukturen verändern helfen.

Literatur

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.) (1978), Sektorpapier Urbanisierung. Bonn: BMZ
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.) (1986 a), Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Bonn: BMZ
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.) (1986 b), Entwicklungspolitik - Jahresbericht 1985. Bonn: BMZ
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.) (1986 c), Sektorkonzept Wohnungsvergung. Grundsätze für die Planung und Durchführung von Vorhaben der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im Bereich der Wohnungsvergung. Bonn: BMZ
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.) (1986 d), Wohnungsvergung und Selbsthilfe. Bonn: BMZ
- Lotz, Rainer (1986), Ansätze des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Stadtentwicklung und Wohnungsbau in Entwicklungsländern, in: ASA-Programm (Hrsg.), Nachfragen zur Entwicklungspolitik. Saarbrücken: Breitenbach

Hermann Sträß

Verstädterungsprobleme in Afrika

Stadtplanung als Krisenmanagement

Die Betonung des Zusammenhangs zwischen stadtplanerischem Konzept und Infrastruktur ist entscheidend für die Qualität der Wohnung und des Wohnumfeldes. Wohnungsnot ist nicht nur die Frage nach einer menschenwürdigen Behausung. Infrastrukturen definieren nicht nur den Hygienestandard in einem Quartier, sie definieren auch sein Image, Mietpreis und Bodenwert. Infrastrukturpolitik ist immer auch Stadtentwicklungspolitik.

Erfahrungen aus Afrika

Anhand von Erfahrungen aus Afrika soll im folgenden dargestellt werden, wie die spezifischen Bedingungen städtischen Wachstums Planungsinhalte und -strategie beeinflussen. Ausgangspunkt ist eine - mit geringen Variationen - allgemein für die Agglomerationen in Afrika geltende Situationsbeschreibung:

* Die jährlichen Wachstumsraten der Bevölkerung in den Metropolen liegen seit Jahrzehnten mit großer Konstanz um oder über 10 %; die Sekundärstädte wachsen langsamer, verzeichnen aber immer noch deutliche Wanderungsgewinne. Gleichzeitig nimmt die Bevölkerungsdichte im ländlichen Raum zu. Angesichts der begrenzten ökologischen Ressourcen und einer Besiedlungs- und Nutzungsdichte des ländlichen Raums, die oft die Belastbarkeitsgrenze des Landschaftsraums überschritten hat, ist festzustellen, daß der Bevölkerungsdruck auf die städtischen Ballungsräume in absehbarer Zeit anhalten wird. Dies bedeutet auch weiterhin eine schnell wachsende Nachfrage nach Siedlungsfläche und technischer und sozialer Infrastruktur.

* Angesichts der starken Zuwanderungsbewegung muß davon ausgegangen werden, daß ein großer Teil der Bevölkerung wenig Erfahrung im Umgang mit der Stadt hat, sondern sein ländliches Verhalten erst nach längerer Eingewöhnung ändert. Dabei stellt das Herauslösen des Einzelnen aus dem traditionellen ethnischen Zusammenhang zusätzliche Anforderungen. Auf jeden Fall ergeben sich sozialstrukturelle Erschwernisse mit erhöhten Anforderungen an Verwaltung und Politik.

* Die Mittelknappheit der öffentlichen und privaten Haushalte führt dazu, daß wichtige, für das Leben in den Städten unerläßliche Infrastrukturen nur mit erheblicher Verzögerung errichtet und in vielen Fällen nicht funktionstüchtig erhalten werden können. Die daraus resultierenden Behinderungen und Gefährdungen im täglichen Leben können nur schwerlich als Preis für die Vorteile des Ballungsraumes akzeptiert werden.

* Die Schwäche der öffentlichen Haushalte ist oft das Resultat der Schwäche der zuständigen Verwaltungsstrukturen. Steuern werden nur mangelhaft eingetrieben, Budgets ineffizient verwaltet, Sachentscheidungen verzögert oder nach sachfremden Kriterien entschieden. Wenn dies auch kein spezifisch afrikanisches Problem ist, so sind die Folgen angesichts der generellen Mittelknappheit in Afrika verheerend und wirken sich direkt auf die Lebenssituation der ärmeren Bevölkerungsschichten aus.

* Die Standortbedingungen der städtischen Ballungsräume sind in vielen Fällen ein weiterer erschwerender Faktor. Erosionsanfällige Böden, Sumpfgebiete, topographische Wachstumsgrenzen wie Meer, Flüsse oder steile Berge, stellen erhebliche Probleme dar, die bei einem Ansteigen der städtischen Bevölkerung zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen führen.

Leitbilder aus Europa

Im Umgang mit diesen Randbedingungen, die sich in Form von Slums, inakzeptablen Hygienebedingungen, Verkehrsproblemen und einer fortschreitenden Verarmung der städtischen Bevölkerung manifestieren - stellt sich die Frage nach geeigneten Leitbildern und Strategien.

Als in den 60er Jahren die Kolonien schlecht vorbereitet in die Unabhängigkeit entlassen wurden, übernahmen sie ein stadtplanerisches Erbe, das heute als wesentliche Ursache der Stadtentwicklungsprobleme zu werten ist. Ohne hier auf Unterschiede zwischen z.B. englischer und französischer Kolonialstadt einzugehen, ist doch offensichtlich, daß die Kolonialstädte den Ordnungswünschen ihrer Gründer entsprachen: Klare Trennung in weiße (d.h. locker besiedelte, grüne) und schwarze (d.h. dicht besiedelte, streng geometrisch geordnete) Quartiere, wobei die Quartiere der Europäer immer an den klimatisch und topographisch günstigsten Stellen des jeweiligen Standorts liegen.

Generell wurde aber bei der Stadtgründung und späteren Stadtentwicklungsplanung der Bedarf an Flächen für die Stadterweiterung und die Abhängigkeit der vorrangig nach geometrischen Ordnungsprinzipien gestalteten Siedlungsstrukturen von einer leistungsfähigen und teuren Ver- und Entsorgungsstruktur unterschätzt. Die heutige Finanzknappheit der Entwicklungsländer muß somit zwangsläufig zum Versagen der früher funktionierenden Infrastruktur führen.

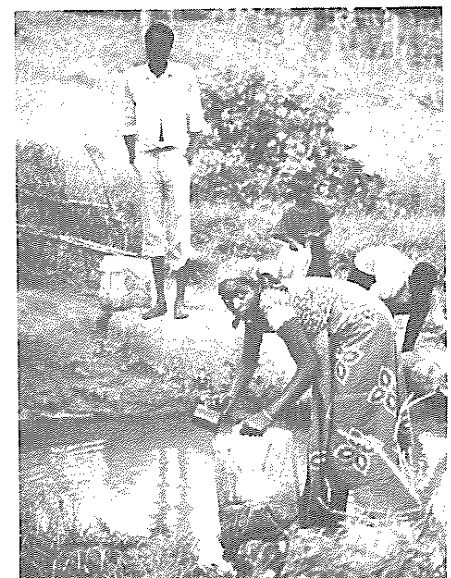
Angesichts dieser Situation können europäische Stadtleitbilder keinen Weg aus der Krise zeigen, da sich ihre ästhetischen und funktionalen Artikulationen immer auf einen funktionierenden technisch-ökonomischen Hintergrund beziehen; die Katastrophe eines Blackout in New York ist in vielen afrikanischen Städten tägliche Routine. Fatal ist dabei aber, daß die Ausbildung zum Stadtplaner in Afrika dennoch am Bild der europäischen Stadt orientiert ist. Da auch Entscheidungsträger in Afrika ihre Leitbilder zumindest teilweise aus Europa beziehen, vermittelt durch Schulbücher, Studium, Lebensstil und Fernsehprogramm, ist eine Umorientierung auf angepaßte Leitbilder ein langwieriger, oft schmerzhafter Prozeß, zumal wenn er von europäischen Experten nahegelegt wird.

Problem Infrastruktur

Wenn aber die Städte in Afrika das Zusammenleben von Vielen auf engem Raum sicherstellen sollen, müssen durch Stadtplanung zu allererst die Voraussetzungen für das technisch-ökonomische Funktionieren geschaffen werden. Und das heißt: Bereitstellen einer infrastrukturellen Grundausstattung von hoher Betriebssicherheit bei minimalen Investitions- und Betriebskosten. Eine solche Zielsetzung stellt spezifische Anforderungen an die Stadtplanung, die sich anhand einiger Infrastruktursektoren verdeutlichen lassen.

Wasserversorgung:

Für jeden Standort ergeben sich typische Versorgungsmöglichkeiten entsprechend den hydrogeologischen Bedingungen. Dabei muß die Lösung nicht zwangsläufig eine zentrale Wassergewinnung, Aufbereitung und Verteilung sein. Es gibt Standorte mit dezentral leicht zugänglichen Grundwasserschichten, die eine Versorgung der einzelnen Haushalte über simple



Trinkwasserversorgung: Oberhalb der Entnahmestelle dürfen keine Abwässer in den Fluß eingeleitet werden (Ruanda).



Trinkwasserversorgung über öffentliche Wasserhähnen (Cotonou, Benin)

und kostengünstige Schachtbrunnen möglich machen. Das setzt aber voraus, daß eine Verschmutzung des Grundwassers durch krankheitserregende Organismen oder Chemikalien ausgeschlossen wird, in aller Regel nur bei niedriger Besiedlungsdichte sowie durch besondere Schutzvorkehrungen bei den Toiletten möglich. Der Schutz des Grundwassers kann jedoch in vielen Fällen nicht mit leistbarem Aufwand erreicht werden.

Weiterhin kommen zentralisierte Systeme zur Anwendung, die wiederum ganz spezielle Anforderungen an die Stadtplanung stellen. Bei Entnahme des Trinkwassers aus einem Fluß muß verhindert werden, daß städtische Abwässer oberhalb der

Trinkwasserentnahme in den Fluß eingeleitet werden. Damit ergeben sich klare Restriktionen für die Richtung der Stadtentwicklung. Das klingt selbstverständlich, ist aber vielfach nur mit großer Anstrengung realisierbar. Wenn zur zentralen Wasserversorgung Grundwasser genutzt werden kann, sind Einzugsbereiche im Sinne von Wasserschutzgebieten vor Besiedlung und damit Verschmutzungsrisiken zu sichern.

Teilweise werden in Afrika fossile, das heißt nicht erneuerbare Grundwasserhorizonte genutzt. Gerade hier ist es wichtig, verbrauchsmindernde Maßnahmen zu ergreifen, z.B. die Versorgung über öffentliche Wasserhähne gegen Barzahlung, eine bewährte und ökonomische Lösung.

Für die Stadtplanung ergibt sich daraus die Erfordernis einer Quartiersstruktur, die durch entsprechende Zuordnungen, Wegeführungen und Platzgestaltung ihr Funktionieren sicherstellt.

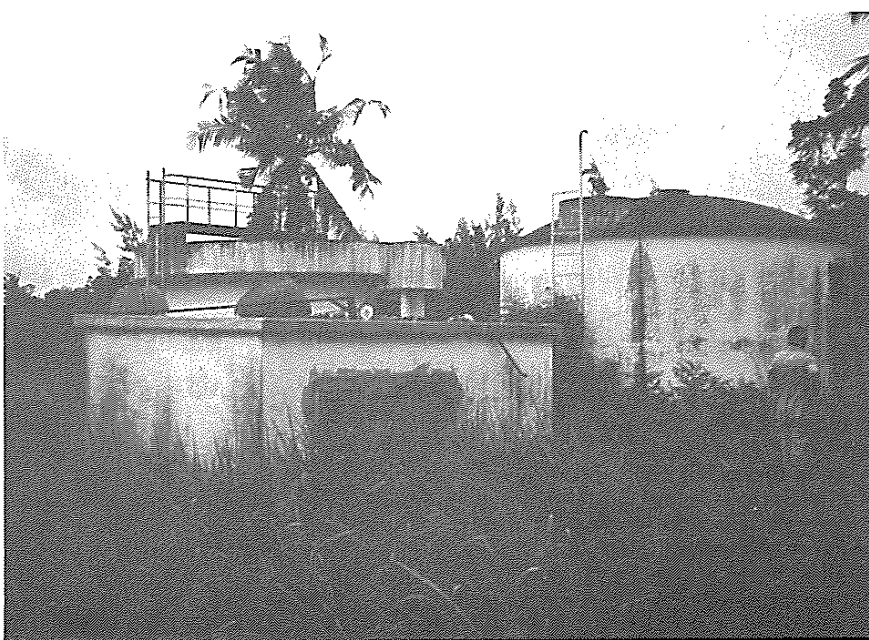
Abwasserbeseitigung:

Mit der Bereitstellung von Trink- und Brauchwasser verschärft sich das Problem der häuslichen Entwässerung. Die kostengünstigste Lösung ist die Versickerung in den Boden. Das setzt, in Abhängigkeit von der Aufnahmefähigkeit des Bodens, klare Grenzen für die Besiedlungsdichten, die nur in seltenen Fällen 250 Einwohner / ha übersteigen dürfen. Ein Überschreiten dieser Schwellenwerte bringt geradezu explosive Erhöhung der Kosten für den einzelnen Haushalt mit sich, ganz abgesehen davon, daß für das Funktionieren der dann fälligen Kanalsysteme Wassermengen erforderlich sind, die nicht vorhanden sind (zum Vergleich: Pro-Kopf-Verbrauch in einer Sahelstadt mit angespannter Versorgungslage ca. 13 Liter pro Tag; in Deutschland wird mit 150 bis 200 Litern gerechnet). Klärgruben erlauben höhere Dichten (bis ca. 500 Einwohner / ha); sie sind allerdings mit erheblichen finanziellen Belastungen für die privaten Haushalte verbunden und sind einem Kanalnetz zwar unter dem Aspekt der Betriebssicherheit, nicht aber unbedingt aus finanzieller Sicht vorzuziehen. Siedlungsstrukturell relevant ist die Frage nach den Toiletten. Latrinen, mit Abstand die billigste Lösung, machen nur Sinn im Zusammenhang mit geringer Besiedlungsdichte und 1- bis 2- geschossiger Bauweise der Wohnhäuser; bauliche Trennung der Latrine vom Haus ist aus hygienischen Gründen wünschenswert. Erst mit technisch aufwendigeren, wassergespülten Toiletten lassen sich höhere Gebäude realisieren.

Regenentwässerung:

Entscheidender Faktor ist die Regenentwässerung, und das nicht nur in den bekannt feuchten Küstenregionen, sondern gerade auch in den generell als trocken eingeschätzten Zonen, z.B. des Sahel. Die Regengüsse sind zwar jahreszeitlich begrenzt, können aber außerordentlich stark sein. Erfüllten die alten Siedlungen mit ihren schmalen, verwinkelten und der Topographie angepaßten Wegenetzen die Erfordernisse einer effizienten Regenentwässerung, so führen die heute gebräuchlichen, orthogonalen Straßennetze zusammen mit einer fortschreitenden Oberflächenversiegelung zu einer Zunahme und Beschleunigung der abfließenden Wassermengen und damit zu stadtzerstörender Erosion selbst an Stellen, die früher als sicher galten.

Hier hilft - nicht nur aus Kostengründen der ingenieurmäßige Bau von Regenkanälen nicht weiter. Spätestens, wenn Kanäle von der Dimension einer U-Bahn-Röhre durch ein altes Städtchen gebaut werden sollen, stellt sich die Frage nach Alternativen.



Es gibt viele Kläranlagen, die mangels Wartung ihren Betrieb einstellen mußten (Cotonou, Benin).

Grundsätzlich gilt, daß Stadtplanung die Voraussetzungen für eine funktionierende und kostengünstige Regenentwässerung schaffen muß, indem sie sich die topographischen Gegebenheiten zunutze macht und nicht gegen sie arbeitet. Dazu muß sie Straßen und ihr Gefälle gezielt zur Sammlung oder Verteilung, zur Verlangsamung oder Beschleunigung der abzuleitenden Wassermassen einsetzen und Zonen freihalten, in denen das Regenwasser abfließen kann, ohne Schäden oder Funktionsstörungen zu verursachen. Wichtig sind auch Maßnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der Versickerungsfähigkeit des Bodens, Regenrückhaltung und erosionshemmende Bepflanzung. Die Berücksichtigung dieser Prinzipien ist deshalb von so großer Bedeutung, weil, anders als etwa beim Trinkwasser, weder Nutznießer noch Verursacher auszumachen sind, die man zur Finanzierung entsprechender Baumaßnahmen heranziehen könnte. Entsprechend oft ist dieser Sektor denn auch vernachlässigt, weil sich für die zuständige Verwaltungsstruktur keine Steuereinnahmen oder Gebühren durchsetzen lassen.

Müllentsorgung:

Die Müllentsorgung der Städte in Afrika wird aus mehreren Gründen immer prekärer: „Moderne“ Verpackungen und Produkte werden konzentriert in den Städten konsumiert und bringen neue Entsorgungsprobleme; mangelnde Anpassung der Stadtbewohner an die Erfordernisse ihrer Umwelt führen zu undiszipliniertem Umgang mit dem Müll, z.B. Ablagerung in Regenkanälen, die dann nicht mehr funktionieren; die städtische Müllentsorgung ist quantitativ überfordert, sie stellt allenfalls eine Minimalentsorgung in den besseren Wohnvierteln sicher. Interessante Ansätze zur Verbesserung der Situation gibt es vor allem in Städten oder am Stadtrand, wo intensiver Gemüsefeldbau betrieben wird. Kompostierbarer Müll wird hier zur Handelsware, Müllentsorgung zum lohnenden Geschäft, für das Stadtplanung durch eine entsprechende stadträumliche Gliederung die Voraussetzungen schaffen kann: Die optimalen Feldbaustandorte müssen gegen andere Nutzungen verteidigt werden, gerade auch wenn sie mitten im Siedlungskörper liegen (kurze Wege vom Müllproduzent hin zum Müllverbraucher). Positive Nebeneffekte sind eine verbesserte Versorgungslage und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

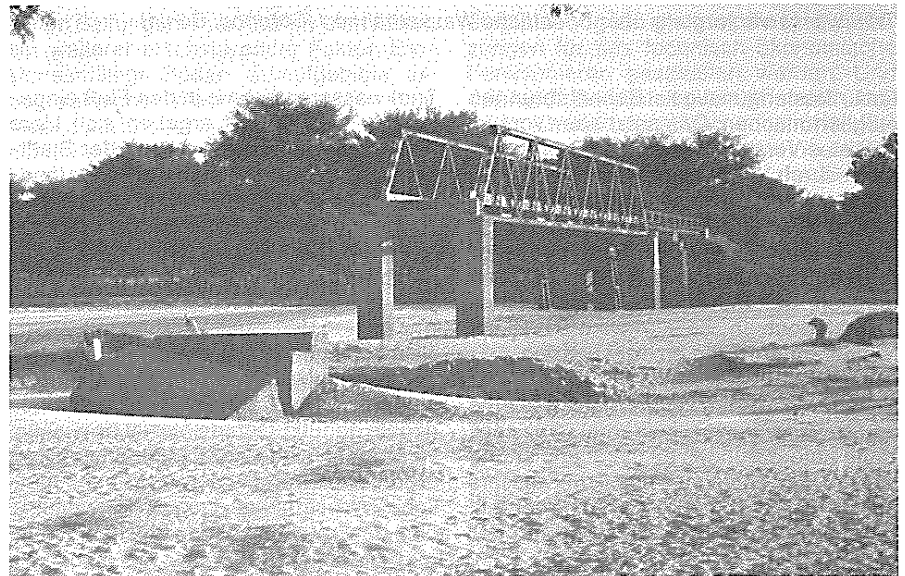
Straßenbau:

Personen- und Gütertransport ist die vitale Voraussetzung für das Funktionieren einer Stadt, Straßenbau aber einer der kostenintensivsten Sektoren. Angesichts der knappen Finanzmittel ist es zumeist nur möglich, die Hauptverkehrsstraßen in einem Zustand zu erhalten, der den sinnvollen Einsatz von Bussen, Sammeltaxis oder



Erosionen fangen klein an ...

... können aber große Wirkung haben (Maradi, Niger)



Wenn die Müllentsorgung nicht funktioniert, ist auch die Oberflächenentwässerung blockiert (Cotonou, Benin)

auch von Individualverkehrsmitteln erlaubt. In den privaten Budgets stellen die Kosten für den Weg zur Arbeit nach den Nahrungsmitteln den zweitgrößten Posten dar. Durch die funktionale Gliederung des Stadtkörpers muß das Verkehrsaufkommen möglichst gering gehalten werden (Dezentralisierung von Arbeitsplätzen und öffentlicher Infrastruktur); gleichzeitig müssen frühzeitig die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Betrieb von Massenverkehrsmitteln geschaffen werden.

Kostendeckung:

Für Projekte, die im Bereich der öffentlichen Güterversorgung angesiedelt sind, ist eine langfristige Kostendeckung für Betrieb und Unterhalt durch die Nutznießer nicht realisierbar. Das Eintreiben von Beiträgen und Gebühren stellt ein zentrales Problem dar, mit Ausnahme der Sektoren Wasserversorgung und Elektrizität: Hier erhält der Verbraucher eine klar meßbare Leistung, für die er zu zahlen bereit ist, schließlich will er auch in Zukunft weiter beliefert werden.

Dieser direkte Zusammenhang zwischen Benutzung einer Infrastruktur und Bezahlung der Leistung ist in den anderen Sektoren nur schwer darstellbar. Gerade daraus ergibt sich die Forderung nach Formen städtischen Zusammenlebens, die möglichst ohne solche Infrastrukturen funktionieren.

Daß damit nur ein begrenzter Standard erzielt werden kann, muß längerfristig kein Nachteil sein. Er bietet vielleicht sogar die Chance einer gegenüber unseren Industriemetropolen umweltverträglicheren Besiedlungsform.

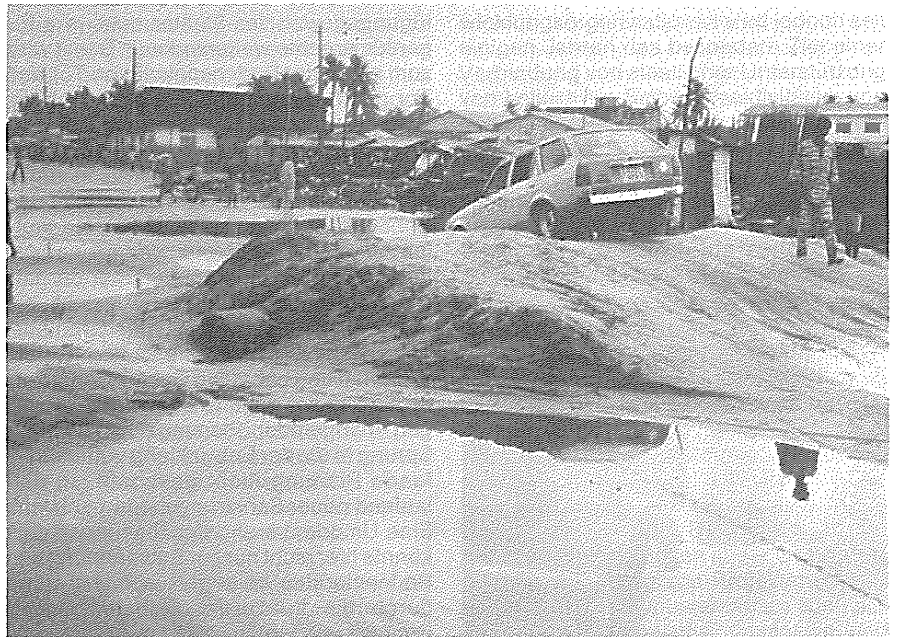
Angepaßte Planungskonzepte

Wenn durch Stadtplanung der räumlich-funktionale, rechtliche und ökonomische Rahmen für die künftige Entwicklung der Städte vorgezeichnet werden soll, müssen Planungskonzepte dem entsprechen, was von den künftigen Bewohnern geleistet werden kann. Daraus ergeben sich klare Anforderungen für die Struktur der Wohnquartiere.

Da öffentlich finanzierter Wohnungsbau in afrikanischen Ländern nur eine marginale Rolle spielt, müssen sich Wohnungen mit Mitteln privater Einzeleigentümer finanzieren lassen. Bankkredite für Wohnungsbau sind in der Regel nur Beamten oder Angestellten zugänglich; die stellen aber nur einen kleinen Teil der Bevölkerung dar.

Für die übrige Bevölkerung sind größere Investitionsabschnitte kaum finanzierbar. Häuser müssen deshalb in kleinen Abschnitten realisierbar bzw. in ihrem Standard verbesserbar sein. Sie müssen darüber hinaus die Chance für informelle Erwerbstätigkeiten bieten.

Diese Forderung wird in idealer Weise vom 1-geschossigen Gebäude in der von einer Mauer umgebenen Parzelle erfüllt. Die flächengreifenden Quartiere der afrikanischen Städte sind so gesehen der Ausdruck des ökonomisch Machbaren.

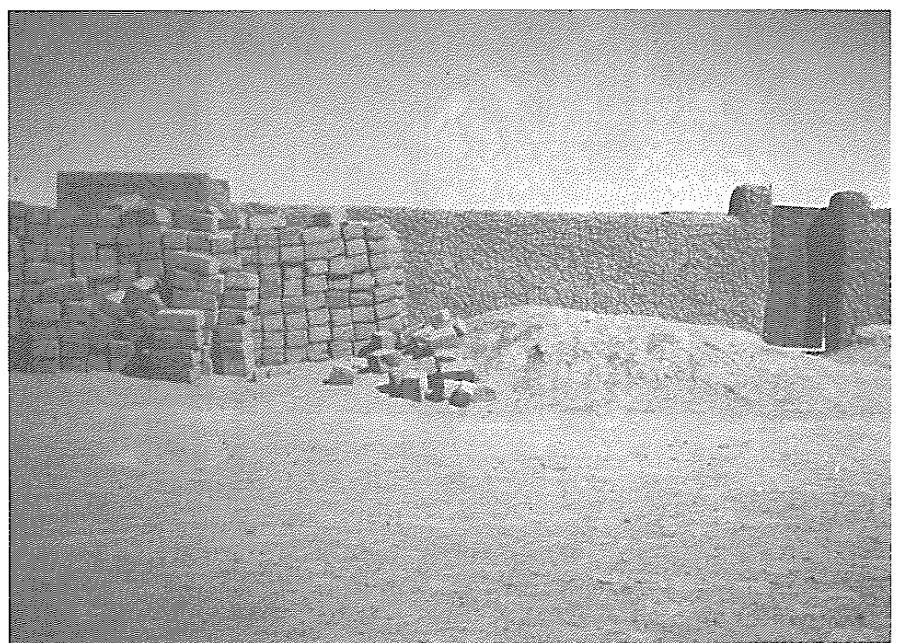


Schlecht ausgebaute Straßen können das städtische Leben zum Erliegen bringen (Cotonou, Benin)

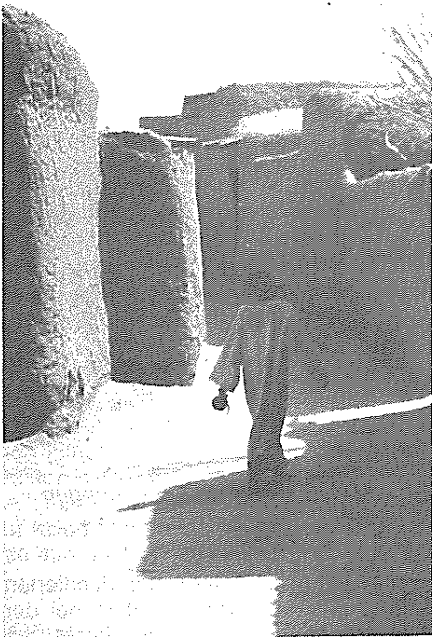
Davon abweichende Wohnvorstellungen sind nach unserer Erfahrung immer mit Mehrkosten verbunden und für untere Einkommensschichten nicht finanzierbar; die Schaffung von allgemein zugänglichen Kreditmöglichkeiten dürfte, wenn sie gelingen sollte, allenfalls zur schnelleren Erreichung eines höheren Standards führen, nicht aber zu Veränderungen der Grundstruktur der Wohnquartiere.

In praktisch allen Ländern Westafrikas herrscht in den Städten ein sehr breit gestreutes, kleinteiliges Eigentum an Grund und Boden. Dies erklärt sich aus der alten afrikanischen Tradition des individuell zugeordneten Nutzungsrechts (nicht Ei-

gentumsrecht) an einer klar definierten Fläche, während das Eigentum bei der Gemeinschaft verbleibt. Die Umsetzung dieser Struktur in die Gegenwart ist in unterschiedlicher Ausprägung erfolgt. Im Niger ist der Staat an Stelle der ehemaligen Stammesgemeinschaft alleiniger Besitzer des Bodens und vergibt in den Städten provisorische Nutzungsrechte für Wohnbauparzellen zu niedrigen Festpreisen. Erst nach Realisierung einer staatlich definierten Mindestinvestition durch den Nutzungsberechtigten wird diesem ein unbegrenztes Eigentumsrecht eingeräumt, das auch die Möglichkeit der Veräußerung der Parzelle an Dritte beinhaltet. Als Folge einer solchen Politik werden Grund-



Sukzessiv werden soviel Mauersteine produziert, wie für den nächsten Bauabschnitt notwendig (Tahoua, Niger)



Dosierte Führung des Regenwassers prägt die Erschließungsstruktur (Abéché, Tchad)

und Boden auch niedrigen Einkommenschichten zugänglich. Falls die Planung mit der demographischen Entwicklung Schritt hält, gibt es keine Spontansiedlungen oder Slums.

Anders im Benin. Hier haben die früheren Nutzungs- bzw. Verfügungsberechtigten die Nutzungsrechte unter Umgehung der auch hier vom Gesetz bestehenden Ver-

füfungsgewalt des Staates quasi wie Eigentumsrechte weiterverkauft. Damit wird zum einen der Bodenspekulation Tür und Tor geöffnet, zum anderen sieht sich die Stadtplanung bei der Ausweisung von Erweiterungsgebieten einer Fülle von kleinparzellierten Quasieigentümern gegenüber, die ihre Besitzansprüche in den Bebauungsplänen geltend machen wollen. Da hier die Planung zudem einen erheblichen Rückstand gegenüber der tatsächlichen Entwicklung hat, steht die Verwaltung vor einer fast unlösbaren Aufgabe: Bebauungsplanung im bereits parzellierten und bebauten Gebiet. Gleichzeitig wird in der gegenwärtigen Praxis wegen mangelnder Planungskapazität der Sprung in die der Entwicklung vorausgreifende Planung nicht geschafft, so daß laufend neuer Sanierungsbedarf entsteht. Eine Umorientierung der Planungspraxis könnte hier nicht nur zur Entspannung des Bodenmarktes beitragen, sondern auch durch die frühzeitige Sicherung einer Rechtsbasis für die Grundstückseigentümer mehr Sicherheit und Anreiz für Investitionen geben.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß die Kluft zwischen politischem Willen, Recht und Verwaltungswirklichkeit zu Lasten niedriger Einkommenschichten geht. Falsche Planung kann zum echten Entwicklungshindernis werden, von dem wiederum die niedrigen Einkommenschichten in besonderem Maße betroffen werden.

Angesichts der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der planenden Verwaltung stellt sich die Frage nach den realen Chancen einer kontrollierten Stadtentwicklung. Die Aufgabe für die Stadtplanung formuliert sich hier neu. Es geht heute darum, mit einem minimalen Steuerungsaufwand einen dynamischen

Entwicklungsprozeß so zu lenken, daß die Stadt für öffentliche und private Haushalte erschwinglich bleibt, unter widrigsten Umständen die erforderliche Mindestleistung der Infrastrukturen als Voraussetzung für einen lebensfähigen und lebenswerten Stadtorganismus sichert, und ihrer Bevölkerung reale Überlebenschancen in einer wirtschaftlich angespannten Situation bietet.

So entwickelte Städte werden sicherlich nicht den ästhetischen Leitbildern klassischer europäischer Stadtbaukunst entsprechen; sie werden ihren eigenen Ausdruck finden: ehrlicher, sozialer, ökologischer.

Realistische Stadtplanung wird so zum Instrument eines Krisenmanagements, das zum Ziel haben muß, gerade am unteren Ende der sozialen Skala ein Minimum an Lebensqualität zu sichern und Mittel freizusetzen zur Lösung drängender Entwicklungsdefizite in anderen Bereichen.

Fotos: W. Ackers und H. Sträß

Literatur

GRAS, Ville de Cotonou, Etude de Developpement Urbain, Darmstadt 1983-86
P. Hampel und J. Rüland, Verstädterung: Wachstum ohne Entwicklung? in: Der Bürger im Staat, 35. Jhrg., Heft 4, Dez. 1985



Traditionelle Siedlungen sind optimal dem Standort angepaßt ((Mali)



Nicht angepaßte Ordnungsstrukturen verursachen Probleme, die nur mit großem finanziellem Aufwand lösbar wären (Segou, Mali)

Florian Steinberg

Mit angepaßter Ausbildung gegen die Wohnungsnot:

Ein Plädoyer für partizipatorische Stadtteilentwicklung

Prolog

Eine von internationalen Entwicklungsorganisationen allgemein akzeptierte Forderung lautet, daß in Siedlungs- und Wohnungsbauprojekten für untere Einkommensgruppen die Möglichkeiten zur Partizipation geschaffen werden sollten. Die Nutznießer solcher Projekte sollen an der Planung ihrer eigenen Zukunft beteiligt werden, und sie sollen für diese Beteiligung durch entsprechende Ausbildung vorbereitet und unterstützt werden. Darüber hinaus sollen Nichtregierungsorganisationen (NROs) und organisierte Selbsthilfegruppen (und Nachbarschaftsorganisationen), welche koordinierende oder ausführende Funktionen haben, durch angepaßte Ausbildung besser ausgerüstet werden. Zielgruppen der Ausbildung im Habitat-Bereich sind neben den nicht-staatlichen Unterstützungsorganisationen (NROs) natürlich auch die einzelnen Bewohner oder organisierte Bewohnergruppen sowie nicht-staatliche und staatliche Träger.

In der Tat sind die sozial engagierten „development workers“ als Individuen oder Vertreter von NROs und Nachbarschaftsorganisationen in der Vergangenheit meist übergangen worden, stattdessen waren hochstehende Manager, Fachleute und Entscheidungsträger Ziel von Aus- und Fortbildungsaktivitäten - an Universitäten oder anderen Ausbildungsinstituten, auf exklusiven internationalen Seminaren und häufig sogar im projektbezogenen „On-the-job-Training“.

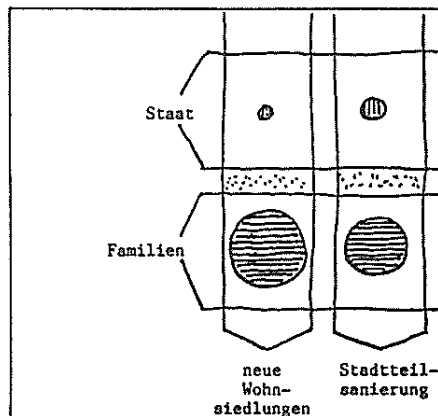
Partizipatorisches Bauen versus staatliche Wohnungsversorgung

Wohnungsversorgung in Entwicklungsländern wird heute immer noch als eine Angelegenheit des staatlichen Handelns gesehen, und in der Praxis sind die meisten wohnungspolitischen Instrumentarien auf Konzepte von Fremdversorgung ausgerichtet: Staatliche oder para-staatliche Institutionen bemühen sich, durch Neubau billiger Wohnungen das Woh-

nungsproblem zu lindern, doch die quantitativen und qualitativen Ergebnisse dieser Politik demonstrieren ihr Versagen, ihre Vergeblichkeit in Anbetracht des noch immer steigenden Bedarfs. Für die Armen ist normalerweise kein Platz in diesen viel zu teuren aber schon stark subventionierten Siedlungen des „sozialen“ Wohnungsbaus. Auch die Strategie der billigen Siedlungsprojekte auf frisch erschlossenem Bauland („sites and services“) oder die Sanierung bestehender informeller Siedlungen, die sich ohne Genehmigung der Behörden entwickeln, („squatter upgrading“) haben - von einigen Ländern mal abgesehen - bislang noch keinen wohnungspolitischen Durchbruch erzielen können; das Gros der Wohnungsver-sorgung geschieht in Selbsthilfe; Wohnungsver-sorgung ist im wesentlichen die Selbstversorgung der Armen.

In der Theorie wird seit einigen Jahren die Konzeption der Selbsthilfeförderung in von staatlicher Seite organisierten bzw. geförderten Siedlungsprojekten als elementar angesehen, und die berühmte „Hilfe zur Selbsthilfe“ als entwicklungs-politische Konzeption feiert ihr „Come-back“. Doch in der Praxis der bislang üblichen Selbsthilfe-Förderung ist die Beschränkung auf Selbsthilfeeinsatz in der baulich-technischen Umsetzung von Projekten offensichtlich. Die effektiv gerechneten Kosten für die Arbeitsleistung sollen reduziert werden. Selten kommt es zu einer aktiven Beteiligung an der Konzipierung, Planung, Betreuung wie schließlich auch der Verwaltung und Unterhaltung von Siedlungsprojekten.

Das geganzwärtige Modell der Zusammenarbeit von staatlichen Instanzen und Siedlern läßt sich in folgender Weise verallgemeinern: Ein großer Anteil von praktischen Selbsthilfeleistungen wird den einzelnen Familien übertragen, wobei der Umfang der Leistungen je nach Projekttyp variiert.

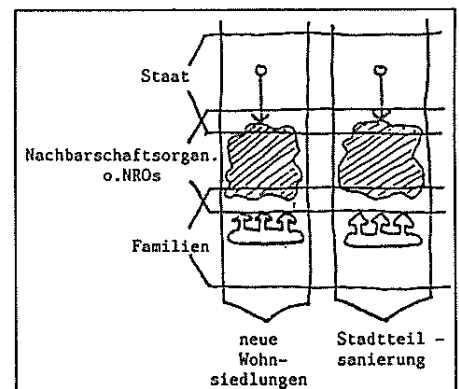


Konventionelle Selbsthilfeprojekte: Quantität der Aufgaben in Siedlungsprozessen und mangelnde Koordination und Unterstützung der Selbsthilfeaktivitäten

In politischen Absichtserklärungen diverser Regierungen der Entwicklungsländer wie auch der bi- und multilateralen Ent-

wicklungsorganisationen wird jedoch seit einigen Jahren das besondere Ziel einer Verbindung von staatlicher Unterstützung von kollektiven Selbsthilfeaktivitäten, von Bewohner- oder Nachbarschaftsorganisationen oder den NROs als einzig zukunfts-trächtiges Modell beschrieben. Hierbei ist es die Rolle staatlicher Organisationen und evtl. der bi- bzw. multilateralen Projektträger, die Initialzündung für Bewohnerbeteiligung zu geben bzw. die organisierten Bewohner in der Siedlungs-entwicklung (bei der Legalisierung der Bodennutzung, der Schaffung technischer und sozialer Infrastruktur, bei der Organisation und Verwaltung von Kreditmitteln, bei der kollektiven Bewohnerorganisation etc.) aktiv zu unterstützen.

Damit werden den Bewohnern bisher nicht übliche Freiheiten in der Gestaltung und Durchführung von Projekten eingeräumt. Dies kann unter anderem auch bedeuten, die technische, finanzielle und administrative Abwicklung von Projekten in die Verantwortung von NROs bzw. von Nachbarschaftsorganisationen zu legen. Das daraus resultierende Aktionsmodell vermittelt und überbrückt die Aktionsbereiche von Siedlern und Staatsinstanzen. Dieses Modell umfassenderer Beteiligungsmöglichkeiten schließt eine neue soziale Dynamik mit emanzipatorischer Qualität ein.



Stärkere institutionelle Förderung von Selbsthilfeaktivitäten

Von ihrer Ausgangslage her sind die Bedingungen für die Beteiligung von Bewohnern und Unterstützung durch NROs sehr unterschiedlich, denn:

- In bestimmten Situationen gibt es noch keinen sozialen (oder gar organisatorischen) Zusammenhalt der Siedler bzw. Nachbarschaften.

- In anderen Situationen haben jahrelange Auseinandersetzungen, etwa mit Behörden und privaten Bodenbesitzern zur Bildung organisatorischer Strukturen geführt, haben sich möglicherweise NROs oder auch parteipolitische Organisationen an diesen Auseinandersetzungen beteiligt und hat sich schon eine gewisse Interessenvertretung der Siedler entwickelt.

Florian Steinberg, Dr.Ing., Architekt und Planer, z.Zt. Institute for Housing Studies, Rotterdam

Zur Rolle der NROs und Bewohnerorganisationen

1.) Aus der Perspektive der Armen in Wohnungsnot können ihre eigenen Organisationen und sie unterstützende NROs wichtige Funktionen übernehmen, wenn Stadtverwaltungen und staatliche Einrichtungen zu keinem positiven Beitrag in der Lage oder willens sind. Sie können die Siedler bei der Formulierung und Weiterleitung kollektiver Forderungen unterstützen, können Druck auf staatliche Stellen ausüben und auch in praktischer Hilfe gemeinschaftliche wie individuelle Selbsthilfeinitiativen unterstützen. Allerdings muß man in Frage stellen, wie erfolgreich in Ländern mit repressiven politischen Systemen und einem starren wohnungspolitischen Rahmen NROs arbeiten können.

2.) In jedem bürokratischen System finden sich „Lücken“ und „Nischen“. Diese für die eigenen Aktionen zur Förderung der Siedler zu entdecken und auszunutzen, umreißt eine der wesentlichen Rollen der NROs. In diesem Sinne können fortschrittliche Bürokraten, Fachleute und Planer, wichtige Anregungen geben, denn wenn überhaupt jemand Bescheid weiß über die Vor- und Nachteile, die Auswirkungen und Mechanismen bestimmter Leitlinien, Bestimmungen und Gesetze, sind sie es. Sie sind es auch, die unter Umständen technische und sektorpolitische Entscheidungen modifizieren können.

NROs und Bewohnerorganisationen haben jedoch wenig Einflußmöglichkeiten und Macht; sie werden von staatlichen Instanzen nicht anerkannt, ihnen fehlt technisches, organisatorisches und administratives Wissen und häufig lähmen sie sich selbst durch die Herausbildung einer „Mini-Bürokratie“.

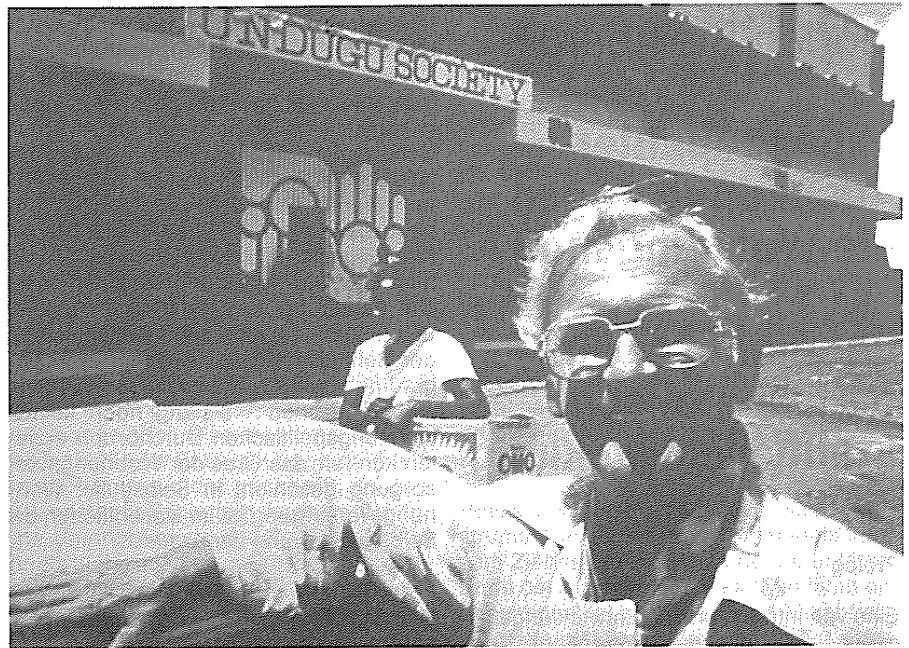
3.) Für den Erfolg von NROs bei der Unterstützung von Wohnungsprojekten und von Selbsthilfeaktivitäten in der Wohnungsversorgung lassen sich folgende Eigenschaften als gute Voraussetzungen bezeichnen:

Eine Beschränkung auf die wesentlichen Komponenten der Siedlungsentwicklung und die Verfolgung von Bewohnerinteressen anstelle von externen politischen Absichten und

- die Bereitstellung zusätzlicher Hilfeleistungen, welche die wohnungspolitischen Maßnahmen des Staates ergänzen und zwischen Behörden und Bewohnern vermitteln.

Angepaßte Ausbildung für partizipatorisches Bauen

Im Verlauf der letzten Jahre wurden immer akzentuierter die Bedeutung der Ausbildung („Training“) (1) für die Siedlungsentwicklung in den Entwicklungsländern diskutiert. Die Möglichkeiten und Erfolge der universitären Ausbildung, welche wegen ihrer eigenen Unflexibilität nur langfristige Grundlagenausbildung sein kann, wurden dabei ebenso oft in Frage gestellt wie die speziellen Seminare für hochrangige Poli-



Eine NRO in Nairobi: Aktivitäten im Sozialbereich und im Wohnungsbereich, z.B. in den Squattergebieten (im Vordergrund der Initiator der NRO, ein holländischer Priester)

tiker und Verwaltungsangestellte, die die Gelegenheit nach Europa zu kommen gern zu willkommenen Einkaufstouren nutzen.

Als neues, tragfähiges Konzept wurden statt dessen institutionalisierte Formen von Ausbildung für die an Planung und Ausführung von Siedlungsprojekten verantwortlich beteiligten Behördenvertreter - mittlere Angestellten und Planer - eingeführt. Als deutlicher Trend läßt sich die Förderung der Ausbildungsinstitutionen vor Ort ausmachen (Baross 1985). Neue didaktische Konzepte werden probiert: Partnerschaftliche Lernprozesse („Collaborative Discoveries“) sollen die klassische Philosophie des technokratisch-paternalistischen Bildungskonzeptes (Technologie- und Wissenstransfer) durch gemeinschaftliches Entdecken und Formulieren von Methoden und Vorgehensweisen (nicht „Rezepten“) ersetzen (vgl. Baross / Martinez 1985).

Im Rahmen von einigen Projekten der Technischen Zusammenarbeit wurden zur besseren Projektabwicklung neben dem „On-the-job-Training“ eigene Ausbildungskomponenten eingeführt, doch fehlt es diesen Maßnahmen im allgemeinen an Ausstrahlungseffekten. Diesen Ausbildungskonzepten fehlt jedoch durchweg der explizite Bezug auf „partizipatorisches Bauen“ und die Einbeziehung der NROs in den Entwicklungsländern. Mit der von der dänischen Regierung geförderten Entwicklung von „Training Modules for Community Participation“ hat die UN-Habitat einen Vorstoß unternommen, doch nur wenige und relativ allgemein gehaltene Trainingsmodule sind entstanden und ihr Einsatz ist noch nicht über Pilotprojekte (z.B. in der Shanty-Sanierung von Colombo, Sri Lanka) hinausgekommen. Auch in bilateralen Projekten wurde bislang dem partizipatorischen Bauen unter

Einbeziehung von NROs wenig Beachtung geschenkt und fehlte es an entsprechenden praktischen Zielsetzungen.

In einem aktuellen Sektorconcept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) wurde ausdrücklich die Partizipation als Schlüssel für den Erfolg von Wohnungsversorgungsprojekten hervorgehoben und auf die Erfahrungen von NROs verwiesen (vgl. Bundesministerium ..., 1986).

Es ist an der Zeit, die programmatischen Erklärungen zum „partizipatorischen Bauen“ in konkrete Praxis umzusetzen. Wegen der sich schnell wandelnden Anforderungen müssen flexible Curricula entwickelt und in einem Prozeß der ständigen Aktualisierung frische Praxiserfahrungen in Lernmethoden und Handlungsmuster übertragen werden. Voraussetzungen hierfür sind eine angepaßte Didaktik als Basis des Lernens und ein Informationspool mit internationalen Erfahrungen. Die Praxisnähe kommt darin zum Ausdruck, daß diese Ausbildungsmaßnahmen sach-spezifisch, landesspezifisch, institutionen-spezifisch und oft sogar arbeitsplatz-spezifisch sein müssen.

Diese emanzipatorische Ausbildungs- und Unterstützungsstrategie ist vielen Nationalregierungen mit einer paternalistischen Auffassung von Bewohnerbeteiligung sicherlich ein Dorn im Auge, doch läßt sich die wohnungspolitische Rolle der Partizipation für die Zukunft nicht mehr leugnen. Außerdem können über bilateral geförderte Projekte, welche das politische Prestige lokaler Behörden heben, neue inhaltliche Konzepte mit emanzipatorischem Charakter Fuß fassen.

Für eine angepaßte Ausbildungskonzeption bedeutet dies, daß als Ausgangsbasis für „Training“ eine stärkere, institutionell unterstützte Koordination von Ausbil-

dungsmaßnahmen zwischen staatlichen Institutionen und NROs bestehen muß, um die institutionellen und interdisziplinären Ansätze praxisnaher Ausbildung umzusetzen. Im Sinne eines pragmatischen Ansatzes sind für die zukünftige Förderung von Wohnungsversorgungsprojekten spezielle auf NROs und Bewohnerorganisationen zugeschnittene Trainingsformen und angemessene Kanäle der Vermittlung zu entwickeln.

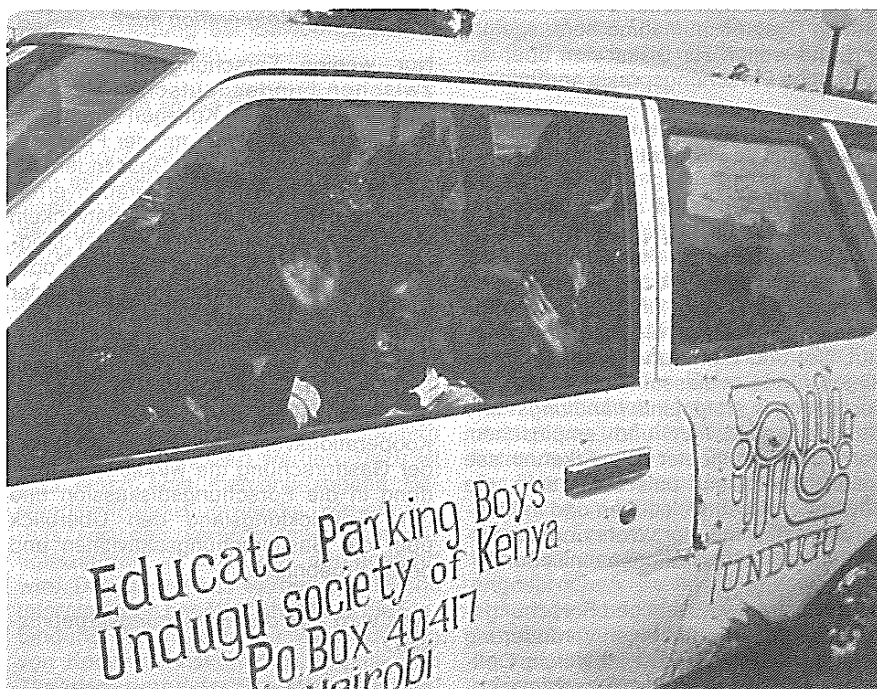
So wie die Projektzusammenarbeit mit kleinen NRO-Projekten in Entwicklungsländern auch am effektivsten von kleinen NRO-Trägern abgewickelt wird, ist auch im Bereich einer Ausbildung für NROs dieser Weg das plausible Verfahren. Dieses Verfahren ergibt sich aus den Schwierigkeiten unserer staatlichen Organisationen, direkte Verträge der Technischen, Finanziellen oder Personellen Zusammenarbeit mit NROs zu treffen. Kleine Projekte erfordern genausoviel und oft sogar mehr organisatorisch - administrativen

oder zu reaktionär, als daß sie eine Unterstützung verdienen sollten. Das Problem der Evaluierung der geeigneten NRO-Partner liegt auf der Hand. Dennoch können kleine NROs - wie z.B. auch TRIA-LOG! - aufgrund ihrer Flexibilität und mit ihrer Funktion einer Informations- und Erfahrungsbörse gerade diese NRO-orientierten Ausbildungsfunktionen übernehmen. Besonders wichtiges Element einer Vermittlerstrategie wäre nicht nur die direkte Zusammenarbeit mit NROs in Entwicklungsländern sondern auch die Kanalisierung der Aktivitäten über Dachorganisationen von solchen NROs.

Angepaßte Ausbildungsmaßnahmen fördern den Politikdialog zwischen „Oben“ und „Unten“ und haben durch ihren Bezug auf NROs und organisierte Selbsthilfegruppen eine erhebliche Multiplikatorwirkung; unbestritten sind sie relativ teuer und amortisieren sich nur längerfristig. Die sorgfältige Ermittlung des Ausbil-

tung emanzipatorischer Konzepte wie der Beteiligung der Bewohner und ihrer Organisationen, lassen sich nicht durch plakative politische Erklärungen erzielen, sondern sind Teil der langwierigen Bemühungen um das Recht auf Partizipation in umfassendem Sinne. Angepaßte Ausbildung kann bei diesem Prozeß einen positiven, unterstützenden Beitrag leisten, aber sie verändert alleine wenig, sofern sie nicht von politischem Wandel begleitet ist.

Für die „Hilfe zur Selbsthilfe“ bedeutet es, durch angepaßte Ausbildung einen Beitrag zur Entwicklung des Instrumentariums und der Rahmenbedingungen von gesellschaftlicher Partizipation zu liefern.



*Nutznießer der NRO-Aktivitäten
Foto: UGUNDU Society*

Aufwand als mittlere und größere Projekte, und für staatliche Organisationen ist daher der direkte Einsatz ihrer Mittel in NRO-Projekten insgesamt zu aufwendig. Die NROs bei uns haben deshalb für die Unterstützung von NROs in Entwicklungsländern eine zentrale Vermittlerrolle. Doch auch hier sind institutionelle Fragen oder Probleme der Größenordnung sehr wesentlich. Zum Beispiel verbraucht die DESWOS bei der Förderung von Wohnungsbaugenossenschaftsprojekten in Entwicklungsländern ca. jede 2. Spendenmark für „Overheads“ (Personalkosten, Reisen etc ...).

Andererseits sind manche möglichen NRO-Partner in Entwicklungsländern tatsächlich zu klein, zu punktuell, zu radikal

dungsbedarfs, Kosteneinsparungen durch Abstimmung zwischen verschiedenen Trägern und die kritische Evaluierung von Ausbildungsmaßnahmen sind daher unverzichtbar für die permanente Verbesserung der Ausbildungskonzepte. Während bei konventionellen Ausbildungsmaßnahmen die Wahrscheinlichkeit hoch ist, daß die mit hohen Kosten Ausgebildeten den staatlichen Institutionen den Rücken kehren, sobald ihnen lukrativere Posten in der Privatwirtschaft angeboten werden, liegt die Stärke der an NROs und Bewohnerorganisationen orientierten Ausbildung an ihrer viel stärkeren Ausstrahlung in dem jeweiligen Projektbereich.

„Grundbedürfnisorientierte“ Projekte der Wohnungsversorgung und die Verbrei-

Anmerkung

- 1) Der in diesem Zusammenhang gebräuchliche angelsächsische Begriff des „Training“ bezeichnet akademische wie praktische Ausbildungsmaßnahmen in der beruflichen Aus- und Fortbildung.

Literatur

- Aksoylu, Y., Voluntary Associations in Urban Squatter Settlements, in: Habitat International, Vo.9, No.3 / 4, Oxford 1985, S. 225-233
- Baross, P., Strategies in Support of Human Settlements Training Institutions in Developing Countries, Rotterdam / Nairobi 1985
- Baross, P., Martinez, E., Training for Development - The Development of Training, in: Bulletin of European Association of Development Institutes, No.1, Tilburg 1985, S. 25-41
- Benninger, C.C., Human Settlements Needs, UNCHS-paper, Nairobi 1986
- Boyce, C.P., Suggested Networks of Human Settlements Training Institutions in Developing Countries, UNCHS-paper, Nairobi 1986
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) (Hg.), Sektorkonzept Wohnungsversorgung, Bonn 1986
- Centre for Human Settlements (Hg.), Habitat worker: Training for Community Based Human Settlement Improvement, Vancouver 1985
- Gilbert, A. Ward, P., Housing, The State and The Poor, Cambridge 1985 (speziell das Kapitel „Community Organization: participation or social control?“)
- Nientied, P., Van der Linden, J., Alam, T.D., The role of NGOs in urban development, an opportunist approach. Paper for the Workshop "Housing in Urban Development", Indian Council of Social Science Research, New Delhi 23.8.1986
- Nientied, P., Van der Linden, J., Approaches to Low-income Housing in the Third World: some comments, in: International Journal of Urban and Regional Research, Vol.9, No.3, London 1985, S. 311-329
- United Nations Centre for Human Settlements (Habitat), A Systematic and Comprehensive Approach to Training for Human Settlements, Nairobi 1984

Gislind Budnick

Stand und Perspektiven der Habitat-Forschung

Ein TRIALOG-Positionspapier

Zum *Internationalen Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot 1987* richtet TRIALOG ein Forum zur Diskussion der Habitat-Forschung ein. Den Auftakt bildet dieses Positionspapier. Es basiert auf einer Diskussion anlässlich der Tagung „3 Jahre TRIALOG“ am 12. und 13. Sept. 1986 in Karlsruhe, in der Probleme, Standpunkte und Perspektiven der Habitat-Forschung angerissen wurden.

Beiträge lieferten u.a. *Joachim Baldermann, Martin Einsele, Hans Harms, Kosta Mathéy, Margit Meßmer, Eckhart Ribbeck, Florian Steinberg und Roland Ziss*. Das Positionspapier soll zu Stellungnahmen, Kritik und der Vertiefung verschiedener Punkte einladen, die hier nur gestreift werden können.

Die bei den TRIALOG-Redaktionsgruppen eingehenden Beiträge werden in den folgenden Hefen unter dem Stichwort „*Habitat-Forschung*“ erscheinen. Der TRIALOG-Trägerverein wird versuchen, zum Abschluß des Internationalen Jahres ein mit anderen Institutionen und Interessenten abgestimmtes Papier zur Habitat-Forschung vorzulegen.

Ausgangssituation

In den Städten der Dritten Welt herrschen katastrophale Wohn- und Lebensverhältnisse. Unter den gegebenen demographischen, ökonomischen und politischen Bedingungen ist keine grundlegende Änderung in Sicht; Verstädterung und Wohnprobleme nehmen zu; mehr und mehr Menschen sind von Verelendung bedroht. Die Regierungen in Entwicklungs- und Industrieländern sind zum Handeln aufgefordert. Eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation ist mit einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit zu erhoffen.

Gislind Budnick, Dipl.-Ing. Arch., Lehrbeauftragte an der Universität Stuttgart

Forscher und Wissenschaftler sind zu ihrem Beitrag aufgerufen: in der Bundesrepublik Deutschland begann bereits in den 60er Jahren die wissenschaftliche Beschäftigung mit Wohnproblemen und Verstädterung, zunächst vereinzelt und im Rahmen der allgemeinen entwicklungspolitischen Diskussion. In den 70er Jahren wurden an mehreren Hochschulen Institute des Planens und Bauens in Entwicklungsländern eingerichtet; der Schwerpunkt von Forschungsprojekten lag auf den Disziplinen Architektur und Stadtplanung. Erst in den 80er Jahren bildete sich allmählich die Habitat-Forschung als eigener Forschungsbereich heraus, an dem technische und sozialwissenschaftliche Disziplinen gleichermaßen beteiligt sind.

Eine Abstimmung, geschweige denn Koordinierung der Forschungsaktivitäten, findet dennoch bis heute nicht statt. Angesichts des Problemdrucks, aber auch der Hoffnungen auf Erklärungsmuster und Lösungsansätze sehen sich Forscher und Forscherinnen im Habitat-Bereich zur kritischen Bestandsaufnahme herausgefordert und wollen zur Diskussion über die zukünftige Forschungspraxis anregen.

Verständnis von Habitat-Forschung

Habitat-Forschung soll die Verbesserung der Wohnverhältnisse und des Wohnumfelds unterstützen. Habitat-Forschung setzt an den realen und akuten Problemen menschlicher Wohn- und Lebensbedürfnisse an, thematisiert die Formen von Armut, Not und Elend und untersucht ihre Hintergründe. In diesem Sinne ist Habitat-Forschung in erster Linie *handlungs- und zielgruppenorientiert* und empirischem Vorgehen verpflichtet. Die Erkenntnisse sollen unmittelbar umsetzbar sein, die Bewohnersebsthilfe stärken und in Maßnahmen der mit der Wohnungsversorgung befaßten Institutionen einfließen.

Da Problembewußtsein und Forschungsgegenstand einer ständigen Veränderung unterworfen sind, ist eine inhaltliche Definition und Abgrenzung des Forschungsbereichs weder möglich noch zweckmäßig. Die Fragen und Probleme sind keiner der traditionellen Disziplinen zuzuordnen, da im Habitat-Bereich sämtliche Bedingungen des Lebens und Überlebens zusammenreffen. Deshalb ist die Habitat-Forschung grundsätzlich *disziplinenübergreifend* und erfordert *Pluralität der Fachverständnisse*.

Mit dem Verständnis, lokales und dringend benötigtes Wissen zu erzeugen und den politischen Entscheidungsträgern, Durchführungsorganen und in Wohnungsnot Lebenden zur Verfügung zu stellen, setzt sich der handlungsorientierte Zweig der Habitat-Forschung bewußt von dem Ideal einer „wertneutralen“ Wissenschaft ab. Der abstrakt-wissenschaftliche Beitrag der Forschung ist parallel dazu in der *theoretischen und methodischen Untermauerung* der empirischen Erkenntnisse angesiedelt.

Probleme aus der Habitat-Forschungspraxis

Wer stellt die Forschungsfragen?

Deutsche Forscher haben in der Dritten Welt die Erfahrung gemacht, daß viele Länder über einen guten Forschungsstand verfügen und auf langjährige Ergebnisse im Habitat-Bereich verweisen können. Kenntnisse und Informationen sind „vor Ort“ vorhanden - häufig praxisnäher und aktueller als bei uns - dringende Fragen und Forschungsdefizite bereits umrissen. „Von hier“ entwickelte Forschungsthemen gehen an dieser Tatsache vorbei. Auch die wissenschaftliche Infrastruktur mit Forschungsinstituten und wissenschaftlichem Personal ist in vielen Ländern vorhanden und in einigen Ländern, z.B. Lateinamerikas, gut ausgebaut. Jedoch fehlen überall die finanziellen Mittel, den bestehenden „Fundus“ für die Habitat-Forschung zu nutzen.

Wie sieht die Kooperation aus?

Nur wenige Forschungsk Kooperationen zwischen bundesdeutschen Wissenschaftlern und ihren Kollegen in der Dritten Welt konnten auch mit der Finanzierung der Forscher in den Gastländern eine *gleichberechtigte* Kooperation erreichen. In der gängigen Praxis entwickeln sich Kooperationen aufgrund der langwierigen Prozeduren und Formalien oder auch nur wegen Schwierigkeiten mit der postalischen Korrespondenz oft mit Hindernissen, Rückschlägen und sehr allmählich. So ergeben sich notgedrungen informelle Absprachen ohne institutionelle, formalrechtliche Absicherung z.B. in Kooperationsverträgen. Dies erschwert der Gastforschung die wirkliche Einbindung in die Forschungsdiskussion und dem Entwicklungsland den Überblick über die Gastforschungsaktivitäten und deren Ergebnisse.

Was wird aus den Forschungsergebnissen?

Der Zugriff auf die Forschungsergebnisse durch die Institutionen des Entwicklungslandes, die Interesse bekundet und Informationen zur Verfügung gestellt haben, ist nur selten geregelt. Ein großer Teil der von hier finanzierten und durchgeführten Forschungsarbeiten zirkuliert in erster Linie in der hiesigen Fachöffentlichkeit. Unter diesen Umständen ist eine Umsetzung der Ergebnisse durch und für die Betroffenen geradezu ausgeschlossen. Wenn Ergebnisse dennoch für die örtlichen Instanzen zur Umsetzung nutzbar gemacht werden, etwa durch eine Fassung in der Landessprache, hinken sie oft der sich rasch verändernden Realität und den wechselnden politischen Bedingungen hinterher.

Wird die Forschung den Bewohnerinteressen gerecht?

Forschung findet häufig vor dem Hintergrund hierzulande bewährter Theorien

und Kategorien statt, die die gesellschaftliche Realität in den Ländern der Dritten Welt nur unzulänglich abbilden. Oft resultiert aus der voreingenommenen Wahrnehmung die Nichtberücksichtigung von Betroffenengruppen und deren spezifischen Bedürfnissen. Beispiele hierfür sind die Vernachlässigung regionaler und kultureller Einflüsse auf die Wohnungs- und Siedlungsgestaltung, die unzulängliche Beachtung häuslicher, subsistenter und informeller Produktionsformen und die Einordnung der Rolle der Frau und deren Anforderungen an die Wohnbedingungen unter hier übliche Familienkonzepte. Auf diese Weise hat Forschung eher zur Verschlechterung der Lage der Betroffenen geführt und ihre Benachteiligung zementiert, statt sie herauszuführen. Das gilt in besonderem Maße für den Habitat-Bereich, da hier die verschiedenen städtischen Systeme zusammenwirken und sich Annahmefehler vervielfachen. Nur mit die Anpassung der Forschungskonzepte an die örtlichen Bedingungen kann Habitat-Forschung einer differenzierten Berücksichtigung der Bewohnerinteressen gerecht werden.

Forderungen an die Habitat-Forschung

Aus den erwähnten Problemen lassen sich entsprechend dem Forschungsverständnis einige Ansätze aufzeigen, die bei der zukünftigen Habitat-Forschung verstärkt Berücksichtigung finden sollten:

Bestandsaufnahme, Evaluierung und Koordinierung

Die Information über abgeschlossene und laufende Forschungsprojekte sollte nicht nur besser zugänglich gemacht, sondern auch kritisch evaluiert werden. Dazu ist zum einen eine themenbezogene Bestandsaufnahme notwendig, wie sie bereits von den verschiedenen Informationszentren in Ansätzen durchgeführt wird. Darüber hinaus werden zusätzliche Informationen benötigt, etwa über die Einbindung der Projekte zur Weiterführung von Kooperationskontakten, Praxis- und Theorierelevanz der Resultate, Rücklauf und Resonanz im Gastland sowie weiterführende Fragestellungen. Damit wären auch Grundlagen für die Koordinierung von zukünftigen Vorhaben gegeben, um Erfahrungen der Durchführung zu nutzen, paralleles - der gar doppeltes - Arbeiten zu vermeiden und durch Informationsaustausch und Vernetzung wirkungsvoller zu forschen.

Methodische und theoretische Begleitung

Der methodischen und theoretischen Begleitung der Habitat-Forschung sollte im Sinne effizienter Vorgehensweisen ebenfalls mehr Gewicht beigemessen werden. Dazu gehört nicht nur die kritische und systematische Aufarbeitung der bisherigen Forschungsergebnisse, sondern auch des vorhandenen methodischen Instrumentariums. Die verschiedenen empirischen Befunde bieten genügend Anlaß und Mate-

rial, neue und angemessenere Theoriegerüste zu erarbeiten und entsprechende methodische Vorgehensweisen für Untersuchung und Auswertung zur Diskussion zu stellen.

Forschungsaustausch und -kooperation

Habitat-Forschung ist von den Bedingungen und Möglichkeiten in den jeweiligen Ländern der Dritten Welt bestimmt. Deshalb sollte sie in einen Austausch eingebunden sein mit denen, die dort leben und an den Problemen arbeiten - von der Formulierung der Fragen bis zur Auswertung und Verwertung der Ergebnisse. Die Durchführung der Forschungsprojekte selber sollte einem Dialog zwischen Gleichberechtigten verpflichtet sein und in einem partnerschaftlichen Kooperationsprozeß erfolgen. Erstrebenswert ist ein langfristiger Austausch zwischen Forschern und Forschungsinstitutionen, der die Diskussion um die Prioritätensetzung und eine sinnvolle Arbeitsteilung, z.B. in Themen, die nur von Mitgliedern des Kulturkreises, und Themen, die günstiger von „außen“ bearbeitet werden können, einschließt.

Forschungsregeln und -pflichten

Habitat-Forschung ist nicht nur Forschung über die Wohn- und Lebensbedingungen von Menschen, sondern gleichermaßen Forschung *mit* Menschen. Die relevanten Informationen lassen sich nur durch und bei Personen erfahren - d.h. durch ihre zur Verfügung gestellte Zeit und Bereitschaft zum Gespräch. Die Forschenden sind den Beforschten gegenüber verpflichtet, sorgsam mit ihrer Zeit umzugehen und den Wert ihrer Informationen zu honorieren. Damit sind Fragen der übergeordneten Kontrolle von Feldforschungen, Einbeziehung der Betroffenen in die Forschung, Rückfluß der Resultate und Garantie eines örtlichen Nutzens angesprochen. Es ist zu überlegen, ob nicht jede Forschung eine sichtbare Gegenleistung - etwa mit Planungs- und Beratungstätigkeit oder in materieller Form - beinhalten sollte.

Beitrag zur sozialen Veränderung

Habitat-Forschung sollte mit verlässlichem Wissen und gesicherten Erkenntnissen die nationalen, regionalen und lokalen Planungsaktivitäten unterstützen. Darunter sind insbesondere Forschungsrichtungen zu verstehen, die durch die Analyse von Zusammenhängen neue Planungsansätze ermitteln oder bisher unberücksichtigte Faktoren erkennen lassen und solche, die mit der systematischen Abschätzung der Folgen der verschiedenen vorhandenen Handlungsalternativen eine breitere Entscheidungsgrundlage bieten. Einen weiteren Beitrag leisten Forschungsrichtungen, die das Spektrum denkbarer Alternativen anreichern. Ein besonders großer Bedarf an Denkarbeit besteht etwa für innovative Siedlungs-, Verkehrs- und Versorgungskonzepte.

Institutionelle und finanzielle Bedingungen

Die Umsetzung der Einsichten und Ideen zu einer fruchtbaren Habitat-Forschungspraxis hängt nicht nur von den Forschenden ab, sondern auch von der organisatorischen und finanziellen Unterstützung der forschungsbetreibenden und forschungsfördernden Institutionen und Organisationen. In enger Zusammenarbeit mit den verantwortlichen und interessierten Stellen müssen längerfristige Forschungs- und Förderungskonzepte erarbeitet werden, die dem Habitat-Bereich - den Fragen und Lösungen zur Verbesserung der menschlichen Wohn- und Lebensverhältnisse - dienen. Für diesen wünschenswerten Dialog zwischen Forschenden und Förderinstitutionen werden hier zu einigen Punkten Anregungen gegeben:

Zur Projektauswahl:

Forschungsvorhaben im Habitat-Bereich können nicht mit dem Allgemeingültigkeitsideal klassischer Wissenschaften gemessen werden. Im Gegenteil, hier müssen Problemorientierung und Anwendungsbezogenheit im Vordergrund stehen. Entsprechend sollte der Nachweis der Aktualität und Dringlichkeit bei der Projektformulierung selbstverständlich sein.

Zur Kooperation:

Die Förderung eines Projekts sollte nicht nur von dem Nachweis der Einbindung in die Forschungsaktivitäten des gastgebenden Landes der Dritten Welt abhängen, sondern diese Kooperation als Projektbestandteil gleichermaßen institutionell und finanziell unterstützen.

Zu den Forschungsergebnissen:

Forschungsberichte und -ergebnisse sollten weniger an ihrem Umfang gemessen werden, als an ihrer Verbreitung (etwa durch kurze Zwischenberichte in der Landessprache) und vielfältiger Resonanz. Das stellt entsprechende Anforderungen an die Art des Nachweises als auch an die Mittel, die zur Verbreitung anzusetzen sind.

Zu forschungsbegleitenden Maßnahmen:

Es sollten in größerem Umfang forschungsbegleitende Maßnahmen ermöglicht werden, die der Zusammenführung und Abstimmung der Einzelvorhaben dienen, den Austausch zwischen deutschen und ausländischen Forschern fördern und die Kommunikation mit den Kollegen aus der entwicklungspolitischen Praxis stärken. Hierzu zählen internationale Tagungen, Workshops und Seminare, die auch in einem Gastland durchgeführt werden könnten, um so Partnerinstitutionen in der Forschungskoooperation mehr Gewicht zu verleihen.

Einrichtungen der Habitat-Forschung in der BRD

Innerhalb der drei Gruppen erfolgte die Auflistung nach Postleitzahlbereichen. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie wurde zusammengestellt von Kosta Mathéy.

1. Hochschulinstitute

1000 BERLIN 12

Planen und Bauen in Entwicklungsländern
FB Architektur, Sekr. A 53
Adresse: Straße des 17. Juni 135
Arbeitsschwerpunkte: Architekturentwurf in Entwicklungsländern
Ansprechpartner: Prof. L. Christians
Wahlstudienfach, eigene Forschungsarbeiten

1000 BERLIN 41

Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients,
FU, FB Pol. Wissenschaften
Adresse: Albrechtstr. 36a
Arbeitsschwerpunkte: Palästina
Ansprechpartner: Friedhelm Ernst
Eigene Forschung, Lehre

1000 BERLIN 33

LAI
Lateinamerika-Institut (Zentralins.3)
Freie Universität Berlin
Adresse: Rüdeshheimer Str. 54-56,
Tel. 030-838 30 72
Arbeitsschwerpunkte: Räumliche und soziale Fragen in Lateinamerika
Ansprechpartner: Urs Müller-Plantenberg, Volker Lühr, Renate Rott
Wahlstudienfach, Politikberatung, eigene Forschung, Betreuung von Promotionen

1000 BERLIN 12

Bauen in fremden Kulturen
Fachbereich Architektur, Hochschule der Künste
Adresse: Hardenbergstraße 33,
Tel. 030 -31 03 31 App. 254
Arbeitsschwerpunkte: Stadtsanierung in Entwicklungsländern
Ansprechpartner: Prof. Rainer Ernst
Eigene Forschung (Brasilien), Wahlstudienfach

1000 BERLIN 10

F.B. Gesellschafts- und Planungswissenschaften, TU Berlin
Adresse: Dovenstraße 1
Tel. 030-314 5105
Arbeitsschwerpunkte: Energie, Wasserbau, Infrastrukturplanung
Ansprechpartner: Prof. Dr. L. Lehmann
Wahlstudiengang und Aufbaustudiengang
Eigene Forschung

2100 HAMBURG 90

Arbeitsgebiet Objektsanierung
TU Hamburg Harburg, FSP 06
Adresse: Schwarzenbergstr. 93c
Tel. 040 - 771 70 - 2670

Arbeitsschwerpunkte: Lateinamerika, Stadtentwicklung, Wohnungsbau, Selbsthilfe
Ansprechpartner: Prof. Hans Harms
Wahlstudienfach im Aufbaustudiengang
Eigene Forschung

3300 BRAUNSCHWEIG

Fachbereich Architektur
Technische Universität Braunschweig
Adresse: Mühlenpfordtstr. 22-23
Arbeitsschwerpunkte: Architekturentwurf für Entwicklungsländer
Ansprechpartner: Prof. Dr. Ing. Guldager
Wahlstudienfach, Gutachtenerstellung

3300 BRAUNSCHWEIG

Reintegrationsseminar
Institut für Bauwirtschaft und Baubetrieb,
TU Braunschweig
Adresse: Pockelsstraße 4
Tel. 0531-391-3047
Arbeitsschwerpunkte: Wohnungsversorgung in der Dritten Welt, Türkei, Indonesien
Ansprechpartner: Prof. Klaus Simons
Forschungsschwerpunkt Wohnungsversorgung geplant
Reintegrationsseminare für ausländische Architekten, Ingenieure
Sucht und vermittelt 4-monatige Assistenzen bei deutschen Firmen

3500 KASSEL

FB. 6 Angew. Sozialwissenschaften
Gesamthochschule Kassel
Adresse: Nora-Platiel-Straße 5,
Tel. 0561 -804 -31 27/25
Arbeitsschwerpunkte: Lateinamerika
Ansprechpartner: Prof. Clarita Müller-Plantenberg
Eigene Forschung, Betreuung von Promotionen

3500 KASSEL

Forschungslabor Experimentelles Bauen
GHS Kassel
Adresse: Menzelstraße, Tel. 0561-804-5315
Arbeitsschwerpunkte: Lehm- und alternative Bautechnologien
Ansprechpartner: Prof. Gernot Minke
Wahlstudiengang, Sommerkurse Lehm- und eigene Forschungsprojekte

3550 MARBURG / LAHN

FB Geografie
Philipps-Universität Marburg
Adresse: Deutschhastr. 10
Tel. 06421 - 285916
Arbeitsschwerpunkte: Kulturgeografie, Wohnraumversorgung unterer Sozial-schichten
Ansprechpartner: Prof. Dr. G. Mertins
Eigene Forschung, Betreuung von Diplomarbeiten und Promotionen
Interdisziplinäre Spezialseminare

4600 DORTMUND 50

IRPUD / SPRING
Universität / FB. Raumplanung
Adresse: August-Schmidt-Str. 10,
Tel. 0231-7552291
Arbeitsschwerpunkte: Regionalplanung
Ansprechpartner: Prof. Klaus Kunzmann, Bernd Jenssen
Aufbaustudiengang Raumplanung in Entwicklungsländern (SPRING), Betreuung von Promotionen, eigene Forschung (IRPUD)

4800 BIELEFELD

SFP Entwicklungsplanung
Fakultät für Soziologie
Universität Bielefeld
Adresse: Postfach 8640
4800 Bielefeld
Arbeitsschwerpunkte: Lateinamerika
Ansprechpartner: Prof. Bennhold-Thomson, Dr. Johannes Augel
Eigene Forschung, Betreuung von Promotionen

5000 KÖLN 41

Abt. Afrikaforschung
Geografisches Institut
Universität Köln
Adresse: Albertus-Magnus-Platz
Arbeitsschwerpunkte: Wohnungsbau Westafrika
Ansprechpartner: Prof. Dr. Wolfgang Hetzel
Betreuung von Promotionen

5000 KÖLN 21

Institut für Tropentechnik
Fachhochschule Köln
Adresse: Reitweg 1, Tel. 0221-82 75 2830
Arbeitsschwerpunkte: Bautechnologie, Infrastruktur, Lehm- und Bau
Ansprechpartner: Prof. W.H. Bölling, Prof. G.Lukas
Aufbaustudiengang Tropenbau

5100 AACHEN

Inst. für Stadtbauwesen
RWTH
Adresse: Templergraben 55
Arbeitsschwerpunkte: Städtebau
Ansprechpartner: Dipl.- Ing. Djallazada
Wahlstudienfach Städtebau in Entwicklungsländern

5100 AACHEN

FB Architektur, FG Wohnungswesen
TH Aachen
Adresse: Schinkelstraße
Arbeitsschwerpunkte: Städtebau
Ansprechpartner: Dipl.- Ing. Schelhasse
Wahlstudienfach für Architekturstudenten

5100 AACHEN

FB Architektur
Fachhochschule Aachen
Arbeitsschwerpunkte: Architekturentwurf
Ansprechpartner: Prof. Bernd Baier
Wahlstudienfach für Architekturstudenten

6000 FRANKFURT

Frobenius-Institut
Universität Frankfurt
Adresse: Liebigstraße 41
Arbeitsschwerpunkte: Lehmarchitektur Westafrika
Eigene Forschung

6100 DARMSTADT

Fachbereich Architektur
Fachhochschule Darmstadt
Adresse: Schöfferstraße 3
Arbeitsschwerpunkte: Illegale Parzellierungen, Frauenfragen
Ansprechpartner: Prof. Eugen Bruno, Prof. Dorothee Obermeier
Eigene Forschung (Portugal), Wahlstudienfach

6100 DARMSTADT
FG Planen und Bauen
in Entwicklungsländern
FB 15, TH Darmstadt
Adresse: Petersenstraße 15
Tel. 06151-163637

Arbeitsschwerpunkte: Architektorentwurf
für Entwicklungsländer
Ansprechpartner: Prof. Arnold Körte,
Klaus Erzigkeit, Rita Sampat
Wahlstudienfach, Betreuung von Promo-
tionen, eigene Forschung

6100 DARMSTADT
WAR

Inst. f. Wasserversorgung, Abwasserbe-
seitigung und Raumplanung
FB 13, TH Darmstadt
Adresse: Petersenstraße 13
Arbeitsschwerpunkte: Infrastrukturver-
sorgung
Ansprechpartner: Prof. Böhm
Betreuung von Promotionen, eigene
Forschung

6300 GIESSEN

Fachbereich Geowissenschaften
Universität Giessen
Adresse: Senkenbergstr. 1
Tel. 0641-702 8200
Arbeitsschwerpunkte: Regionalplanung,
ländliche Gebiete, Asien
Ansprechpartner: Dr. P. Janisch
Pflichtstudienfach „Probleme der Ent-
wicklungsländer“ für Geografiestudenten,
Betreuung von Promotionen

6500 MAINZ

Institut für Ethnologie und Afrika-Studien
Universität Mainz
Adresse: Welderweg 18
Arbeitsschwerpunkte: Soziale Infra-
struktur, Afrika
Ansprechpartner: Prof. Dr. Gerhard Grohs
Betreuung von Promotionen

6750 KAISERSLAUTERN

Raum und Umweltplanung
Universität Kaiserslautern
Adresse: Pfaffenbergstraße 95
Tel. 0631-854 2547
Arbeitsschwerpunkte: Architektur- und
Städtebauentwurf
Ansprechpartner: Prof. Albert Speer
Vorlesungsreihe

7000 STUTTGART 80 (Vaihingen)

Zentrum für Infrastrukturplanung
Universität Stuttgart
Adresse: Pfaffenwaldring 7,
Tel. 0711-685 6560
Ansprechpartner: Prof. Gieseke
Aufbaustudiengang Infrastrukturplanung
(2-jährig, in engl.)

7000 STUTTGART

Institut für Baustofflehre und Bauphysik
Universität Stuttgart, FB Architektur
Adresse: Keplerstraße 11
Tel. 0711-2073 610
Arbeitsschwerpunkte: Architektorentwurf
und Stadtplanung, Solarenergie
Ansprechpartner: Prof. Lothar Goetz
Betreuung von Diplomarbeiten, Disserta-
tionen, eigene Forschung (Iran)

7000 STUTTGART

Geografisches Institut
Universität Stuttgart
Adresse: Silcherstr. 9, Tel. 0711-2073 758
Arbeitsschwerpunkte:
Venezuela-Forschung
Ansprechpartner: Prof. Dr. Chr. Borchardt
Studiengang, eigene Forschung

7400 TÜBINGEN

Geografisches Institut
Universität Tübingen
Adresse: Hölderlinstr. 12
Tel. 07071-294372
Arbeitsschwerpunkte: Urbanisierung
Ansprechpartner: Prof. Dr. Gerd Kohl-
hepp, Dr. Axel Borsdorff
Eigene Forschung, Studiengang

7500 KARLSRUHE 1

Institut für Infrastrukturplanung
Technische Universität
Adresse: Kaiserstraße 12
7500 Karlsruhe 1
Tel. 0721 - 608 2294
Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungstheo-
rien, Planungspraxis, Infrastruktur-
planung
Ansprechpartner: Prof. Dr. Lammers
Wahlstudienfach

7500 KARLSRUHE

Institut für Städtebau und Landesplanung
Universität Karlsruhe
Adresse: Postfach 6380
7500 Karlsruhe 1
Tel. 0721 - 608 2294
Arbeitsschwerpunkte: Infrastruktural-
einrichtung
Ansprechpartner: Dr.- Ing. Raimund Herz
Eigene Forschung, Aufbaustudium für
Bauingenieure und Architekten

7500 KARLSRUHE

Institut für Regionalwissenschaft
Universität Karlsruhe
Adresse: Postfach 6380
Arbeitsschwerpunkte: Infrastrukturver-
sorgung, Angepaßte Technologien
Ansprechpartner: Prof. Dr. Hermann
Hahn, Prof. Dr.- Ing. Klaus Heidemann

7500 KARLSRUHE

Institut für Orts-, Regional- und
Landesplanung
Architekturfakultät, Universität
Adresse: Englerstraße 7
Arbeitsschwerpunkte:
Stadtplanung, Mittelstädte
Ansprechpartner: Prof. Martin Einsele,
Joachim Baldermann, Eckhart Ribbeck
Eigene Forschung, Betreuung von Promo-
tionen, Wahlstudienfach

7800 FREIBURG

Geografisches Institut II
Universität Freiburg
Adresse: Werderring 4,
Tel. 0761-203 44 15
Arbeitsschwerpunkte:
Siedlungsgeografie
Ansprechpartner: Prof. Dr. W. Manshard,
Prof. Dr. W.D. Sick,
Prof. R. Ullmann
Eigene Forschung, Unterricht

2. PRIVATE UND HALBÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN

1000 BERLIN 30

Wissenschaftszentrum Berlin
Int. Institut für Umwelt und Gesellschaft
Adresse: Potsdamer Straße 58
Arbeitsschwerpunkte: Angepaßte Tech-
nologien, Ländl. Wohnen, Stadtökologie
Ansprechpartner: Dr. Bernhard Glaeser,
Dr. Eckhard Hahn
Eigene Forschung

1000 BERLIN 10
DIE

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
GmbH
Adresse: Frauenhoferstraße 33-36
Tel. 030-341 80 71
Ansprechpartner: Dr. Horst Wiesebach
Unterricht, Gutachten
Einladung von ausländischen Wissen-
schaftlern
(Gesellschafter des Instituts: BMZ und Se-
nat Berlin)

5000 KÖLN 1

DESWOS
Deutsche Entwicklungshilfe für soziales
Wohnungs- und Siedlungswesen e.V.
Adresse: Bismarckstr. 7, Tel. 0221-525001
Arbeitsschwerpunkte: Wohnungsbau-
Kooperativen, NGOs
Ansprechpartner: Dr. Dieter Baldeaux,
Raimund Wegener, Werner Wilkens
Eigene Erhebungen, Seminare, Gutachten

5000 KÖLN

CDG
Carl Duisberg Gesellschaft e.V.
Adresse: Hohenstaufenring 30-32
Tel. 0221-20980
Arbeitsschwerpunkte: Partizipation, orga-
nisierte Selbsthilfe
Ansprechpartner: Elke Strieve, Michael
Funcke
Trainings-Seminare für Entscheidungs-
träger aus Entwicklungsländern,
Konferenzen
(Träger des Vereins: BMZ, dt. Industrie)

6100 DARMSTADT

TRIALOG
Vereinigung zur wiss. Erforschung des
Planens und Bauens in Entwicklungslän-
dern e.V. (gemeinnützig)
Adresse: Ploenniesstraße 18
Arbeitsschwerpunkte: Wohnungsfragen,
Stadt- und Regionalplanung, Technologie
Veranstaltung von Tagungen,
eigene Forschung und Gutachten vorge-
sehen

7000 STUTTGART 80

IRB
Informationszentrum Raum und Bau
Fraunhofer-Gesellschaft München
Adresse: Nobelstraße 12
Arbeitsschwerpunkte: Wohnungswesen,
Bautechnologie
Ansprechpartner: Dipl.- Ing. Horst
Degenkolbe
Datensammlung, Literaturlauswertung

3. FORSCHUNGSFÖRDERUNGS- INSTITUTIONEN

1000 BERLIN 30
ASA PROGRAMM / CDG
Adresse: Lützowufer 6-9,
Tel. 030-254 82-0

Ansprechpartner: Luis Ramalho
Finanziert Studien- und Forschungsauf-
enthalte für Studenten bis zu 3 Monaten in
Entwicklungsländern

1000 BERLIN 27
DSE

Dt. Stiftung für Internationale Entwicklung
und Entwicklungspolitisches Forum
Adresse: Reierwerder

Tel. 030-4307-318 bzw. / 338

Arbeitsschwerpunkte: Politikberatung
Ansprechpartner: Dr. Heide Traeder, Dr.
Bernd Breuer, Dr. Goetz Link (Forum)
Seminare für ausländische Entschei-
dungsträger, Studien zu Wohnungsver-
sorgung und Gemeinwesenarbeit

3000 HANNOVER

Stiftung Volkswagenwerk
Adresse: Postfach 810509,
Tel. 0511-8381-380

Ansprechpartner: Dr. Werner Boder
Förderung von Forschungsprojekten an
Instituten

5300 BONN 2

BMFT
Bundesministerium für
Forschung und Technologie
Adresse: Heinemannstraße 2
Tel. 0228-591

5300 BONN 2

DAAD
Deutscher Akademischer
Austauschdienst
Adresse: Kennedyallee 50
Tel. 0228-8820

Arbeitsschwerpunkte: Alle Fachrichtungen
Ansprechpartner: Über die Auslandsäm-
ter an deutschen Universitäten
Förderung von Promotionen im Ausland
Besuche von Akademikern ausländischer
Hochschulen in der BRD
Stipendien für ausländische Studenten in
der BRD

5300 BONN 2

DFG
Deutsche Forschungsgemeinschaft
Fachreferat Ingenieurwissenschaften
Adresse: Kennedyallee 40
Ansprechpartner: Dr. Hermann Haller
Förderung von Forschungsvorhaben
deutscher Wissenschaftler

6236 ESCHBORN

GATE
Deutsches Zentrum für Entwicklungs-
technologien c / o GTZ
Adresse: Dag Hammarskjöld-Weg
Tel 06196-79-0
Arbeitsschwerpunkte:
Angepaßte Technologien
Ansprechpartner: Dr. Peter Batz
Vergibt Forschungsaufträge und Gutachten

Von der Kolonie zum Nationalstaat

Der Drang nach Unabhängigkeit und zunehmendes nationales Selbstbe-
wußtsein sind die Antriebskräfte für die schwierige und mit Opfern verbun-
dene Entwicklung vieler afrikanischer Länder zum Nationalstaat. Der poli-
tische Wille begegnet hierbei vielfältigen einander widerstreitenden Interes-
sen, kämpferischer Gewalt und schließlich den Grenzen der wirtschaftlichen
Leistungsfähigkeit aus eigener Kraft. Der Weg von der „Kolonie“ zum
gesunden staatlichen Gemeinwesen auf der Basis wirtschaftlicher Stärke
wirft komplizierte gesellschafts-, wirtschafts- und außenpolitische Fragen
auf.

Diesen Entwicklungen sind Untersuchungen in den Reihen des Weltforum
Verlages gewidmet; u. a. liegen Veröffentlichungen zu folgenden Einzel-
themen vor:

I. Aumüller

Dekolonisation und Nationwerdung in Sansibar

Eine umfassende Darstellung des dramatischen Wandels
von einem arabischen Sultanat zu einem sozialistischen,
afrikanischen Staat.

1980. 154 S., DM 44.-

D. K. Agyeman

Afrika-Forschungsberichte Nr. 45

Erziehung und Nationwerdung in Ghana

Beleuchtung der Rolle eines europäisch bestimmten Schul-
wesens für das Entwicklungsland.

1974. 267 S., DM 34.-

Winfried Veit

Afrika-Forschungsberichte Nr. 58

Nationale Emanzipation

Entwicklungsstrategie und Außenpolitik in Tropic-Afrika -
Die Beispiele Elfenbeinküste und Guineas.

1978. 457 S., DM 39.-

T. v. Münchhausen

Materialien des ABI Nr. 13

Kolonialismus und Demokratie

Die französische Algerienpolitik von 1945-1962.

1977. 518 S., DM 52.-

F. W. Heimer

Materialien des ABI Nr. 16

Der Entkolonisierungskrieg in Angola

Das Buch untersucht im Schwerpunkt die innenpolitische
Dynamik des Entkolonisierungskriegs in Angola

1974-1976.

1979. VII - 314 S., DM 44.-

M. Khan, V. Matthies

Diskussionsbeiträge des DUI Nr. 14

Collective Self-Reliance

Programme und Perspektiven der Dritten Welt. Einführung
und Dokumente.

1979. 244 S., DM 32.-

Weltforum Verlag

Weltforum Verlagsgesellschaft mbH für Politik und Auslandskunde
Marenburger Straße 22 · D-5000 Köln 51 (Marenburg) · Telefon 02 21/3 76 95-0



PERIPHERIE

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

die letzten Nummern:

Nr. 20 'Minderheiten'

Nr. 21 Transnationale Konzerne

das neue Heft:

Nr. 22/23 Fordismus, Landwirtschaft, Modernisierung

in Vorbereitung:

Nr. 24 Rassismus

Nr. 25 Entwicklungspolitik

in jedem Heft:

Buchbesprechungen, Eingegangene Bücher, Zeitschriftenschau

Bezug:

LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
D-1000 Berlin 61

Vierteljahreszeitschrift

Einzelheft DM 9,-/Doppelheft DM 16,-
Abo Einzelpersonen DM 30,-
Abo Institutionen DM 60,-

Was tun gegen die Wohnungsnot Institutionen, Organisationen und Gruppen

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Vorhaben der Bundesrepublik Deutschland zur Wohnungsversorgung in Entwicklungsländern

Seit Beginn der 2. Entwicklungsdekade (1970) und vor allem seit der UN-HABITAT-Konferenz in Vancouver 1976 wächst das Bewußtsein um die Probleme einer unkontrollierten Verstädterung in den Ländern der Dritten Welt. Das Ziel des bilateralen Programms der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland ist es, den Entwicklungsländern durch die Befriedigung von Grundbedürfnissen bei der Überwindung von Problemen in diesem Bereich zu helfen. Projekte des Wohnungsbaus und der Stadtentwicklung werden in Lateinamerika, Afrika, Asien und Europa geplant und durchgeführt.

Die politische Verantwortung für dieses Programm trägt das BMZ. Zu dieser Verantwortung gehört die Erarbeitung von Richtlinien und Prioritäten für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Auf der Grundlage von Verhandlungen mit den Partnerregierungen billigt das BMZ Pläne und Haushaltsansätze für die vereinbarten Projekte und überwacht später auch deren Durchführung. Die bilaterale Zusammenarbeit, mit der die Bundesrepublik Deutschland den Entwicklungsländern direkt hilft, teilt sich auf in die sogenannte *Technische Zusammenarbeit* und die *Finanzielle Zusammenarbeit*. Die Technische Zusammenarbeit zielt vor allem darauf ab, die Entwicklungsländer mit technologischem, wirtschaftlichem und organisatorischem Know How zu versorgen. Im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit werden langfristige Kredite mit besonders günstigen Zinsbedingungen für Investitionen in den Schlüsselsektoren der Entwicklung zur Verfügung gestellt, z.B. in der Landwirtschaft und in der Industrie, aber auch im Bereich der städtebaulichen Infrastruktur. Die am wenigsten entwickelten Länder erhalten diese Kredite als Zuschüsse.

Wenn eben möglich, versucht das BMZ seine Projekte mit denen anderer Geberländer und mit denen multilateraler Organisationen zu koordinieren. Weiterhin ermöglicht es halbamtlichen Institutionen und Nicht-Regierungsorganisationen, durch die Zahlung von Zuschüssen entwicklungspolitisch wichtige Vorhaben in deren eigener Verantwortung durchzuführen.

Bei der Förderung von Zielen wie etwa einer ausgewogenen Verteilung, mehr Beschäftigung, verbesserter Lebensbedingungen und besserer Planung und Verwaltung im Städtebaubereich, setzt das BMZ Schwerpunkte bei der Stadtplanung, der Regionalplanung und der Entwicklung kleinerer Städte. Es versucht weiterhin, die Städte bei der Überwindung besonderer Probleme zu unterstützen: Z.B. im Hinblick auf unzureichende Infrastruktur, Umweltverschmutzung oder unzureichenden Wohnungsbau. Da das BMZ weiterhin ein besonderes Interesse an der Ausbildung und der Schaffung von Arbeitsplätzen hat, stellt es Stipendien für Fortbildung und Subventionen für die Entwicklung der klein- und mittelständigen Industrie bereit. Das BMZ fördert Projekte, bei denen Ergebnisse in folgenden Bereichen erwartet werden können:

1. Bessere Verwaltung auf lokaler und regionaler (Distrikt)-Ebene: Eine gut geführte Organisation ist eine Voraussetzung für erfolgreiche Entwicklungsentscheidungen.
2. Förderung von ländlichen Entwicklungszentren und mittleren Städten: Um der unkontrollierten Verstädterung vor allem der Großstädte entgegenzuwirken, müssen Investitionsprogramme harmonisiert und optimiert werden, eine ausgewogene Verteilung der Bevölkerung angestrebt und die Entwicklung zurückgebliebener Regionen gewährleistet werden. Das setzt die Planung und Koordinierung von Projekten zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in ländlichen Zentren und sogenannten Sekundärstädten voraus.
3. Verbesserung von Slumgebieten: Die Lösung für elende Lebensbedingungen liegt nicht in der Beseitigung von Slums und wilden Siedlungen, in einer anspruchsvollen Infrastruktur oder im öffentlichen Wohnungsbau, sondern vielmehr in der Ermutigung zur Selbsthilfe, im informellen Sektor und im Organisationspotential der Bevölkerung vor allem beim Einsatz unterbeschäftigter Arbeitskräfte.

Während es besondere Verfahren sowohl für die technische als auch für die finanzielle Zusammenarbeit gibt, orientiert sich die Strategie der Bundesrepublik in ihrer Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern am Prinzip der „geringsten Einmischung“. Diese Strategie steht in engem Zusammenhang mit dem allgemeinen Ziel der Unterstützung der Eigenkräfte eines Landes und dem Bemühen, ungeeignete Theorien, Organisationen, Strukturen und Technologien zu vermeiden. Die Initiativen für die Projekte gehen von den Partnerregierungen aus; sie beruhen

auf Projektvorschlägen, die den Botschaften der Bundesrepublik Deutschland von den dafür verantwortlichen Stellen unterbreitet werden. Davon ausgehend, daß das Projekt in bezug auf Förderungswürdigkeit und administrative Kapazität vor Ort gerechtfertigt ist, versucht das BMZ bereits zu einem frühen Stadium, eine möglichst enge Zusammenarbeit mit den vorgesehenen Projektträgern zu entwickeln.

Zur Förderung einer wirksameren Identifizierung und Auswahl von Entwicklungsprojekten, hat die Bundesrepublik Deutschland in den letzten 10 Jahren einen Studien- und Expertenfonds eingerichtet; dieser Fonds hilft den Ländern der Dritten Welt bei der Planung realistischer und finanzierbarer Vorschläge. Bei einem minimalen Aufwand an Bürokratie kann dieser Fonds für die Vergabe von Durchführbarkeitsstudien und Beratungsverträgen vor allem mit deutschen Fachunternehmen verwendet werden; weiterhin kann er für die Bezahlung von Beratern, die Erstellung von Kostenvoranschlägen, Beratungsdiensten sowie anderen im Zusammenhang mit der Erstellung von Durchführbarkeitsstudien anfallenden Maßnahmen eingesetzt werden.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ),
Information / Bildungsarbeit,
Karl-Marx-Straße 4-6, D-5300 Bonn

GTZ Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH

Projekte der Wohnungsversorgung

Die deutsche Bundesregierung fördert den Wohnungssektor in Entwicklungsländern im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit über die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Innerhalb der GTZ ist ein gesonderter Fachbereich für die fachliche Planung und Durchführung von Projekten der Wohnungsversorgung zuständig; die Aufgaben des Fachbereiches „Stadt- und Regionalentwicklung“ umfassen neben Wohnungsprojekten im engeren Sinne (Beratung von Wohnungsbauinstitutionen und Stadtteilsanierung) die Bereiche Stadt- und Regionalentwicklungsplanung sowie Förderung von Klein- und Mittelstädten.

Bei den Projekten handelt es sich um Beratungsprojekte, die durch Finanzierungen begrenzten Umfangs ergänzt werden können. Diese Leistungen sind für die Nehmerländer unentgeltlich. Die von der GTZ geförderten Projekte der Wohnungsversorgung zielen darauf ab, die Wohnsituation vor allem der einkommensschwachen Bevölkerung in Entwicklungsländern zu verbessern.

Die Projekte sind so angelegt, daß ein möglichst großer Teil der Bevölkerung einer Stadt, einer Region oder eines ganzen Landes davon profitieren. Dies bedeutet aber nicht, daß „Großprojekte“ durchgeführt werden. Im Gegenteil: konkrete Erfahrungen werden in kleinen, überschaubaren Pilot-Projekten gewonnen, die von nationalen Trägern multipliziert werden können. Ferner sollen die positiven Projektergebnisse dauerhafte Wirkungen entfalten. Der *integrierte Ansatz* der Projekte bezieht sich nicht nur auf die Maßnahmen im Wohngebiet selbst, sondern umfaßt auch in vertikaler Weise die Integration der institutionellen und politischen Ebene.

Die GTZ führt 1986 insgesamt 17 Projekte der Wohnungsversorgung durch, wobei das Schwergewicht z.Z. in Lateinamerika liegt (9 Projekte; Afrika: 3, Asien: 4, ein überregionales Projekt). Projekte dieses Typs sind verhältnismäßig jung; erst seit der 2. Hälfte der 70er Jahre nehmen die Projektaktivitäten in diesem Bereich zu. Es kann davon ausgegangen werden, daß Projekte der Wohnungsversorgung in Zukunft aufgrund des starken Bevölkerungswachstums und anhaltender Land-Stadt-Migration steigende Bedeutung erhalten. Die Projekte haben sehr unterschiedlichen Charakter und reichen von Institutionenförderung und Verwaltungsberatung bis zu Musterplanung, Stadtentwicklung und Stadtteilsanierung. Im folgenden sollen 2 Projekttypen näher charakterisiert werden.

Stadtteilsanierung

Ziel ist die Verbesserung der Lebensbedingungen einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen in marginalen Wohngebieten unter weitgehender Erhaltung der Bausubstanz und Verbleib der Bewohner im Projektgebiet. Es wird versucht, dieses Ziel durch integrierte Lösungsansätze zu erreichen, die zu Aktivitäten in folgenden Bereichen führen: Sozialarbeit (Organisation der Bewohner und ihrer Gremien, Organisation der Selbsthilfe, Ausbildungs- und Gesundheitsprogramme), Beschäftigungsförderung (Ausbildung und Förderung des informellen Sektors, Starthilfe für neue Betriebe, Vermarktung), Bauwesen (Infrastruktur, Gemeinschaftseinrichtungen, Wohnhausverbesserung), Rechtliches Instrumentarium (Legalisierung der Bewohnervertretung, Legalisierung des Grundbesitzes oder Nutzungsrechts), Finanzierung (Revolvierende Fonds für Wohnhausverbesserung und Beschäftigungsförderung), Wohnungsbaupolitik (Etablierung dieses neuen Ansatzes zur Lösung

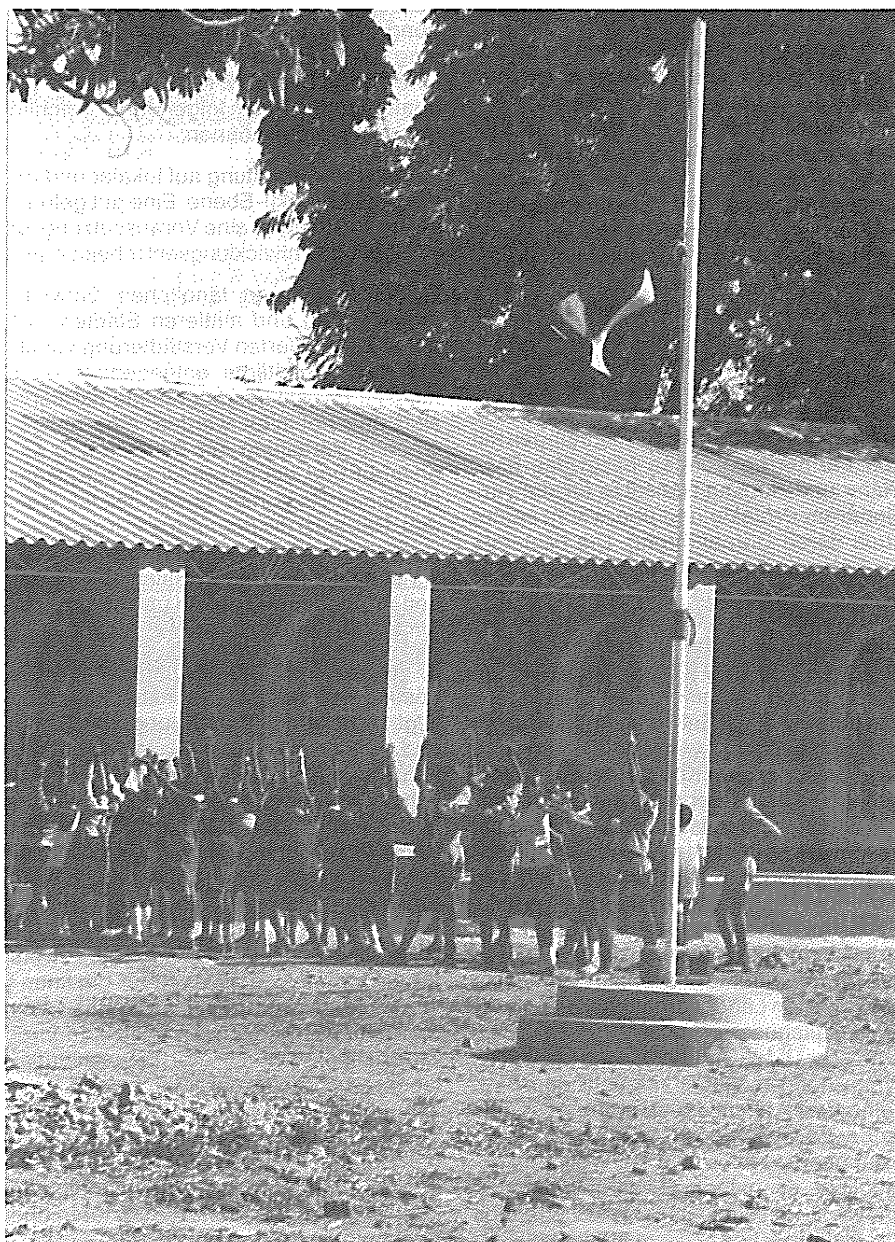
der Wohnungsnot unterer Einkommenschichten als Bestandteil der nationalen Wohnungsbaupolitik).

Ein Projekt, das wesentliche der obengenannten Komponenten beinhaltet, ist die Stadtteilsanierung Kalingalinga in Lusaka/Sambia. Im Projektgebiet wohnen ca. 15.000 Menschen (ca. 2.900 Familien). Das Gebiet weist viele Merkmale der Marginalität auf. Das Projektkonzept fußt auf intensiver Teilnahme der Bevölkerung bei der Planung und - soweit möglich und sinnvoll - Durchführung der Projektmaßnahmen; Komponenten des Projektes sind: Infrastrukturverbesserung, Bau von Gemeinschaftseinrichtungen, Umsiedlung der durch neue Infrastruktur verdrängten Bewohner auf ein Nachbarareal, Vergabe von Kleinkrediten zur Verbesserung vorhandener Häuser, Beschäftigungsförderung und Experimente mit neuen Technologien, z.B. bei der Produktion kostengünstiger Baumaterialien. Träger des Projek-

tes ist die Stadtverwaltung Lusaka. Die Laufzeit ist von September 1980 bis Dezember 1987. An Personal sind nur sambische Mitarbeiter eingesetzt. Die Kosten belaufen sich auf 3,58 Mio. DM.

Förderung von Trägerinstitutionen des Wohnungsbaus

Ziel ist die Beseitigung von rechtlichen und institutionellen Hemmnissen bei der Planung, Finanzierung, Durchführung und Verwaltung von Wohnbauprogrammen. Dieser Projekttyp ist meist durch folgende Komponenten charakterisiert: Reorganisation der Aufbau- und Ablaufstrukturen, Politik, Ausbildung der Mitarbeiter, Lieferung von Ausrüstung. Parallel zur Beratung werden häufig Stadtteilsanierungsmaßnahmen durchgeführt, die der Partnerinstitution konkrete Erfahrungen mit einem in den meisten Fällen neuen Projekttyp vermitteln.



Schule in Kalingalinga, Lusaka
Foto: Reinhard Goethert

Ein derartiges Projekt ist die Förderung der Nationalen Wohnungsbaubehörde (JNV) in Ecuador. Das Projekt berät die JNV in folgenden Bereichen: Formulierung der nationalen Wohnungsbaupolitik; interne Reorganisation; angepaßte technische Standards; Kriterien zur Auswahl und Definition der Zielgruppe; partielle Dezentralisierung der Verwaltung; Durchführung neuer Projekttypen; Ausbildung der Mitarbeiter. Die Laufzeit des Projektes ist August 1982 bis Juli 1987; an Personal sind 3 Langzeitexperten sowie Kurzzeitexperten eingesetzt. Die Kosten belaufen sich auf 4,7 Mio. DM

GTZ - Fachbereich 312
Postfach 5180, D-6236 Eschborn

GATE German Appropriate Technology Exchange

Suche nach angepaßten Bautechnologien

GATE ist eine Arbeitseinheit in der GTZ. Sie wurde 1978 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) mit dem Ziel eingerichtet, an der Erarbeitung, Förderung und Verbreitung situationskonformer Lösungen von technologischen Problemen in bzw. für Entwicklungsländer(n) mitzuhelfen. Der Personalbestand von GATE beträgt zur Zeit fünfzig Mitarbeiter, von denen zwei (eine Architektin und ein Bauingenieur) sich speziell mit der Lösung von Problemen auf den Gebieten „Wohnen, Bauwesen und Baustoffe“ befassen.

Bezogen auf die Wohnproblematik bzw. das Baugeschehen in Entwicklungsländern wird an folgenden Aufgaben gearbeitet:

Sammlung und Vermittlung von Wissen und Informationen

Im Rahmen eines sogenannten „Frage- und Antwortdienstes“ werden Anfragen jeglicher Art aus Entwicklungs- und Industrieländern beantwortet. Wertvolle Hilfe dabei leistet u.a. die inzwischen recht umfangreiche Dokumentation über angepaßte Technologien, die für jedermann zugänglich ist. Schwerpunktthemen, die sich am Bedarf (abgelesen z.B. aus der Anzahl der Anfragen) orientieren, werden in der Schriftenreihe „Aus der Arbeit von GATE“ behandelt.

So wurden z.B., basierend auf Untersuchungs- und Erprobungsarbeiten über Erdbebensicherheit in Lateinamerika, Bauanleitungen von einfachen Wohnhäusern in verschiedenen Techniken (Adobe, Stahlrohr, Holzrahmen, Betonplatten bzw. -stützen) in vier Sprachen (deutsch, eng-

lisch, französisch und spanisch) gedruckt und im Rahmen des Frage- und Antwortdienstes weltweit verteilt. Eine weitere Veröffentlichung aus der Publikationsreihe unter dem Titel „Small scale production of lime for building“ versucht das Bewußtsein zu wecken, daß nicht nur Zement sondern auch Kalk ein wertvoller Baustoff für Entwicklungsländer sein kann. Schließlich sollte noch das Heftchen „Soil block presses“ erwähnt werden, aus dem ersichtlich ist, daß sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern eine Reihe von Institutionen, Firmen und Einzelpersonen zunehmend damit beschäftigt ist, Geräte und Maschinen zur Herstellung von Bauelementen unter Verwendung von Erde zu entwickeln und zu verbreiten.

Forschung und Entwicklung

Die Dacheindeckung stellt nach wie vor ein Problemfeld dar. Zu beobachten ist, daß die sogenannten Naturdächer (Gras, Palmenblätter, Stroh usw.) zunehmend von Wellblechdächern abgelöst werden. Als eine mögliche Alternative zur Wellblecheindeckung kann die sogenannte „Fibre-Concrete-Roofing Technologie“ angesehen werden. Die mehr oder weniger erfolgreichen Aktivitäten auf diesem Gebiet in vielen Teilen der Welt werden seit Jahren von JTDG (England) kritisch beobachtet und durch eigene Versuche weitgehend optimiert. Zur Zeit führen JTDG, SKAT (Schweiz), ATI (England) und GATE gemeinsam eine Evaluierung durch.

Ein anderes Feld ist das Bauen mit Bims, das, obwohl in mehreren Entwicklungsländern dieser hervorragende Rohstoff in ausreichender Menge und ohne große Mühe abgebaut werden kann, noch recht wenig Verbreitung gefunden hat. Entsprechende Technologien werden zur Zeit in Ruanda (zusammen mit einer dortigen Universität) und in Nicaragua (unter der Trägerschaft des Wohnungsbauministeriums) erprobt und zum Teil in ersten Anfängen verbreitet.

Pilotprogramme zur Verbreitung von Technologien

Neben der Versorgung der Menschen mit Trinkwasser stellt die Beseitigung bzw. Verwertung der Abfälle und der Abwässer ein zunehmendes Problem dar. Ein Teil hiervon ist die Fäkalienbeseitigung bzw. -verwertung. Unter dem Begriff „Latrinenauprogramm in ländlichen Gebieten“ werden z. Zt. in Zimbabwe (zusammen mit dem Ministry of Health und dem Blair Research Institute; Finanzierung durch die Weltbank) recht erfolgreich die Menschen motiviert, in Selbsthilfe ihre eigenen Latrinen zu bauen. Ein ähnliches Programm läuft zur Zeit mit Unterstützung des Ministry of Community, Development and Social Affairs auf St. Lucia in der Karibik an.

GATE, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
Postfach 5180, D-6236 Eschborn

KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau

Sektor Wohnungsbau und Siedlungswesen

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau wurde 1948 als Bank mit wirtschaftspolitischer Aufgabenstellung gegründet. Für die deutsche Wirtschaft stellt sie langfristige Kredite für Investitionen im Inland und für Exporte deutscher Firmen vorwiegend in Entwicklungsländer bereit. Seit mehr als zwanzig Jahren ist die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der Länder der Dritten Welt ein weiterer Schwerpunkt ihrer Tätigkeit. Hierbei übernimmt die KfW als Entwicklungsbank des Bundes die Prüfung von Projekten und bankmäßige Abwicklung aller im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) anfallenden Darlehens- und Zuschußgewährungen sowie die Betreuung und Kontrolle der Durchführung der Vorhaben.

Die FZ erstreckt sich insbesondere auf Sachinvestitionen bei Vorhaben der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion sowie auf Maßnahmen der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur (Projekthilfe).

Im Rahmen der FZ werden ferner - in der Regel durch Zuschüsse - alle Maßnahmen finanziert, von denen, beginnend mit der Vorbereitung des Investitionsvorhabens bis hinein in die Betriebsphase, ein wesentlicher Beitrag zum Projekterfolg zu erwarten ist (z.B. Studienfonds, Einzelstudien, Beratung, Aus- und Fortbildung von einheimischem Personal des Entwicklungslandes).

Im Sektor Wohnungsbau und Siedlungswesen hat die KfW bislang rund 40 Projekte in 16 Ländern mit einem gesamten Zusagevolumen von rd. DM 1 Md. gefördert. Rund die Hälfte dieser Projekte mit etwa 80% des o.g. Zusagevolumens sind bereits abgeschlossen; der Rest ist noch in Durchführung. Die geförderten Maßnahmen reichen vom Hochwasserschutz über städtische Infrastruktur (u.a. Straßen, Marktplätze, Wasserversorgung) bis hin zum Einfamilienwohnungsbau. Für bestimmte Projekttypen haben sich folgende regionale Schwerpunkte ergeben:

Slumsanierung	- Haiti
Ländliche zentrale Orte	- Malawi, Lesotho
Einfamilienwohnungsbau	- Honduras, El Salvador
Dorfentwicklung	- Thailand
Site and Services (Erschließungsvorhaben)	- Philippinen

Ziel der Vorhaben im ländlichen Raum ist es gewöhnlich, durch Verbesserung der Infrastruktur die Entwicklungschancen der ländlichen Orte zu erhöhen, die Lebensverhältnisse der Einwohner zu verbessern und dadurch die Abwanderung in die Ballungszentren zu verringern.



Honduras: FZ-Vorhaben der Kfw „Einfachwohnungsbau auf dem Lande“
Im Hintergrund traditionelles Palmhaus
Foto: Norbert Kliver

Bei Projekten in städtischen Ballungszentren geht es i.d.R. darum, für die in Spontansiedlungen lebende einkommensschwache Bevölkerung menschenwürdige Unterkünfte mit zugehöriger materieller und sozialer Infrastruktur bereitzustellen. Einkommens- und beschäftigungsschaffende Maßnahmen (z.B. Förderung von Kleinunternehmen) können in die Vorhaben integriert werden, wenn hierfür ausreichender Bedarf gegeben ist und gute Erfolgsaussichten bestehen.

Bei der Konzeption der Projekte kommt es u.a. darauf an, die Auslegung der Vorhaben einerseits möglichst genau den Bedürfnissen der Zielgruppe anzupassen, um eine hohe Akzeptanz zu erreichen, andererseits Baustandards anzuwenden, die technisch akzeptabel sind und die Einheitskosten in vertretbarem Rahmen halten.

Ein möglichst hoher Anteil der Kosten soll in Form von Steuern, Gebühren oder Schuldendienst über die Nutzungsdauer verteilt von der Zielgruppe aufgebracht werden, um aus den rückfließenden Mitteln neue Projekte finanzieren zu können (Wiederholbarkeit). Hierzu muß die Belastbarkeit der Zielgruppe (verfügbares Einkommen abzüglich Lebenshaltungskosten) sowie ihre Zahlungswilligkeit ermittelt werden. Die Zielgruppe sollte über ihre Vertreter an der Planung und bei geeigneten Komponenten wie z.B. Wohnhäuser und verbesserte Latrinen an der Durchführung beteiligt werden. Die physische Arbeitsleistung der Zielgruppe verringert ihre spätere finanzielle Belastung und erleichtert ihr durch das erworbene „know how“ die Unterhaltung der Baulichkeiten.

Kreditanstalt für Wiederaufbau
Palmengartenstr. 5 - 9,
D-6000 Frankfurt 11

Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit, Bremen

Verbesserung der Lebenssituation in Slumsiedlungen am Beispiel von Adivasi Nagar in Nagpur in Indien

Nagpur ist eine von mittelständischen und kleinen Unternehmen geprägte Millionenstadt im indischen Bundesstaat Maharashtra. Aus dem schnellen Wachstum der Bevölkerung entstehen Anforderungen, denen die Stadt Nagpur nicht gewachsen ist. Schon für die heute hier bereits lebenden Menschen sind weder genügend Arbeits- noch genügend menschenwürdige Wohnmöglichkeiten vorhanden. Circa 700.000 von 1,3 Millionen Einwohnern Nagpurs leben in über 300 Slums oder slumähnlichen Siedlungen der Stadt. Diese benachteiligte Bevölkerung ist die Zielgruppe des Bremer Projektes „Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und Wohnsituation in Slum- und Squattersiedlungen in Maharashtra / Indien“ vom Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit mit BORDA Bremen und dem Indian Institut of Youth Welfare in Nagpur.

BORDA und indische Nichtregierungsorganisationen erarbeiteten ein Projektkonzept, das in seiner Art während der Planungsphase 1979 noch ungewöhnlich war: Ein möglichst viele Lebensbereiche umfassendes Konzept (multidisziplinär) unter aktiver Einbindung der Zielgruppe, Verwaltung und Nichtregierungsorganisationen (NROs).

Ziel der Projektpartner war es, die Lebenssituation der in Adivasi Nagar leben-

den Menschen zu verbessern. Die Ausgangsüberlegungen waren:

1. Infrastrukturelle Verbesserungen in dem Gebiet machen nur Sinn, wenn die Bewohner von Adivasi Nagar die Landnutzungsrechte erhalten. Einerseits, weil nur dann von ihnen erwartet werden kann, Eigenleistungen und möglicherweise auch Geld einzubringen, und andererseits, weil sie nur über diese Sicherheit durch das Bauland Aussicht auf einen Kredit haben.

2. Die Rückzahlung der Kredite muß durch Maßnahmen gesichert werden, d.h. die Einkommenssituation muß nachhaltig verbessert werden.

3. Die Zielgruppe soll in Planung und Durchführung beteiligt sein. Es muß ein ständiger Austausch mit ihr stattfinden, damit ihre praktische Mitarbeit - Selbsthilfefaktionen - in die Gesamtentwicklung des Wohnviertels richtig eingebunden werden kann.

4. Der Wohnungsbau ist nach dem Willen der Bewohner von Adivasi Nagar erst der zweite Schritt. Die Verbesserungen der Rahmenbedingungen haben Vorrang.

Das Ziel, die Umwandlung eines Slumgebietes in ein „normales“ Wohngebiet, sollte durch die Mobilisierung kommunaler Ressourcen, Hilfe zur Selbsthilfe sowie Bremer Mittel erreicht werden. Die Kernpunkte des Projektkonzepts sowohl in der Planung als auch in der Umsetzung des multidisziplinären Ansatzes waren:

- eine schrittweise Entwicklung,
- die Bereitschaft aller zu einer flexiblen Kooperation,
- die Beteiligung der Zielgruppe an allen wichtigen Entscheidungen.

Um das Planungsziel, ein problemumfassendes Projekt, vom Ansatz her erfolgreich durchführen zu können, wurde das Projekt zweiteilig geplant, wie es auch in den Untertiteln der Projektbeschreibung zum Ausdruck kommt:

- Konzeptionelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation in der Region Nagpur (Wissenschaftliche Studien)
- Durchführungsprojekt ADIVASI NAGAR in Nagpur zur Verbesserung der Lebenssituation in einem Slumgebiet.

Die zahlreichen Studien sollten die praktische Projektarbeit wissenschaftlich unterstützen und die Übertragbarkeit des multidisziplinären Ansatzes auf andere Sanierungsprogramme konzeptionell absichern.

Gemeinsame Aktionen - Schramadan - wie die Auffüllung der Wasserlöcher, schafften zusätzliches Bauland, verringerten Erkrankungen wie die Malaria und vertreiben die Wasserschlagen. Gleichzeitig wurde mit der Entwässerung des Geländes die jährlich wiederkehrende Überflutungsgefahr gebannt. Der Bau des Gemeinschaftszentrums, in dem heute Nähkurse und Lehrgänge zum Schreibmaschinenschreiben abgehalten werden, war ein weiterer wichtiger Schritt für Adivasi Nagar. Zudem wurden ein Basisgesundheitsdienst und ein Kindergarten eingerichtet sowie die Versorgung mit Wasser und sanitären Einrichtungen ge-

währleistet. Nach den gelungenen Verbesserungen der Rahmenbedingungen ist auch der Wohnungsbau durch Selbsthilfe gut vorangeschritten.

Die Projektpartner, die Zielgruppe und auch die Stadtverwaltung haben es gemeinsam möglich gemacht, daß sich der soziale Status und das Selbstwertgefühl der Bewohner von Adivasi Nagar verbessert haben: ein wichtiger Schritt bei der Erfahrung, die selbstbestimmte Entwicklung eigenständig vorantreiben zu können. Wesentliche Grundlagen für diesen Prozeß waren

- die Selbstorganisation der Bewohner durch von ihnen gewählte Führer aus ihrer Mitte,
- die Zusage der Landesregierung, das Land zu günstigen Bedingungen den Bewohnern zu übereignen,
- die erfolgreichen Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommensstruktur.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen in den städtischen Slums, wie in dem hier beschriebenen Projekt Adivasi Nagar, löst das Problem der Armut nur zum Teil. Die Not beginnt bereits auf dem Lande. Sie zwingt die Menschen, ihren angestammten Wohnplatz zu verlassen und in die Städte abzuwandern. Daher arbeiten das Indian Institute of Youth Welfare in Indien und BORDA in Bremen, Bremens Projektpartner, folgerichtig an flankierenden Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen, die der wirtschaftlichen Not auf dem Lande durch die Emigration in die Städte entgehen wollen.

Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit, Der Senator für Wirtschaft und Außenhandel,
Postfach 10 15 29, D-2800 Bremen 1

DSE Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung Zentralstelle für Wirtschafts- und Sozialentwicklung

Veranstaltungen zum Thema Habitat

1.000 Mrd. US-Dollar Auslandsverschuldung der Dritten Welt - eine Summe, die ausgereicht hätte, deren Wohnungsnot zu tilgen!

Die Zentralstelle für Wirtschafts- und Sozialentwicklung der DSE hat seit 1980 eine Reihe von internationalen Veranstaltungen zu Wohnproblemen armer Bevölkerungsschichten in der Dritten Welt durchgeführt. Im Mittelpunkt standen dabei die folgenden Fragen:

- Welche Wohnbedürfnisse hat die Zielgruppe?
- Über welche Ressourcen verfügt diese Zielgruppe?
- Wie ist die Finanzierung für Wohnraumprogramme möglich?

In den letzten beiden Dekaden haben in einer Reihe von Ländern der Dritten Welt Nichtregierungsorganisationen Modelle entwickelt, die es ermöglichen, daß auch Slumbewohner eine menschenwürdige Behausung erlangen können. Sie definieren das Wohnraumbedürfnis nicht in Quadratmeter umbauten Raum, sondern machen sich die Bedürfnisse der Zielgruppe zu eigen. Angepaßte Siedlungsformen bieten die Möglichkeit späterer Erweiterungen und wahren die kulturelle Identität durch Berücksichtigung entsprechender Gemeinschaftseinrichtungen.

Die Frage nach den Ressourcen spricht das wichtige Gebiet der angepaßten Technologie an. Hier geht es darum, autochthone Baustile unter Verwendung lokal verfügbarer Baumaterialien zu erhalten bzw. wiederzuentdecken und handwerkliche Fähigkeiten und die Arbeitskraft der künftigen Bewohner zu nutzen.

Selbst ein rudimentäres Dach über dem Kopf muß Mindeststandards erfüllen und verursacht Kosten, die die Bewohner zahlen sollten, was sie aber nur können, wenn sie Einkommen beziehen. Kaum ein anderer Bereich der Wirtschaft ist so geeignet, Einkommen zu schaffen, wie der Wohnungsbau. Sofern die künftigen Nutzer in Programme des organisierten Selbstbaus einbezogen werden können, haben sie Gelegenheit, die Kosten zu senken bzw. über Entlohnung Einkommen zu beziehen, so daß die Wohnungen bezahlbar werden.

Die Fachgruppe „Entwicklungsfinanzierung“ der DSE führte 1980 in Berlin ein Seminar zum Thema „Finanzierung von Wohnungsbauprogrammen in Marginal-siedlungen in Lateinamerika“ durch. 1983 wurden erneut Fachleute des staatlichen und nichtstaatlichen Bereichs aus Lateinamerika nach Berlin eingeladen, um zwei Wochen lang das Thema „Finanzierung von Wohnungsbauprogrammen für sozial schwache Einkommensschichten“ zu behandeln. Wie eine Reihe von Beispielen zeigt, sind Bewohner von Marginal-siedlungen fähig, trotz ihrer Armut Ersparnisse zu bilden, Voraussetzung für Kreditprogramme. Die Vertreter von Entwicklungsbanken vernahmen mit größtem Interesse, daß diese Zielgruppe besonders kreditwürdig ist. Wenn es die finanzielle Situation erlaubt, werden aufgenommene Kredite termingerech zurückgezahlt. Häufig werden Gruppenkredite aufgenommen, die durch unkonventionelle Besicherungsformen abgedeckt werden, wie etwa durch einen Garantiefonds.

Eine Folgemaßnahme in Guatemala behandelte 1984 schwerpunktmäßig die Möglichkeiten der Kreditvergabe auf der Grundlage von Garantiefonds sowie andere Besicherungssysteme zur Finanzierung kleiner Entwicklungsprojekte. Das herausragende Ergebnis besteht darin, daß der Kreditgarantiefonds als gesetzliches Finanzierungsinstrument verankert wurde, mit der Folge, daß eine große Zahl wichtiger Projekte für Marginal-siedlungsbewohner nun Kredit von den Banken erhält. Am Seminar von 1983 nahm auch die internationale Stiftung MIRHAS teil; sie wurde von der DSE beauftragt, im Jahre 1986 eine umfassende Studie in vier westafrikanischen Ländern zum Thema „Verbesserung der Wohnverhältnisse in ausgewählten Staaten Afrikas“ anzufertigen. MIRHAS arbeitet seit Jahren auf dem Gebiet der angepaßten Wohnungsbauprogramme in Afrika. Unter aktiver Beteiligung der Zielgruppen entstehen architektonisch überzeugende, ästhetisch und auf das Klima abgestimmte Siedlungen, die der kulturellen Identität der Bewohner in hohem Maße gerecht werden und dazu noch preiswert sind.



Durch den Indian Institute of Welfare organisierter Selbsthilfe-Wohnungsbau
Foto: Peter Diemer

Am Internationalen Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot 1987 beteiligt sich die DSE mit zwei Maßnahmen:

- Mit CEPAL/ECLAC, der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, ist im März 1987 ein zehntägiges regionales Seminar in Santiago / Chile, dem Sitz dieser Organisation, geplant; das Thema lautet: „Planung und Finanzierung von Wohnungsbauprogrammen für untere Einkommensschichten“. Dabei werden die Ergebnisse der MIRHAS-Studie im Sinne des Süd-Süd-Dialogs vorgestellt.

Außerdem soll das Sektorkonzept des BMZ zum Thema Wohnungsversorgung diskutiert werden. Im Vordergrund steht der Erfahrungsaustausch von Nichtregierungsorganisationen zum Thema Wohnungsversorgung durch Selbsthilfe; außerdem sollen Vertreter staatlicher Institutionen, wie Entwicklungsbanken und Wohnungsbauträger, über die Wohnungsnot der Ärmsten informiert und für die spezifischen Probleme sensibilisiert werden.

- Das Entwicklungspolitische Forum der DSE ist Mitveranstalter des Internationalen Habitat Forum Berlin '87. Daran beteiligt sich die DSE in zweifacher Weise: Die Fachgruppe 31 (Raumordnung und Vermessungswesen) organisiert ein Workshop zum Thema „Altstadterneuerung und Entwicklung“, die Fachgruppe 34 (Entwicklungsfinanzierung) wird die Ergebnisse der MIRHAS-Studie mit audiovisuellem Informationsmaterial einem internationalen Publikum von über 1.000 Fachleuten vorstellen.

DSE, Zentralstelle für Wirtschafts- und Sozialentwicklung (Z 3), Fachgruppe 34 (Entwicklungsfinanzierung), Reierwerder, D-100 Berlin 27

CDG Carl Duisberg Gesellschaft e.V.

Stärkung der Leistungsfähigkeit lateinamerikanischer Wohnungsbaugenossenschaften

Die CDG führt im Auftrag des BMZ in der „Abteilung Entwicklungsländer“ Aus- und Fortbildungsprogramme für Fach- und Führungskräfte aus diesen Ländern durch.

Die CDG-Aktivitäten im Bereich Wohnungsbau erfuhren angesichts des rapiden Anstiegs der städtischen Bevölkerung in den Ländern der Dritten Welt eine Schwerpunktverlagerung: Seit Beginn der achtziger Jahre rückte die Verbesserung der Lebensbedingungen armer und ärmster Bevölkerungsschichten durch organisierte Selbsthilfe und Partizipation in Wohnungsbaugenossenschaften und Selbsthilfegruppen weniger formeller Art in den Vordergrund.

Richtungsweisend für die Arbeit der CDG in diesem Bereich war ein 1980 in Marburg durchgeführter Workshop, in dem der „integrierte Ansatz“ als Perspektive vor allem der Slum- und Squatterentwicklung überprüft und Schritte für seine Umsetzung erarbeitet wurden. Die Aspekte „Partizipation“ und „organisierte Selbsthilfe“ standen dabei im Mittelpunkt. Verschiedene Projektbeispiele machten deutlich, daß, ausgehend von einem gemeinsam zu lösenden Problem, zum Beispiel im Siedlungsbereich, innerhalb der betroffenen Bevölkerung ein Bewußtseinsbildungsprozeß in Gang kommen kann, durch den Selbstverwaltungsstrukturen gefestigt bzw. neu aufgebaut werden. Die dabei sich entwickelnden sozialen und organisatorischen Strukturen stärken die

Gruppe und helfen ihr, nach Abschluß des konkreten Projektes weitergehende Ziele zu verfolgen.

Bei den Programmen der CDG im Bereich Wohnungsbau handelt es sich um mehrjährige komplexe Maßnahmenpakete aus Workshops, Seminaren, Konferenzen, beruflichem Training in Praxis und Theorie, Erarbeitung von Trainingsmaterial, Projektberatung sowie Einbeziehung von internationalen Informationssystemen im Bereich Niedrigkosten- / Selbsthilfewohnungsbau. Entsprechende Maßnahmen werden in erster Linie in Entwicklungsländern mit Partnern aus der Region durchgeführt. Training in der Bundesrepublik Deutschland kann nur in solchen Fällen angeboten werden, in denen eine an den Problemen der Entwicklungsländer orientierte Fortbildung möglich ist.

Die CDG führt zur Zeit mehrere solcher Projekte durch - bei einem Teil handelt es sich gleichzeitig um offizielle Beiträge der Bundesrepublik Deutschland zum „Internationalen Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot“. Näher vorgestellt wird hier ein Projekt in Lateinamerika, das die Unterstützung von Wohnungsbaugenossenschaften und deren Dachverbänden zum Ziel hat.

Angesichts des rapiden Verstärkerprozesses in Lateinamerika wurden auch die lateinamerikanischen Wohnungsbaugenossenschaften auf die Probleme armer und ärmster Bevölkerungsschichten aufmerksam. Da sie sich bis dahin vorwiegend an den Bedürfnissen mittlerer und höherer Einkommensgruppen orientiert hatten, fehlten ihnen Erfahrungen im Bereich Niedrigkosten / Selbsthilfewohnungsbau. Aus diesem Grunde baten verschiedene lateinamerikanische Genossenschaftsdachverbände die deutsche Seite um Unterstützung bei ihrem Bestreben, auch für untere Einkommensschichten aktiv zu werden.

Die CDG führte daraufhin 1982 eine projektvorbereitende Analyse durch. Die große Mehrheit der in diesem Rahmen befragten Vertreter der Wohnungsbaugenossenschaften gab finanzielle Engpässe als Haupthindernis einer „Orientierung nach unten“ an. Es konnte jedoch herausgearbeitet werden, daß diese Aussagen zu relativieren sind, da sich hinter den vermeintlichen Schwierigkeiten im Finanzierungsbereich oft andere Probleme verbergen: unnötig hohe Kosten durch unangemessene Baustandards, unangepasste Bautechnologie, Verzicht auf Selbsthilfe etc. Zwischen den einzelnen Ländern (Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Peru) gab es dabei keine signifikanten Unterschiede, wohl aber zwischen dem traditionellen Genossenschaftssektor und den informellen Selbsthilfegruppen: Letztere haben häufiger administrative und organisatorische Schwächen.

Für die Konzipierung geeigneter Fortbildungsmaßnahmen wurde 1984 in Bogota ein Workshop mit 28 Vertretern lateinamerikanischer Wohnungsbaugenossenschaften, ihren Dachverbänden sowie Selbsthilfeförderungsorganisationen und Selbsthilfegruppen durchgeführt. Die Auseinan-



In einem „pueblo Jóven“ in Lima
Foto: Michael Funcke, CDG

dersetzung mit verschiedenen Fallstudien diente dazu, Kriterien zu ermitteln, die sich fördernd oder hemmend auf den Verlauf von integrierten Wohnungsbauprojekten auswirken können. Auf deren Basis wurden Vorschläge für das weitere Vorgehen in den von den Teilnehmern vorgestellten Projekten formuliert. Außerdem wurde erörtert, inwieweit projektübergreifend durchgeführte Fortbildungsmaßnahmen und Beratung unterstützende Wirkung haben können. Nach Auffassung der Teilnehmer sollten zukünftig Maßnahmen Informationen in den Bereichen soziale Organisation, Recht, Verwaltung, Bautechnologie, technische Infrastruktur, Einkommen schaffende Maßnahmen und Finanzierung vermitteln.

Bei der Analyse der Teilnehmerprojekte wurde als ein zentrales Problem das der sozialen Organisation identifiziert. Mit den beiden lateinamerikanischen Partnern (Centro Operacional de Vivienda y Poblamiento - COPEVI / Mexiko und Centro de Estudios del Hábitat Popular - CEHAP / Kolumbien) wurde deshalb vereinbart, im November 1986 einen Workshop zum Thema „Partizipation in integrierten Wohnungsbauprojekten“ durchzuführen. Dieser Workshop, der in Medellín / Kolumbien stattfindet, soll die Bedeutung von Bewohnerpartizipation für integrierte Wohnungsbauprojekte deutlich machen und Wege zur umfassenden Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an Planung und Entscheidungsfindung aufzeigen. Insbesondere für die Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen kann er wichtige Anstöße liefern. Diesem Ziel dient auch ein weiterer Workshop zum Thema Partizipation, den die CDG 1987 im Rahmen des HABITAT FORUM BERLIN durchführen wird.

CDG - Ref. 323

Hohenstaufenring 30-32, D-5000 Köln 1



Baubesichtigung in Chipata, Sambia
Foto: Eckhart Günzel

DED Deutscher Entwicklungsdienst

Mitarbeit in Wohnungsbauprojekten in Sambia

Der DED ist ein nationaler Freiwilligendienst. Er führt keine eigenen Projekte durch, sondern stellt auf Wunsch staatlicher oder privater Organisationen des Gastlandes sozial engagierte Fachkräfte für Entwicklungsvorhaben und ggf. auch die für deren Arbeit erforderlichen Mittel zur Verfügung. Der DED wurde 1963 als gemeinnützige GmbH gegründet; Gesellschafter sind die Bundesrepublik Deutschland (95%) und der „Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee e.V.“. Der DED wird aus dem Bundeshaushalt finanziert. Zur Zeit arbeiten für den DED 815 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer aus den verschiedensten Berufssparten in 26 Ländern. Nur wenige

sind in Wohnungsprojekten tätig. Ein Beispiel ist das Selbstbauprogramm in Sambia, in dem DED Helfer von 1967 - 1980 mitarbeiteten.

1967 - 1973: Site and Service Schemes
Die Städte bzw. Ortschaften stellen das Baugelände; auf Kosten der Regierung wird jedes Grundstück mit Basisinfrastruktur versorgt. Es werden einfache Standard-Haustypen aus dauerhaften Materialien entwickelt und von den Siedlern in Selbsthilfe in zwei Phasen (Kernhaus und Erweiterungshaus) errichtet. Die Aufgaben der ca. 20 DED-Helfer (Vermesser, Maurer, Bauingenieure) sind technische Beratung, Unterricht im Hausbau und Bauaufsicht. In der Praxis erstreckt sich ihre Tätigkeit aber auch auf andere Funktionen, da vielfach einheimische Fachkräfte fehlen.

1973-1979: Squatter Upgrading Programs
Die bisher illegalen Squatter Gebiete sollen durch „Upgrading“ legalisiert und als Wohnraum erhalten bleiben. Die Upgra-

ding Programme werden von den Kommunalverwaltungen geplant und durchgeführt; die Weltbank stellt eine kräftige Finanzspritze bereit.

Die ca. 10 DED-Entwicklungshelfer werden vorwiegend für Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Infrastrukturverbesserung eingesetzt. Trotz finanzieller und organisatorischer Schwierigkeiten der Partnerinstitution können in einigen Projekten dank der Einsatzbereitschaft einzelner Kommunalverwaltungen und Entwicklungshelfer gute Erfolge erzielt werden. Insgesamt sind die in diesem Programm tätigen Entwicklungshelfer jedoch mit den Ergebnissen nicht zufrieden, so daß der DED beschließt, im Squatter-Upgrading-Bereich nicht mehr mitzuarbeiten.

1976-1980: Second Urban Project
Verschiedenen Städten werden von der Weltbank bereitgestellte Finanzmittel zur Verfügung gestellt, die der Verbesserung von Infrastruktur und Wohnungsversor-

gung sowie der Ausbildung der kommunalen Angestellten dienen sollen. Für DED-Entwicklungshelfer bietet sich eine Mitarbeit vor allem in kleineren Orten an, die nicht über das für die Projektdurchführung erforderliche Personal verfügen und bei denen der Ausbildungsaspekt eine erhebliche Rolle spielt. Die Entwicklungshelfer arbeiten nicht an bestimmten Projekten, sondern planen und überwachen die Baumaßnahmen. Sie bemängeln, daß die Stadtverwaltungen finanziell zu dürftig ausgestattet sind, um die notwendigen Projekte in Angriff zu nehmen.

Seit 1980 arbeiten Entwicklungshelfer des DED in verschiedenen Provinzstädten ohne Bindung an zentrale Bauprogramme.

DED
Kladower Damm 299,
D-1000 Berlin 22

DESWOS Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V.

Förderung genossenschaftlicher Selbsthilfe

Die DESWOS ist eine private, gemeinnützige Organisation der wohnungswirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt; sie wurde 1969 durch Verbände und Unternehmen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft gegründet. Ein wesentliches Ziel der DES-

WOS ist die Stärkung der ideellen Tragfähigkeit des Selbsthilfeansatzes im Wohnungsbau für einkommensschwache Schichten in der Dritten Welt durch Förderung der Basisorganisationen und die direkte materielle Solidarität.

Einen Teil der entwicklungspolitischen Arbeit der DESWOS finanziert deren Träger, die gemeinnützige Wohnungswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Eine zweite Quelle sind die Beratungsleistungen, die DESWOS staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die mit der Verbesserung der Wohnungsversorgung in Entwicklungsländern befaßt sind, anbietet.

Die Pilotprojekte, die DESWOS in verschiedenen Entwicklungsländern durchführt, werden finanziell durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften unterstützt.

Wichtigster Arbeitsbereich für die DESWOS ist die Zusammenarbeit in Niedrigkosten-Wohnungsprojekten mit privaten Partnern (Selbsthilfeinitiativen, Selbsthilfeförderungsorganisationen) in den Entwicklungsländern. Bisher wurden 20 Projekte in 8 Ländern durchgeführt.

Die Projektgröße liegt zwischen 30 bis 250 Häusern; sie richtet sich nach der organisatorischen Leistungsfähigkeit der unterstützten Partner.

Als Folgemaßnahmen bzw. Parallelmaßnahmen des Hausbaus werden Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme durchgeführt. Weitere Projektziele sind die Gemeinwesenentwicklung, die institutionelle Stärkung der Partner und der Aufbau revolvierender Fonds für dessen künftige Projektvorhaben. Beispiele für von DESWOS geförderte Projekte sind:

Die Genossenschaft „Linda Vista“ in Nicaragua

Mehrere Musterhäuser (von DESWOS entwickeltes Stahlrohrsystem) wurden mit Enthusiasmus in Selbsthilfe errichtet, aber letztlich durch eine „konservative“ Ziegelbaulösung ersetzt. Die Bewohner suchten zwar einen Niedrigkosten-Wohnungsbau, aber dennoch eine zufriedenstellende Qualität.

In einer ersten Phase wurden 70 Häuser gebaut; aus rückfließenden Kreditmitteln konnten eigenverantwortlich weitere Gruppen gefördert werden.

Das Hausbauprojekt „San Pablo“ in Kolumbien

Um sich einen Ziegelbau leisten zu können, machte die Projektgruppe eine alte Ziegelei wieder flott und belieferte ihre eigene und andere Baustellen. Der Erfolg ließ Pläne für den Aufbau weiterer Werkstätten reifen. Aus dem Selbsthilfebau von einst wird allmählich eine Produktion für Baumaterialien und Baubedarf mit guten ökonomischen Chancen: Wenn nicht für den Markt produziert wird, sind die eigenen Projekte die Abnehmer.

Die „Village Reconstruction Organisation“ in Indien

Es werden mehrere Dorfprojekte in der sturm- und flutgeplagten Küstenregion am Golf von Bengalen unterstützt. In Eigenbau errichten Bewohnergruppen feste Häuser, die den Naturkatastrophen standhalten. Ergänzt werden die Projekte durch ökonomische und soziale Entwicklungsprogramme, die die Autonomie der Dörfer stärken sollen. Dazu gehören informelle Bildungsprogramme, Organisationshilfen für die Dorfräte, aber auch einkommensschaffende Maßnahmen in Landwirtschaft und Handwerk. Besonderer Wert wird auf die Entfaltung der dörflichen Kultur gelegt. Sie soll neue Elemente aufnehmen und die Dörfer als attraktiven Lebensraum für die Zukunft ausgestalten.

Daneben konzipiert die DESWOS Lehr- und Ausbildungsmaterialien zur genossenschaftlichen Organisation, Finanzierungsproblemen, rechtlichen Fragen u.ä. und veranstaltet Seminare zu Wohn- und Siedlungsproblemen.

Für staatliche und nichtstaatliche Stellen führt DESWOS Studien und Forschungsarbeiten über Wohnungsprobleme in Entwicklungsländern durch. Die Spannweite der Themen reicht von Surveys über Wohnungssituation und -politik der Länder bis hin zu speziellen ökonomischen, organisatorischen und technischen Aspekten des Aufbaus von Niedrigkosten-Wohnungsbauprojekten.

Verschiedene audio-visuelle Medien und der regelmäßig erscheinende „DESWOS-Brief“ sind kostenlose Möglichkeiten der Information.

DESWOS
Bismarckstr. 7, D-5000 Köln 1



*Bauen und Baustoffproduktion in einer Hand; San Pablo, Kolumbien
Foto: Werner Wilkens*

MISEREOR

Unterstützung von Selbsthilf- einrichtungen in Buenos Aires

MISEREOR ist das Hilfswerk der Katholischen Kirche Deutschlands für die Dritte Welt. Seine Aufgabe ist es, gegen Not und Elend anzugehen und einen solidarischen Beitrag für gerechtere soziale Strukturen zu leisten. Es fördert einerseits Projekte der sozial-ökonomischen Entwicklung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und versucht andererseits in Deutschland die Probleme der 3. Welt und ihre Ursachen bewußt zu machen.

Die von MISEREOR geförderten Projekte und Programme sind in sehr unterschiedlichen Bereichen angesiedelt, z.B. Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Rechtshilfe, Bildung und Ausbildung, Sozialwesen sowie Wohnungsversorgung.

MISEREOR führt selbst keine Projekte durch, sondern unterstützt sie durch finanzielle Beihilfen, eventuell auch durch Beratung. Die geförderten Projekte werden von den Partnern in eigener Verantwortung geplant und durchgeführt. Die Kriterien für die Auswahl von Wohnbauprojekten sind:

- Ein Wohnbauprojekt muß Teil einer weitverbreiteten Gemeinwesenentwicklung sein. Ein Projekt, das kein anderes Ziel hat, als nur Wohnungen zu bauen, wird in der Regel nicht gefördert.

- Es muß zumindest in Ansätzen für die betroffene Zielgruppe weitreichende positive Folgen erwarten lassen. Dies setzt voraus, daß die Betroffenen an Planung, Entscheidungen und Ausführung des Projektes beteiligt sind.

- Indem es bewußtseinsbildend, persönlichkeitsbildend und sozialisierend wirkt, sollte es ein Beitrag zum Prozeß des sozialen Wandels sein.

Ein Beispiel für ein von MISEREOR unterstütztes Projekt ist die Arbeit des „Equipo Técnico de la Vivienda“. ETV wurde 1979 auf Initiative eines Pfarrers, der in den „Villas de miseria“ (Elendsvierteln) von Buenos Aires tätig war, von einigen engagierten Architekten, Sozialarbeitern, Soziologen und Anwälten gegründet. Ihre selbstgesetzte Aufgabe ist es, organisierten Siedlergruppen in sozialer, organisatorischer, technischer, ökonomischer und rechtlicher Hinsicht Hilfe zu geben. Inzwischen ist das Team zum Koordinierungsbüro der Wohnungsbaugenossenschaften und Selbsthilfgruppen in Buenos Aires geworden.

ETV berät u.a. die Bewohner von Villa Jardín, einer der ältesten „Villa de miseria“ von Buenos Aires. In dem bereits in den 50er Jahren entstandenen Viertel leben inzwischen 20.000 Menschen auf engstem Raum, ohne eigenen Wasseranschluß und ständig von Vertreibung bedroht. Folgende Schritte werden unternommen, um die Situation der Siedler zu verbessern:

- Bildung einer Siedlervereinigung
- Bestandsaufnahme des Viertels und der Wohnhäuser
- Verhandlungen mit Behörden, um die Legalisierung des Wohngebiets zu erlangen
- Erarbeitung von Hausplänen zur Vorlage bei Baubehörden
- Vorschläge für Infrastrukturmaßnahmen
- Anleitung von Selbsthilfgruppen, notwendige Verbesserungen an Häusern und Infrastrukturarbeiten durchführen.

Es besteht die reelle Chance, daß eine Vertreibung der Siedler endgültig verhindert wird und sich die Lebensbedingungen deutlich verbessern. Wenn dies gelingt, wird dieses Beispiel sehr positive Auswirkungen auf die Situation vieler anderer „Villas“ in Buenos Aires haben.

MISEREOR, Mozartstr. 9, D-5100 Aachen

EZE Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V.

Verbesserung der Wohnsituation und Aufbau von Baustoff- Produktionseinheiten in Indien

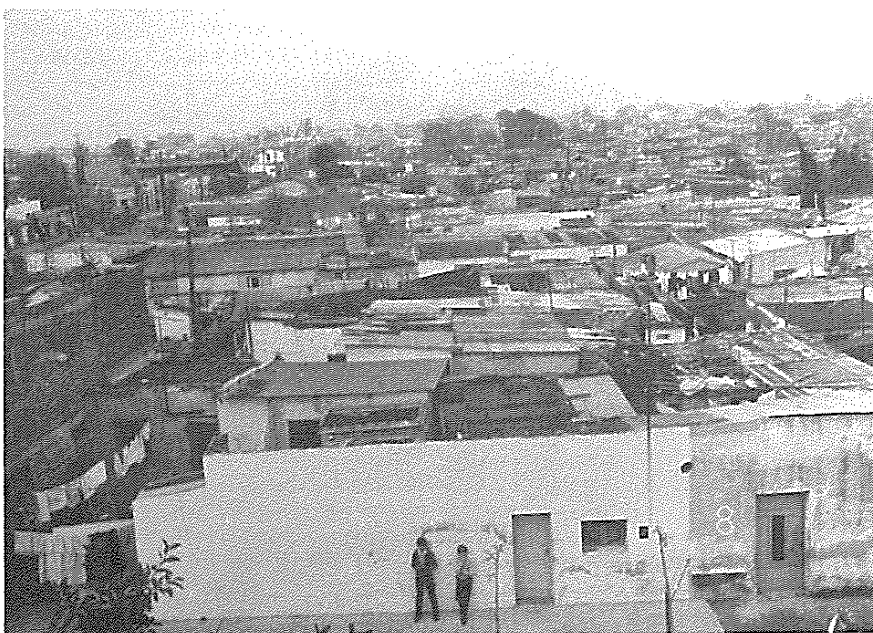
Die EZE fördert durch finanzielle Zuschüsse Entwicklungsvorhaben von Kirchen und christlichen Organisationen in Ländern der Dritten Welt. Die Hilfe erstreckt sich auf die Bereiche Gesundheit, Bildung, Bewußtseinsbildung und Sozialorganisation, landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung sowie auf Projekte der Wohnungsversorgung.

Die EZE ist eine nichtstaatliche, kirchliche Organisation, deren Projekte und Programme primär aus Bundesmitteln gefördert werden. Als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Kirchlicher Entwicklungsdienst“ (AG-KED) steht die EZE in engem Arbeitsverbund mit den übrigen entwicklungsbezogenen Hilfswerken der Ev. Kirche (z.B. Brot für die Welt, Dienste in Übersee). Regelmäßige Kontakte und in vielen Fällen auch eine unmittelbare Zusammenarbeit bei der Projektförderung bestehen auch mit den anderen kirchlichen Hilfswerken auf nationaler (z.B. Misereor) und internationaler Ebene. Der Verwaltungshaushalt der EZE (z. Zt. 64 Mitarb.) wird vollständig aus Kirchenmitteln gedeckt.

Die Arbeit für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Armen schließt auch die Schaffung menschenwürdiger Wohnungen ein, in der Regel im Rahmen sozial und wirtschaftlich orientierter Programme. Ein Beispiel dafür ist das „Programm zur Verbesserung der Wohnsituation benachteiligter Bevölkerungsgruppen und zum Aufbau von Baustoff-Produktionseinheiten“ in der ländlichen Region Valod Taluk, Gujarat, Indien, das die EZE seit 1982 fördert. Das Programm umfaßt u.a.

- den Bau neuer Häuser sowie Renovierungs- und Umbauarbeiten an vorhandenen Häusern für insgesamt 1000 Familien,
- Ausstattung der Dörfer mit notwendigen Infrastruktur- und Gemeinschaftseinrichtungen (z.B. Straßenbefestigung, Wasserversorgung, Biogas-Anlagen, Gemeindezentren),
- Errichtung genossenschaftlicher Produktionszentren zur Herstellung von Baumaterialien aus lokal verfügbaren Rohstoffen (z.B. Lehm, Kalk, Reishülsen),
- Einrichtung von Materialdepots zur lokalen Baumaterialversorgung und
- die Schulung dörflicher Handwerker.

Die Auswahl und Anzahl der Familien sowie die Organisation der Projektdurchführung in einem Dorf werden durch die Dorf- und Gebietskomitees einvernehmlich geregelt und auf der Ebene des Taluk-Komitees abgestimmt. Beim Bau neuer



Villa Jardín, Buenos Aires
Foto: Eike J. Schütz

Nach zähen Verhandlungen sind inzwischen einige Maßnahmen in Angriff genommen und durchgeführt worden. Als nächste Etappe der Slumsanierung ist die schrittweise Versorgung mit besseren Wohnungen vorgesehen. Die Aktion Bombay hat zur Unterstützung dieser Pläne einen deutschen Architekten aus Zimbabwe eingeladen, der das Patent für ein billiges, vorfabrizierbares Haussystem mit Styropordämmung besitzt. Es wird überlegt, dieses Haussystem in Naupada einzusetzen und gleichzeitig deutsche Facharbeiter zu entsenden.

Aktion Bombay e.V.
c / o Pfarrer Werner Seither
Badstraße 7, D-6741 Gleisweiler

Terre des Hommes Hilfe für Kinder in Not

"... Das Kind hat das Recht auf ausreichende Ernährung, Wohnung, Erholung und ärztliche Betreuung." So lautet der letzte Satz im Grundsatz vier der insgesamt zehn Grundsätze umfassenden „Charta des Kindes“. Dieses „Kindergrundgesetz“ wurde am 20. November 1959 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen. Im achten Grundsatz heißt es knapp und unmißverständlich: „Das Kind ist in allen Notlagen bei den Ersten, die Schutz und Hilfe erhalten.“

Im gleichen Jahr, in dem die damals etwa 80 Staaten umfassende Völkergemeinschaft die „Charta des Kindes“ verabschiedete, erfuhr der Schweizer Journalist Edmond Kaiser von KZ-Opfern in Nordafrika. Die französische Kolonialarmee ließ in Algerien beinahe eine Million Männer, Frauen und Kinder in solchen Lagern in der Wüste fast verhungern. Kaiser beschloß, nicht nur zu protestieren, sondern auch - und speziell den Kindern - direkt zu helfen. Er gründete „terre des hommes“, frei übersetzt „Erde der Menschlichkeit“. In der BR Deutschland wurde terre des hommes (tdh) 1967 unter dem Eindruck des Vietnamkrieges gegründet. Heute sind 3.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in über 170 Arbeitsgruppen für die Bürgerinitiative tdh aktiv. Die ehrenamtlichen tdh-ler leisten - unterstützt von den „Hauptamtlichen“ in der Osnabrücker Geschäftsstelle - Informationsarbeit, werben Spenden und sammeln Geld. Auf Regionalzusammenkünften, Seminaren und der einmal jährlich tagenden Mitgliederversammlung gestalten die ehrenamtlichen Mitarbeiter die Politik des Vereins.

Gemäß seiner Charta hilft tdh Kindern in Not. Tdh fördert kleine, den örtlichen Möglichkeiten angepaßte Projekte, die von den Betroffenen - den tdh- Partnerorganisationen im meist nichtstaatlichen Bereich - selber realisiert werden.

Viele dieser Projekte (1984 bezuschußte tdh-Deutschland e.V. über 265 Maßnahmen in mehr als zwei Dutzend Staaten) haben einen direkten oder zumindest indirekten Bezug zum IYSH 1987: In Indien sichern die tdh-Partner die Trinkwasserversorgung im Dorf Solur; zwangsumgesiedelte „Staudammopfer“ organisieren Gesundheitsdienste; Biogas-Projekte helfen, die Energieversorgung zu verbessern. Drei von vielen Hilfsprojekten, die der Landflucht entgegenwirken sollen. In Kolumbien, Peru, Indien, Äthiopien, Sambia, Philippinen und in anderen Ländern unterstützt tdh verschiedene Selbsthilfeorganisationen in Elendsvierteln. Mit dem Bau von energiesparenden Einfachherden (Addis Abeba) oder der Betreuung arbeitender Kinder (z.B. im Elendsviertel Cuscos / Peru) leisten die tdh-Partnerorganisationen direkte Beiträge zur Verbesserung der Situation im Slum bzw. Squatter.

Aber nicht nur in der unterprivilegierten Welt versucht tdh, Wohn- und Siedlungsprobleme zu verbessern. Auch hier bei uns fördert tdh einige Maßnahmen. Asyl e.V. in Berlin ist ein Beispiel hierfür. Die Arbeitsschwerpunkte des Vereins liegen unter anderem in der Rechtsberatung, Betreuung von Flüchtlingen in Sammellagern (!!!), Hilfe bei fehlender Unterbringung (!!!) und der Öffentlichkeitsarbeit. Für die einzelnen Betroffenen stellen die tdh-geförderten Projekte im In- und Ausland einen wichtigen Beitrag zur Linderung konkreter Not dar. Das tdh-Emblem - der Tropfen - soll nicht als Tropfen auf den heißen Stein interpretiert werden. Viele Tropfen ergeben ja schließlich auch ein Meer. Umfassende und gründliche Hilfe für Menschen in Not kann jedoch nur geleistet werden, wenn sich die Politik ändert - weltweit. Das setzt Informationen voraus. In der am 30. April 1966 in Lausanne verabschiedeten „Charta von terre des hommes“ heißt es: „... terre des hommes wird versuchen, alle Mitmenschen an allen Orten wachzurütteln und sie hinzuführen an das unsagbare Leid der zahllosen Kinder.“

terre des hommes
Postfach 4126, D-4500 Osnabrück



*Kinder sind besonders betroffen
Foto: terre des hommes*

ICFD Internationaler Christlicher Friedensdienst

Umsiedlungsdörfer in Nicaragua

Im Rahmen der Arbeit des ICFD sind wir eine Projektgruppe, die sich um die Unterstützung der Flüchtlinge in Nicaragua bemüht.

In Nicaragua gibt es mittlerweile ca. 250.000 Flüchtlinge, knapp ein Zehntel der Bevölkerung. Das ist die Folge eines von den USA finanzierten Krieges gegen Nicaragua, der sich letztendlich gegen die Zivilbevölkerung richtet. Vor allem die Landbevölkerung in den Grenzgebieten zu Honduras war häufig Überfällen ausgesetzt, bei denen Mitglieder der Bauernfamilien ermordet oder in die Contra-Lager nach Honduras entführt wurden. Zum Schutz der Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion sah sich die Regierung gezwungen, sog. Flüchtlingsdörfer aufzubauen, die in besser gesicherten Zonen liegen, und die in gefährdeten Gebieten lebende Landbevölkerung dorthin umzusiedeln.

Stand in den ersten Jahren dieser Umsiedlungsaktionen noch genug Geld zur Verfügung, um für die Flüchtlinge fertig konstruierte Häuser zu bauen, wurde es in den letzten Jahren mit Zunahme der Flüchtlinge und der Verteidigungsausgaben immer schwieriger, das notwendige Geld für die Errichtung dieser Dörfer aufzubringen. Mittlerweile können für die Flüchtlinge nur noch halbfertige Häuser, bestehend aus einem Zementfußboden, Eckpfeilern und einem Dach, bereitgestellt werden, die sie sich dann selbst ausbauen. Sie bekommen eine Überbrückungshilfe für die ersten Monate und werden von Krankenschwestern, Lehrern, Agrartechnikern und Vertretern des Sozialministeriums betreut. Für den Bau von Gemeinschaftseinrichtungen bemüht sich die Regierung inzwischen verstärkt auch um internationale Unterstützung.

Aus unserer Gruppe sind einige in diesen Flüchtlingsdörfern gewesen, bzw. haben im Rahmen von Arbeitsbrigaden beim Bau solcher Häuser mitgeholfen. Als Ausdruck des Protestes gegen den Krieg sollte das wieder aufgebaut werden, was die Contra zerstört hat. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Krieg und Flüchtlinge in Nicaragua“ (Diavorträge und eine Broschüre). Gleichzeitig bemühen wir uns um die materielle Unterstützung der Flüchtlinge. So haben wir 1985 eine Kleidersammlung durchgeführt und mit Hilfe von Spendengeldern eine größere Sendung von Haushaltsgeräten und Werkzeugen in diese Dörfer verschickt. In diesem Jahr haben wir die Kleidersammlung wiederholt und wollen Geld für den Bau einer Schule sammeln.

Kontakt und Informationen:
Anekathrin Linck
Moorkamp 18, D-2000 Hamburg 6



Flüchtlinge in Nicaragua
Foto: Olivia Heussler

Informationsbüro Nicaragua e.V. Baubrigaden in Nicaragua

Das Informationsbüro Nicaragua e.V. wurde 1977 gegründet, um über dieses bis dahin fast unbekanntes Land zu informieren, um der Stimme der Armen Gehör zu verschaffen und ihren Befreiungskampf gegen die Somoza-Diktatur zu unterstützen. Seit 1978 ist das Informationsbüro Koordinationsstelle der vielen örtlichen Nicaragua-Solidaritätsgruppen. Nach dem Sieg der Revolution 1979 unterstützen wir den Wiederaufbau und die wichtigsten Bereiche der neuen gesellschaftlichen Entwicklung: die Alphabetisierungskampagne und das Bildungswesen, den Aufbau des Gesundheitswesens, die Agrarreform, etc.

Heute, mehr als 7 Jahre nach der Revolution, können die Menschen in Nicaragua nicht in Freiheit ihr Land eigenständig entwickeln. Sie können nicht in Frieden die Errungenschaften der Revolution für die Armen weiter ausbauen. Nicaragua ist heute einem schonungslosen Aggressions- und Ausblutungskrieg ausgesetzt. Dieser Krieg hat inzwischen 12.000 Menschenleben gekostet, viele Projekte mußten verändert werden, da so viel Kraft für die Verteidigung der eben errungenen Freiheit und Unabhängigkeit gesteckt werden muß. Solidarität ist daher dringender denn je.

Gerade angesichts des Mordens und Brandschatzens der von den USA ausgebildeten und finanzierten Contragruppen, ihrer Überfälle auf Einzelgehöfte und Entführungen von Bauern, hat die nicaraguanische Regierung den Wohnungsbau trotz der knappen gewordenen Mittel noch verstärkt, um den in diesen Regionen lebenden Campesinos mehr Sicherheit, eine soziale Infrastruktur und hygienische Wohnverhältnisse bieten zu können und um die Flucht in die Städte zu stoppen.

Denn ähnlich wie in anderen Ländern der Dritten Welt, sieht sich Nicaraguas Hauptstadt einer Flut von hinzuziehenden Menschen ausgesetzt, hier allerdings wegen des Krieges. Anders als in anderen Ländern aber setzt die neue Regierung ihre Ressourcen nicht mehr in der Stadt, sondern auf dem Land ein, um die Arbeit ertragreicher, das Wohnen erträglicher und das Überleben sicherer zu machen.

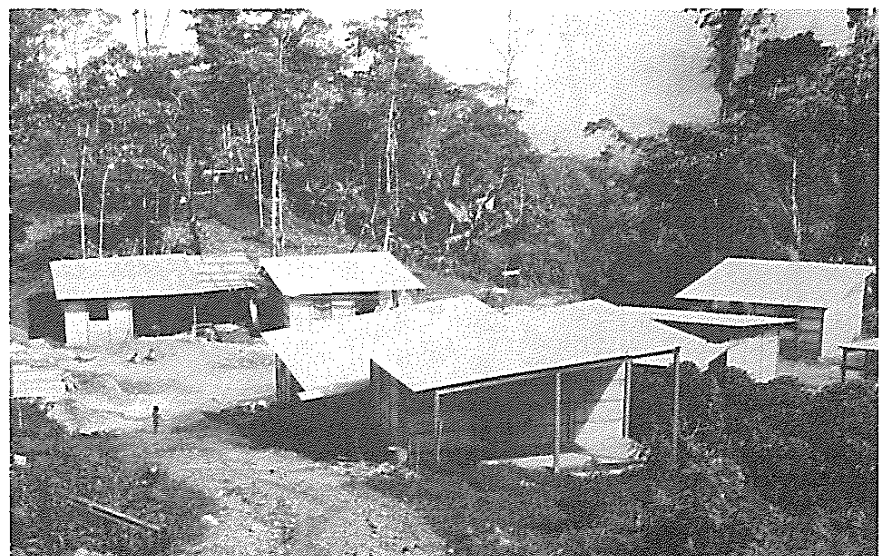
Unter dem Motto „Jetzt erst recht“ führt das Informationsbüro seit Anfang 1984 Bauprojekte in grenznahen Gebieten Nicaraguas durch. In El Pochote, San Martín, Talolinga, Loma Alta, Las Praderas und Jacinto Vaca wurden Siedlungen für Agrarkooperativen und Flüchtlinge mit je etwa 30 Häusern und den dazugehörigen Einrichtungen wie Latrinen, Wasserversorgung, Gemeinschaftshaus, Schule, Kindergarten, Gesundheitsposten fertiggestellt. Die meisten dieser Projekte wurden nicht nur durch die Solidaritätsbewe-

gung finanziert (Werkzeuge und Geldspenden im Werte von über 500.000 DM), sondern auch von bundesdeutschen Baubrigaden ausgeführt. Die Arbeit, z.B. Urwald zu roden, Fundamente auszuheben und zu gießen, mit der Hand Zement zu mischen und Bauteile durch den Schlamm zu schleppen, ist körperlich sehr hart, und sie wird in Regionen geleistet, in denen der Krieg zum Alltag gehört. Indem die Brigadisten und Brigadistinnen die einfache Unterkunft und Verpflegung, den Kriegsalltag und die harte Arbeit mit den Campesinos teilen, drücken sie den Bauern ihre Solidarität und der Weltöffentlichkeit ihre entschiedene Haltung gegen das Zerstörungsprogramm der Contra aus.

Die zweimonatigen Arbeitseinsätze werden über das Informationsbüro Nicaragua e.V. mit dem Solidaritätskomitee in Nicaragua koordiniert.

Gesucht werden besonders Handwerker, Zimmerleute und Maurer. Etwa zwei Monate vor Abflug beginnt eine gemeinsame intensive Vorbereitung, in der es um die Ziele des Einsatzes, Länderkunde, politische Vorbereitung und die Zusammenstellung der Gruppen geht (ca. 10 Personen jeweils). Da mittlerweile auch bundesdeutsche Aufbauhelfer das Opfer von Contraaktivitäten geworden sind, wird uns die Entscheidung über die Fortführung der Bauprojekte nicht leicht gemacht: Wir stehen einerseits in der Verantwortung für das Leben der Brigadisten; andererseits können und wollen wir nicht nachlassen in der internationalen Solidarität und in der Unterstützung des sozialen Wiederaufbauprogramms der Sandinisten. Seit Ende 1986 führen wir auf Wunsch der nicaraguanischen Regierung keine Arbeitseinsätze in gefährdeten Gebieten mehr durch, die Bauprojekte werden aber weiter von uns finanziell unterstützt und von nicaraguanischen Arbeitern ausgeführt.

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Hofaue 51, D-5600 Wuppertal 1



Von deutschen Baubrigaden errichtete Wohnhäuser in Loma Alta
Foto: Informationsbüro Nicaragua

Pilotprojekt Salvador / Bahia -

Revitalisierung des Wohnens im historischen Zentrum

Salvador, 1549 gegründet, ist die älteste Stadt Brasiliens. Bis 1763 war sie Hauptstadt und in diesen zwei Jahrhunderten die mächtigste Stadt südlich des Äquators. Das historische Zentrum, das als das größte geschlossene Wohnviertel der Kolonialzeit in Lateinamerika gilt, ist heute zur Peripherie der modernen, fast zwei Millionen Einwohner umfassenden Stadt geworden. Gleichzeitig ist es aber auch das Zentrum der afrikanischen Kultureinflüsse, die die zahlreichen Feste und das Straßenleben bestimmen. Es wurde im November 1985 von der UNESCO zum Welt Denkmal erklärt.

Die Bebauung von Pelourinho und Maciel, benachbarte Viertel im historischen Zentrum, besteht aus mehrgeschossigen Stadthäusern von Großgrundbesitzern und stammt aus der Zeit zwischen Ende des 17. und Ende des 19. Jahrhunderts. Die Häuser sind heute zu etwa einem Drittel Ruinen bzw. Halbruinen. Ihr Verfall beschleunigt sich, und die nächsten Einsturzopfer sind vorprogrammiert. Die Häuser sind nach wie vor das Eigentum der alten Familien, einige gehören kirchlichen Institutionen. Der zuständigen Denkmalspflegebehörde IPAC ist es bis auf eine Ausnahme nicht gelungen, Wohngebäude instandzusetzen oder gar zu modernisieren. Dagegen wurden mehrere Gebäude in den letzten Jahren zur Aufnahme öffentlicher Institutionen enteignet.

Die Einwohnerschaft des Viertels besteht aus Großfamilien mit geringem Einkommen, Einzelpersonen, die im Quartiersgewerbe beschäftigt sind (öffentlicher Dienst, Kunsthandwerk, Bauhandwerk, Kneipen u.a.) und einer kleinen Gruppe von Prostituierten, Zuhältern und Klein-

kriminellen, die den miserablen Ruf von Pelourinho und Maciel begründet. Im Kernbereich (ca. 2 ha) leben etwa 2000 Einwohner. Berücksichtigt man, daß nur etwa die Hälfte der Häuser bewohnbar sind (der Rest sind Ruinen, öffentliche Einrichtungen oder durch Gewerbe und Handel genutzt), ist es nicht verwunderlich, daß in einigen Gebäuden eine Belegungsdichte von einer Person pro m² Wohnfläche besteht. Die Häuser sind in Einzimmerwohnungen aufgeteilt, oft von bis zu 20 Personen bewohnt. Alleinige Nutznießer sind Vermieter, die zwar nichts an die Eigentümer abführen, dafür aber für Distanz zwischen Eigentümer und Bewohner und für die nützliche Verbindung zur Halbwelt sorgen.

Im Anschluß an ein von der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) organisiertes Seminar zum Thema Stadterneuerung in Salvador bildete sich 1985 eine interdisziplinäre Diskussionsgruppe. Sie beschäftigte sich z.B. mit den Fragen, welche Interessen können sich unter welchen Bedingungen durchsetzen, und welche Strategie ist zugunsten der noch vorhandenen Bevölkerung realisierbar. In einer Spendenaktion wurden Mittel für ein Pilotprojekt gesammelt. Nach langen Verhandlungen mit der Stadtbehörde und dem Denkmalpflegeamt von Salvador wird nun im November 1986 das Pilotprojekt realisiert. Als Bauträger ist ein Verein von Bewohnern und interessierten Beratern aus Salvador gegründet worden. Gleichzeitig wurde ein lokales TV-Programm initiiert, das auf dem zentralen Platz über Vorgänge im Quartier mittels einer Video-Großprojektion berichtet.

Die Notwendigkeit, neue Eigentümer und Verantwortlichkeiten zu schaffen, ist der Ausgangspunkt des Projektes. Eine ausbaubare Ruine konnte zu günstigen Bedingungen beschafft werden; gleichzeitig wurden drei mit dem Viertel verwurzelte

Großfamilien ausgewählt, die in Gemeinschaftshilfe die Ruine ausbauen sollen. Träger ist der genannte Verein, der nun auch die Vorbereitung einer Wohnbaukooperative für den gesamten Baublock betreibt. Mit dem Pilotprojekt sollen die einfachen bautechnischen Ausbauprinzipien und die mit den Familien erarbeiteten Raumkonzepte überprüft werden. Mit der konkreten Verbesserung der Wohnverhältnisse ausgewählter Familien soll nicht ein Einzelprivileg geschaffen, sondern der Weg zu einer neuen Eigentümerstruktur geöffnet werden, der dem größten Teil der noch vorhandenen Wohnbevölkerung zugute kommt. Dies ist noch ein langer Prozeß. Wie immer ist es offen, ob es gelingt, den einen oder anderen Widerspruch mit den vereinten Rat- und Tatkräften zu überwinden.

Pilotprojekt Salvador / Bahia
c / o Prof. Rainer W. Ernst
Mommstr. 59, D-1000 Berlin 12

AG SPAK Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise

Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Die AG SPAK ist ein Zusammenschluß vieler verschiedener Gruppen und Einzelpersonen. Ihr gemeinsamer Nenner ist das Interesse an sozialen Fragen und das sozialpolitische Engagement in Bereichen wie Psychisch Kranke, Jugendzentren, Alternative Pädagogik, Kriminalpolitik ... und Obdachlosenerbeit. Im letztgenannten Projektbereich sind derzeit über 100 Gruppen, Initiativen und Arbeitskreise teilweise seit mehr als 15 Jahren tätig. Sie leisten in Obdachlosensiedlungen Kinder- und Jugendarbeit, machen Gemeinwesenarbeit, arbeiten an Konzepten zur Verhinderung und Überwindung von Obdachlosigkeit und nehmen Stellung zu Problemen von Sanierung, Umwandlung und Auflösung von Obdachlosensiedlungen.

In der BRD gelten ca. 800.000 Menschen als obdachlos, nicht eingerechnet die ca. 100.000 sog. Nichtseßhaften, geschweige denn die Menschen, die als Mieter in für unsere mitteleuropäischen Verhältnisse menschenunwürdigen Behausungen leben müssen. Diese Werte beruhen auf Schätzungen, da es keine offiziellen Zahlen und Statistiken gibt. Vaskovich / Weins (1) sprechen von 200.000 bis 800.000 Obdachlosen, der deutsche Caritasverband (2) von 600.000; die Angabe über die Zahl der Nichtseßhaften stammt von der Bundesarbeitsgemeinschaft Nichtseßfahtenhilfe (3).

Als Ursache von Obdachlosigkeit wird häufig individuelles Fehlverhalten (Selbstverschuldung) genannt. Deutlich wird dies im Bundessozialhilfegesetz; die Individua-



Pilotprojekt
Salvador / Bahia

lisierung der Hilfsmaßnahmen ist eines der wesentlichen Prinzipien in diesem Gesetz (§ 3 BSHG). Demnach sind Menschen in Wohnungsnot letzten Endes selbst an ihrer Lage schuld und sollen Mißstände mit individueller Hilfe beseitigt werden; gesellschaftliche Ursachen spielen in diesem Verständnis keine Rolle.

Die Annahme der Selbstverschuldung von Obdachlosigkeit wird durchgängig in der sozialwissenschaftlichen Literatur der letzten 15 Jahre verworfen. Obdachlosigkeit wird als gesellschaftlich produziertes Elend definiert:

„Unzureichende Reproduktionsmittel für den alltäglichen Lebensbedarf bewirken die als Erscheinungsform von Obdachlosigkeit bekannten Wohnungskündigungen und Räumungsklagen aufgrund von Mietschulden. Oft wird die materielle Mangelsituation erst durch besondere Krisen, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Wohnungskündigung oder Ehescheidung akut. Diese aktuellen Anlässe werden mit den zugrunde liegenden Ursachen verwechselt und als Erklärungsansätze von Obdachlosigkeit dargestellt.“ (4)

In der bisherigen Definition von Obdachlosigkeit werden sehr viele betroffene Menschen ausgeklammert, nach dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge ist obdachlos,

„... wer in einer derart unzureichenden Unterkunft lebt, daß sie nach dem Kriterium der Menschenwürdigkeit keinen Schutz vor Gefährdung des Bewohners an Leben und Gesundheit bieten kann. Obdachlos sind ferner jene Personen, die in Not-, Schlicht- und Einfachwohnungen ohne Mietvertrag als vorübergehend Nutzungsberechtigte leben. Der Kreis der Obdachlosen ist gegenüber dem der Nichtseßhaften abzugrenzen.“ (5)

Diese Definition, die sich auch die Bundesländer zu eigen gemacht haben, grenzt den Personenkreis aus, der im wahrsten Sinne des Wortes obdachlos ist, die sog. Nichtseßhaften. Außerdem hat sie für die Betroffenen fatale juristische Konsequenzen, da der Begriff „Menschenwürdigkeit“ nicht eingeklagt werden kann. Besser würde sich im Interesse der Betroffenen folgende Definition eignen:

„Obdachlos ist, wer ohne Unterkunft ist, wer, z.B. aufgrund behördlicher Zuweisung oder hoher Schulden, nicht über den eigenen Wohnraum frei verfügen kann und wer über keinen nach dem jeweiligen Landesstandard in Art und Größe angemessenen Wohnraum verfügt.“

Die psychischen und körperlichen Auswirkungen von Obdachlosigkeit sind gravierend, besonders für die Nichtseßhaften. Aber auch die Menschen in Obdachlosensiedlungen werden häufiger krank als die Bevölkerung im Durchschnitt: Ihre materielle Notsituation hat zur Folge, daß sie trotz mengenmäßig ausreichender Ernährung oft nahrungsbedingte Mangelerscheinungen aufweisen (gesunde, vitaminreiche Kost können sie sich im allgemeinen nicht leisten); hinzu kommen beengte Wohnverhältnisse, feuchte, schlecht beheizte und von Schimmel befallene

Räume und fehlende oder unzureichende Sanitäreinrichtungen (Wasserstellen außerhalb der Wohnung, Etagentoiletten, Duschen im Keller, wenn überhaupt vorhanden).

Die Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen in den Obdachlosensiedlungen sind erschreckend; in Regensburg z.B. lagen dort die Sonderquoten 1982 bei 22% (6). Viele Initiativgruppen haben sich gebildet und leisten erfolgreiche Arbeit in den Spiel- und Hausaufgabenstuben. Hauptamtliche Kräfte, die nicht selten von den Jugendämtern finanziert werden, gewährleisten die Kontinuität der Arbeit und entlasten die zahlreichen ehrenamtlichen Kräfte. Das Hauptziel der Betreuungstätigkeit ist die Entwicklung von Selbständigkeit und eigenverantwortlichem Handeln. In der Jugendarbeit soll den Freizeit- und Kommunikationsbedürfnissen der meist nicht organisierten Jugendlichen Raum gegeben werden.

Bewohner, Sozialarbeiter, Projektgruppen und soziale Initiativen haben sich in mehreren Bundesländern zu überparteilichen und überkonfessionellen Vereinigungen, den Landesarbeitsgemeinschaften „Soziale Brennpunkte“ zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Siedlungen einzusetzen. Zu den Aufgaben der Landesarbeitsgemeinschaften gehören:

- Koordination der Arbeit der verschiedenen Projekte auf Regional- und Landesebene,
- regelmäßiger Erfahrungsaustausch, Durchführung von zentralen Veranstaltungen und von regionalen Tagungen,
- Interessenvertretung gegenüber Landesbehörden,
- allgemeine Projektberatung und -analyse.

Die Bundesregierung will sich auf das zentrale Anliegen des Internationalen Jahres beschränken: Obdachlosigkeit und

Wohnungsnot in den Entwicklungsländern. Doch auch bei uns gibt es Wohnungsnot; eine Reihe von Organisationen haben sich entschlossen, im Rahmen des Internationalen Jahres stärker darauf hinzuweisen. Im wesentlichen sind dies: die Bundesarbeitsgemeinschaft Nichtseßfahnenhilfe, die Landesarbeitsgemeinschaften „Soziale Brennpunkte“, die AG SPAK und mehrere Bewohnerorganisationen. Geplant sind bisher: eine Fachtagung „Obdachlosigkeit in der BRD“ im Herbst 1987, eine Fotowanderausstellung zur Obdachlosigkeit in der BRD, die Teilnahme am evangelischen Kirchentag in Frankfurt, ein nationaler Kongreß von Bewohnern aus „sozialen Brennpunkten“ in München, die Herausgabe eines Obdachlosen-Readers und mehrere Veranstaltungen und Seminare zu Themen des Internationalen Jahres.

AG SPAK

Regionalbüro Obdachlosensarbeit

c / o Wolfgang Wittich

Untere Bachgasse 9, D-8400 Regensburg

Anmerkungen:

- 1) Vaskovich / Weins, in: Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 146, Stuttgart 1983
- 2) Deutscher Caritasverband, Broschüre „Soziale Brennpunkte“, Freiburg 1985
- 3) Bundesarbeitsgemeinschaft Nichtseßfahnenhilfe, Broschüre „Tag und Nacht“, Bielefeld 1985
- 4) Drygala, Anke, Wohnungsversorgung und Ursachen von Obdachlosigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft, erscheint demnächst im Obdachlosen-Reader der AG SPAK, Publikation M 75
- 5) Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.), Fachlexikon der sozialen Arbeit, Frankfurt / M. 1980
- 6) Genzken, Barbara, Bericht über den „Sozialen Brennpunkt“ Humboldtstraße (unveröffentlicht), Regensburg 1982, S. 15



Barackensiedlung „Nordheim“ in Regensburg: Häuser ohne Wasseranschluß
Foto: Bernd Greipel

Habitat Forum Berlin '87

Die internationale Konferenz der nicht-staatlichen Organisationen

Hauptthema der Veranstaltungen zum *Internationalen Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot* wird eine Bilanz der bisherigen Politik und Praxis der staatlichen Institutionen und internationalen Organisationen im Wohnungsbaubereich sein.

Mit den Möglichkeiten nicht-staatlicher Organisationen befaßt sich das Habitat Forum Berlin, das vom 1. bis 13. Juni 1987 im Berliner Reichstag stattfindet. Es wird vom Habitat International Council (dem Dachverband nicht-staatlicher Organisationen im Wohnungsbereich), der DSE und dem Berliner Senat in Zusammenarbeit mit Misereor, dem DED, der CDG und anderen entwicklungspolitischen Institutionen vorbereitet.

Entsprechend seinem Motto „voneinander lernen“ legt diese internationale Konferenz weniger Gewicht auf Vorträge, sondern auf einen Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern von Gemeindeverwaltungen und nicht-staatlichen Organisationen aus Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, aber auch Europas und Nordamerikas. Wissenschaftler aus verschiedenen Fachrichtungen werden das Spektrum der Diskussion über Wohnungsbau, Selbsthilfe und Wohnumfeldverbesserung erweitern. Das Habitat Forum zieht die Bilanz einer Dekade Wohnungspolitik seit der Gründung der für Wohnungsfragen zuständigen Unterorganisation der Vereinten Nationen UNCHS 1976 in Vancouver.

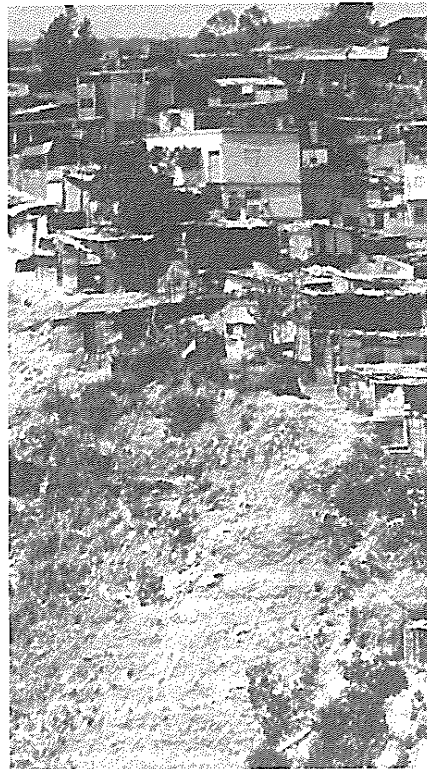
Grundlage der Diskussion ist die Auswertung von über 300 Selbsthilfeprojekten mit Beteiligung nicht-staatlicher Organisationen, von denen 20 für das Habitat Forum ausgewählt worden sind. Ergänzt durch mehrere Studien zu verschiedenen städtischen Transformationsprozessen, werden sie in einer Serie von insgesamt 31 mehrsprachigen „Wandzeitungen“ dokumentiert.

Die Evaluierung der Projekte und Studien hat einen breiten Katalog von Fragestellungen ergeben, der als Themenliste in die parallel stattfindenden Workshops eingehen wird. Dieser Katalog schließt Fragen nach der Rolle der nichtstaatlichen Organisationen, der angepaßten Bautechnologie, Partizipation und Selbsthilfe, der Rolle der Frau, katastrophengerechtem Bauen und dem Umweltschutz ein.

Die Ergebnisse der Workshops werden politischen Entscheidungsträgern von nationalen Regierungen und internationalen Organisationen präsentiert und sollen Ansatzpunkt zur Formulierung einer neuen Entwicklungspolitik im Wohnungsbereich sein. Als erster Schritt der Verbreitung der Ergebnisse des Forums finden direkt im

Anschluß daran Einzelveranstaltungen mit verschiedenen Gruppen (Wissenschaftlern, Lehrern, Berufsverbänden) sowie Kurse im Rahmen einer europäischen Summer School statt.

Habitat Forum Berlin '87
Trabener Straße 22, D-1000 Berlin 33



Hangsiedlung in Caracas/Venezuela
Foto: Kosta Mathéy

TRIALOG Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern e V.

Forschung, Ausbildung und Informationsvermittlung

Die TRIALOG-Vereinigung wurde 1983 von Fachleuten aus unterschiedlichen Disziplinen als gemeinsames Forum für die Auseinandersetzung mit Wohnproblemen und Verstärkerprozessen in der Dritten Welt gegründet. Ein derartiges Forum existierte bis dahin nicht; weder konnten gelegentliche akademische Veranstaltungen noch die Fachinstitutionen mit ihren Eigeninteressen die Isolierung der Personen überwinden, die sich deutschsprachig mit Habitat-Fragen beschäftigen. Der eingetragene, gemeinnützige Verein hat nach drei Jahren rund 60 Mitglieder. Es sind u.a. Architekten, Stadt- und Regionalplaner, Bauingenieure, Geographen, Soziologen, Anthropologen und Ökonomen. Sie arbeiten an

deutschen oder ausländischen Hochschuleinrichtungen in anderen Fachinstitutionen, bei Consulting-Unternehmen, als selbständige Berater oder sind Studenten.

Jenseits von Weltanschauung, Religion, Partei- und Partikularinteressen, will die Vereinigung mit rein fachlicher Kompetenz im wesentlichen drei Funktionen erfüllen:

- Vermittlung und Weitergabe von Informationen über den Stand der wissenschaftlichen Diskussion und konkrete Erfahrungen in den Ländern der Dritten Welt;

- Koordinierung und Abstimmung von Forschungsaktivitäten im In- und Ausland, einschl. Diskussion der Forschungsförderung und Initiierung eigener Forschungsprojekte;
- Auseinandersetzung mit Fragen der Ausbildung, sowohl an Hochschulen als auch im Rahmen praxisorientierter Programme vor Ort.

Die Vereinigung gibt die Zeitschrift TRIALOG heraus und organisiert nationale und internationale Seminare und Tagungen (z.B. 1985 über Wohnprobleme in sozialistischen Entwicklungsländern, 1986 über Strategien zur Sanierung von Slums und Squattergebieten). Während des Internationalen Jahres 1987 wird TRIALOG eine Konferenz über angepaßte Technologien als Beitrag zum Habitat Forum durchführen. Einmal im Jahr findet - jeweils an einem anderen Hochschulort - ein Vereinstreffen statt, bei dem neben den notwendigen organisatorischen Fragen eine ausgewählte Problemstellung inhaltlich vertieft wird; 1987 wird dabei die kritische Evaluierung der Ergebnisse und Perspektiven des Internationalen Jahres beinhalten.

Die Zeitschrift TRIALOG wird von regionalen Redaktionsgruppen vorbereitet, die sich themenorientiert zusammenfinden und selbstverantwortlich und ehrenamtlich das jeweilige Schwerpunktthema gestalten.

Die thematische Bandbreite umfaßt: Wohnungsversorgung, Wohnungspolitik, Verstädterung, ländliche Entwicklung, Regionalplanung, angepaßte Technologien, Ökologie, Bewohnerbeteiligung, Selbsthilfe, usw. Die Wahl der Schwerpunktthemen hängt entscheidend von dem fachlichen Interesse der aktiven Vereins- und Redaktionsmitglieder ab.

TRIALOG bemüht sich intensiv um den Austausch mit Kollegen in der Dritten Welt und fördert die Kommunikation, sowohl zwischen in- und ausländischen Fachinstitutionen wie auch zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen. Die Vereinsaktivitäten werden aus den Beiträgen der Mitglieder, Spenden, dem Verkauf der Zeitschrift und aus Zuschüssen verschiedener Förderinstitutionen finanziert

TRIALOG
Ploenniesstr. 18
D-6100 Darmstadt

Declaración De Tlaxcala

„Por un urbanismo comprometido con el cambio social“

II. Iberoamerikanischer Kongress über Stadtplanung - zur Gegenwart und Zukunft der Stadtplanung in Entwicklungsländern

Vom 21.-25. April 1986 fand in Tlaxcala, Mexiko, der „II. Congreso Iberoamericano de Urbanismo“ unter der Schirmherrschaft von SEDUE (Ministerium für Stadtentwicklung und Umwelt) statt. Dieser Kongress wird alle 2 Jahre abwechselnd in Lateinamerika und Spanien / Portugal abgehalten, um den Planern spanisch-sprechender Länder Gelegenheit zu geben, ihre Planungserfahrungen und Probleme international zu diskutieren und auszuwerten. Der nächste Kongress wird 1988 in Barcelona stattfinden.

Der Kongress in Tlaxcala stand deutlich im Zeichen einer Emanzipation der lateinamerikanischen Planungsszene. Die Realität der großen Städte auf diesem Kontinent hat quantitativ längst hinter sich gelassen, was Europa und Nordamerika in der Stadtentwicklung je erlebt haben, und so sehen sich die lateinamerikanischen Architekten und Planer herausgefordert, den entscheidenden Beitrag zur Lösung der Probleme selbst zu erbringen. Eine Woche lang lief ein vielfältiges Programm mit Vorträgen und Diskussionen, das nicht in Einzelheiten wiedergegeben werden kann. Anwesend waren Planer, Wissenschaftler und Politiker aus 22 Ländern, und die kleine historische Stadt Tlaxcala an der Peripherie von Mexico City war hierfür ein idealer und malerischer Schauplatz.

Herausragende Vorträge wurden - um nur zwei herauszugreifen - von Milton Santos, Altmeister der lateinamerikanischen Stadtforschung (und Mitglied des Nationalen Rates für Stadtentwicklung in Brasilien) sowie von Roberto Eibenschutz, Staatssekretär bei SEDUE, gehalten. In gewisser Weise steckten diese beiden Beiträge die Pole ab, zwischen denen sich die gesamte Diskussion bewegte: ein vehementer Angriff auf die externen Abhängigkeiten und Einflußnahmen, die bis in die Stadtentwicklung reichen, auf der einen Seite (Milton Santos), und die pragmatische Darstellung der begrenzten Instrumente und Möglichkeiten, konkret in die aktuellen Probleme zu intervenieren, auf der anderen Seite (Roberto Eibenschutz). Es gab darüberhinaus Beiträge aus fast allen Ländern Lateinamerikas, Kuba und Nicaragua ebenso eingeschlossen wie Chile.

Der Kongress gipfelte in der **Charta von Tlaxcala** deren Inhalt im folgenden (stark gerafft) wiedergegeben wird.

Im ersten Teil werden einige **Erklärungen** abgegeben, die auf die Ursachen der gravierenden Probleme verweisen: falsche interne Entwicklungsmodelle, externe Abhängigkeiten und koloniale Geschichte. Es wird festgestellt, daß die Stadtplanung bislang nur punktuell wirksame Beiträge leisten konnte.

Die **Städtischen Rechte** betonen die Autonomie der betreffenden Länder, die Regional- und Stadtentwicklung nach eigenen Prioritäten zu gestalten, sowie die Bedeutung der Mitwirkung der Bevölkerung bei diesen Entscheidungen. Die Früchte der wirtschaftlichen Entwicklung müssen gerechter verteilt und der Zugang für alle zu den elementaren städtischen Diensten und Einrichtungen gesichert werden.

Diese Rechte sind aber auch mit „solidarischen und alltäglichen Pflichten“ verbunden, die die Bevölkerung hat, um eine bessere Planung zu verwirklichen. Die Lösungen sollten „den objektiven Notwendigkeiten, den Wünschen und Ressourcen ihrer Bewohner und vor allem ihrer Kultur“ entsprechen.

Die **Empfehlungen** fordern eine zusammenhängende und übergreifende Planung auf regionaler Ebene, denn „die de-saggregierte regionale Fachplanung und die ausschließlich physische Stadtplanung sind Irrwege, die nie zum Erfolg geführt haben.“

Man muß von internen Entwicklungsprozessen ausgehen, Disparitäten abbauen, Grenzzonen fördern, eine Neubewertung kleiner Projekte vornehmen und ökologische Aspekte berücksichtigen um nationale Verstädterungsprozesse zu verändern und verstärkt auf die mittleren und kleinen Städte zu lenken.

Die räumliche Planung der Städte muß „die offensichtliche Diskrepanz zwischen dem prestigeorientierten Lebensstil in den privilegierten Vierteln und den beklagenswerten Lebensbedingungen in den armen Gebieten“ abbauen. Es müssen unverfälschte Demokratisierungs- und Beteiligungsprozesse der Bürger geschaffen werden.

Für das städtische Wachstum müssen geeignete Flächen gesichert und gleichzeitig die Landwirtschaft geschützt werden. Eine anpassungsfähige städtische Struktur mit hohen Umwelt- und städtebaulichen Qualitäten, mit gemischten Funktionen und geringem Transportbedarf muß entwickelt werden, wobei „die negativen Extreme der Suburbanisierung ebenso vermieden werden müssen, wie das Auf-türmen von Gebäudemassen.“

Der Bodenmarkt und seine Akteure dürfen nicht mehr der einzige Regulierungsfaktor der Stadtentwicklung sein, es muß mit aller Kraft auf eine „städtische Reform“ (reforma urbana) hingearbeitet werden, die den sozialen Charakter der elementaren städtischen Versorgung wiederherstellt. Dem Konsum und der Verschwendung der privilegierten Gruppen müssen zugunsten der Grundbedürfnisse der gro-

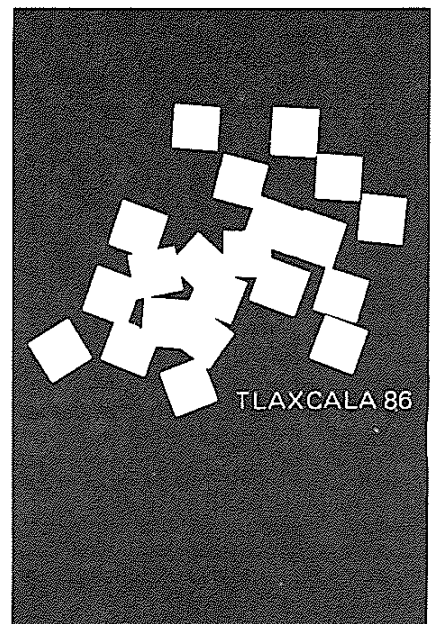
ßen Masse der Bevölkerung Grenzen gesetzt werden. Die Spekulation muß „als das bestraft werden, was sie in Wirklichkeit ist: ein Verbrechen und eine Form der Ausbeutung.“

Die Zerstörung der Umwelt muß aufgehalten und ihre Ursachen bekämpft werden; gleichzeitig besteht die große Verantwortung, das historische und kulturelle Erbe zu erhalten, um die Identität der Städte und Siedlungen zu stärken. Es ist auch wichtig, eine „Stadt- und Umweltkultur“ bei den Bewohnern zu entwickeln.

Um die Pläne umzusetzen, muß es eine echte politische Unterstützung geben. Die Planung muß als „politisch-technischer Prozeß“ etabliert werden, bei dem alle wichtigen Entscheidungen durch die Gemeinschaft kontrolliert werden. Die Koordination der öffentlichen Entwicklungsträger muß gestärkt, Formen selbsttragender lokaler Entwicklung müssen gefunden und sozial angepaßte Technologien eingesetzt werden. „Die Technologie ist eine politische Variable“.

Die „Charta von Tlaxcala“ schließt mit einem Aufruf an Bewohner, Regierungen, Fachleute und Wissenschaftler sowie die internationale Gemeinschaft ab, in dem die wichtigsten Forderungen wiederholt werden. „Lösungen können nur durch eine fortgesetzte Praxis, die auf gesellschaftlich richtigen Theorien beruht, entwickelt werden“. Von den reichen Ländern wird gefordert, daß sie „wirksam dazu beitragen, eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung sowie einen andauernden Frieden zu schaffen, ohne die es unmöglich ist, eine echte gesellschaftliche Entwicklung zu erreichen.“

Eckhart Ribbeck



Eine Kopie der „Charta von Tlaxcala“ kann gegen Voreinsendung von DM 2,50 in Briefmarken bei der TRIALOG-Geschäftsstelle Mitte angefordert werden.

Internationales Jahr der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot 1987:

Termine

27. - 30. November 1986

International Symposium „Strategies for Slum and Squatter Upgrading in the Developing World“ in Berlin, Hochschule der Künste, Hardenbergstr. 33
Veranstalter: TRIALOG

2. Dezember 1986, 10.30 - 17.00

Eröffnungsveranstaltung des BM Bau zum IYSH 1987, Bonn-Bad Godesberg, Stadthalle. Die Wanderausstellung „Wohnen ist ein Menschenrecht“ wird erstmalig vorgestellt.

9. - 11. Dezember 1986

International Conference MTEC 86 „Materials, Construction Techniques and Construction Economy in Developing Countries“ in Paris
Information: Colloque MTEC 86, Centre Scientifique et Technique du Bâtiment (CSTB), 4 Avenue du Recteur Poincaré, 75782 Paris Cedex 16, France

12. - 14. Dezember 1986

Wissenschaftsbörse Entwicklungspolitik '86 „Wissenschaft, Technologie und Entwicklung“ in Bonn
Information: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), Zentralstelle für Erziehung, Wissenschaft und Dokumentation, Büro Wissenschaftsbörse, Hans-Böckler-Str. 5, D-5300 Bonn 3

14. - 20. Dezember 1986

World Congress on „New Trends in Housing Projects: Emphasizing Developing Countries“ in Miami, Florida, USA
Veranstalter: Florida International University und International Association for Housing Science (IAHS)
Information: Betty B. Sharpe, Conference Coordinator, Florida International University, Bay Vista Campus, AC 1, Room 100, Miami FL 33181, USA

12. - 16. Januar 1987

Seminar-Workshop „Mejoramiento urbano“ in Quito
Teilnehmer: Vertreter lateinamerikanischer Wohnungsbauprogramme und internationaler Entwicklungshilfeorganisationen
Veranstalter: Junta Nacional de la Vivienda (JNV), Banco Ecuatoriano de la Vivienda (BEV) und Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)
Information: GTZ - FB 312, Postfach 5180, D-6236 Eschborn

20. - 26. Januar 1987

Symposium „Building Materials for Low-Income Housing in Asia and the Pacific“, Bangkok, United Nations Building, Rajadamnern Avenue
Information: ESCAP / UNCHS Joint Unit on Human Settlements, Division of Industry, Human Settlements and Technology, United Nations Building, Rajadamnern Avenue, Bangkok 10200, Thailand

ESCAP will auch im 1. Vierteljahr 1987 ein regionales Kolloquium über „Shelter strategies“ organisieren. Ort und Termin waren bis Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Januar / Februar 1987

3rd CHS World Congress on Human Settlements in Developing Countries „Exploding Metropolis and Shelter for the Homeless: Need for Appropriate Approach and Alternative Strategies“ in Calcutta / Bombay, Indien
Veranstalter: Centre for Human Settlements (CHS), India
Information: CHS India, 25 - 27 Netaji Subhas Road, Calcutta - 700001, India

Februar 1987

„Conferencia Internacional sobre la Vivienda y el Urbanismo“ in La Habana, Cuba
Themen: „La construcción de vivienda para la trama urbana existente“, „Diseño urbano de las zonas de nuevo desarrollo“, „Complementación de la vivienda“
Information: Conferencia Internacional sobre Vivienda y Urbanismo, Palacio de las Convenciones, Apartado 16046, Zona 16, La Habana, Cuba

2. - 8. Februar 1987

„Le rôle des ONG dans l'habitat en Afrique noire francophone“ in Dakar, Senegal
Information: ENDA, BP 3370, Dakar, Senegal

16. - 27. März 1987

Seminar „Planung und Finanzierung von Wohnungsbauprogrammen für untere Einkommensschichten“ in Santiago de Chile
Information: Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE), Z 3 - Fachgruppe 34, Reiherwerder, D-1000 Berlin 27
(siehe auch DSE-Beitrag in diesem Heft)

April 1987

„First International Symposium on Housing Technology, Production and Transfer: From research into practice“ in Sao Paulo, Brasilien
Veranstalter: Conseil International du Bâtiment (CIB)
Information: Instituto de Pesquisas Tecnológicas do Estado de Sao Paulo S.A. (IPT), Caio Fabio Attadia da Motta, Housing Program, Cidade Universitária Armando de Salles Oliveira, CEP 01000 Caixa Postal 7141, Sao Paulo SP, Brazil

5. - 6. Mai 1987

„Conception parasismique des constructions“ in Casablanca, Marokko

Information: Laboratoire Public d'Essais et d'Etudes (LPEE), 25 rue d'Azilal, Casa-blanca, Maroc

1. - 13. Juni 1987

„Habitat Forum Berlin '87“ in Berlin, Reichstags-Gebäude. Die „European Summer School“ wird eröffnet
Information: Habitat Forum, Trabener Str. 22, D-1000 Berlin 33
(siehe auch Beitrag des Habitat Forum in diesem Heft)

10. - 11. Juni 1987

International Conference „Appropriate Technologies for Housing Construction in the Developing World“ in Berlin (Habitat Forum)
Veranstalter: TRIALOG
Information: Kosta Mathéy / Rita Sampat, Hofangerstr. 21, D-8000 München 83
(siehe ausführliche Ankündigung in diesem Heft)

15. - 19. Juni 1987

Seminar „Building Regulations and Technologies in countries at different stages of economic development“ in Paris
Information: Environment and Human Settlements Division, Economic Commission for Europe (ECE) Palais des Nations, 1211 Genf 10, Schweiz

15. Juni - 10. Juli 1987

European Summer School: An verschiedenen Orten finden jeweils 10-tägige Kurse statt
- „Communication and Urban Strategies“, Paris, GRET (franz. / span.)
- „Self built“, National Centre for Alternative Technologies, Wales, GB
- „Disaster Mitigation“, Disaster Settlement Unit, Oxford Polytechnic
- „Site and Services and Settlement Upgrading“ (Koordination: Reinhard Goethert, Nabeel Hamdi, MIT)
- „Participation“, Habitat et Participation, Universität Louvain la Neuve

15. Juni - 10. Juli 1987

- „Support Policies“, Development Planning Unit, London
- „Land and Finance Issues“, Center for Development and Environmental Planning, Oxford Polytechnic
- „Use of Earth and Alternatives to Portland Cement“, Post Graduate Center, Universität Leuven
- „Shelter - Man / Woman - Nature: Concepts and Techniques of Ecological Building“, 26. Juni - 6. Juli 1987 (Koordination: Kosta Mathéy, TRIALOG)
Information: European Summer School, c/o John Turner, AHAS, P.O. Box 397, London E8 1BA, England

12. - 18. Juli 1987

UIA-Kongreß „Shelter and Cities“ in Brighton, GB.
Offizielles Ende der „European Summer School“
Information: Union Internationale des Architects (UIA), 51 rue Raynouard, 75016 Paris, France

Sommer / Herbst 1987

Fachtagung „Obdachlosigkeit in der BRD“

Information: AG SPAK,
Regionalbüro Obdachlosenarbeit,
c/o Wolfgang Wittich, Untere Bachgasse 9,
D-8400 Regensburg

1. - 4. September 1987

International Conference on „Urban Shelter in Developing Countries“ in London
Veranstalter:
International Centre for Technical Research (ICTR), London
Information: ICTR Secretariat,
11-12 Pall Mall, London SW1Y 5LU, U.K.

13. - 16. September 1987

„Canadian Conference to observe the IYSH“ in Ottawa, Congress Cent
Veranstalter: Canadian Association of Housing and Renewal Officials (CAHRO) und International Council on Social Welfare Canada (ICSW)
Information: IYSH Conference 1987, Box 1987, Station C, Ottawa, Ontario, K1Y 4G1, Canada

September 1987

Symposium on „Affordable Housing“, „Shelter for the Homeless“, „Self-help and Participation“ in West Germany
Veranstalter: International Sociological Association (ISA)
Information: Prof. Dr. Jürgen Fridricks, Universität Hamburg, Institut für Soziologie, Allende-Platz 1, D-2000 Hamburg 13

September 1987

Seminar „Housing and Urban Management through Cooperatives“ in Ankara
Veranstalter: Kent-Koop (Batikent Housing Cooperatives' Union), Ankara und International Co-operative Alliance (ICA), London
Information: Kent-Koop, Batikent Konut Üretim Yapi Kooperatifleri Birliđi, Atatürk Bulvarı 57, Ankara, Türkei

September 1987

Seminar „Housing of the greatest number“ und „The Homeless and Urban Management“ in Kinshasa, Zaire
Information: Centre Experimental de Recherches et d'Etudes du Bâtiment et des Travaux Publics, 12 Rue Brancion, 75737 Paris Cedex 15, France

13. - 17. Oktober 1987

„13. IAHS Weltkongress über Wohnungsbau“ in Berlin
Veranstalter: International Association for Housing Science (IAHS)
Information: 13 th IAHS Congress, Schauburgallee 12, D-1000 Berlin 19

Die Gemeinnützige Wohnungswirtschaft plant eine Reihe von Veranstaltungen auf regionaler und lokaler Ebene zum Thema „Wohnungsnot - Internationales Jahr 1987“. Genaue Termine standen vor Drucklegung noch nicht fest.
Information: DESWOS, Bismarckstr. 7, D-5000 Köln 1

BÜCHER

Wohnungsnot - Wohnungsversorgung

United Nations **Compendium of Human Settlements Statistics / Ecueil des Etablissement Humains - 1983.** 4 Auflage, 541 Seiten, New York 1985. Erhältlich von Sales Unit, United Nations Office at Geneva, Palais des Nations, CH-1211 Genf. US \$ 50.00.

Alle offiziell herausgegebenen Statistiken zur Wohnungssituation in den UN-Mitgliedsstaaten wurden für diesen Band nach einem einheitlichen Schema ausgewertet und gegenübergestellt. Auf diese Weise entstand ein Standardwerk, das in allen Forschungseinrichtungen mit dem Arbeitsschwerpunkt „Wohnungsversorgung“ verfügbar sein sollte, und zur Beschaffung von Vergleichsdaten zu eigenen Untersuchungen - in Grenzen - nützlich sein dürfte. Die Tabellen sind nach den Themenbereichen „Population, Land use, Housing, Infrastructure and Services“ gegliedert und zum besseren Verständnis mit einem kurzen Kommentar versehen. Allerdings sind einige gerade für Stadt- und Entwicklungsplaner interessante Daten nur sehr lückenhaft enthalten: Z.B. scheint es Squatter nach dieser Dokumentation nur in Brasilien, Uruguay und Bangladesch zu geben, wobei ihr maximaler Prozentsatz in keiner Stadt 21,8% (Bangladesch letzte Zählung 1973), bzw. 12,9% (Rio letzte Zählung 1980) überschreitet. Die Absicht einer internationalen Housing-Statistik ist sicher lobenswert, doch scheint die Datenbeschaffung auch für eine Organisation wie die Vereinten Nationen noch ein Problem zu sein.

Kosta Mathéy

Skinner, R.J. / Rodell, M.J. (Hrsg.) **People, Poverty and Shelter: Problems of Self-help Housing in the Third World**, Methuen, London, 1983

Dieses Buch macht den Versuch, Selbsthilfe-Wohnungspolitik und die damit verbundenen Fragen und Probleme zu bewerten. Die 6 Autoren stellen Beispiele aus Asien und Afrika vor und analysieren, inwieweit Selbsthilfeprogramme die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt haben oder nicht, und welche Probleme sich der erfolgreichen Durchführung entgegenstellen haben. Dabei wird auf die ökonomischen und institutionellen Probleme eingegangen. Die Fragen der Wohnungsnormen, der Kostendeckung und der Bewohnerpartizipation (oder Nichtpartizipation) werden detailliert behandelt. Auf die Ursachen der Probleme bei den verschiedenen Formen der Selbsthilfe-Wohnungsversorgung (sites and services, upgrading, Kernhäuser) und die strukturellen Grenzen wird jedoch kaum eingegangen. Diese Sammlung von Artikeln illustriert auch die Grenzen des Projektansatzes und betont, daß die städtische Bodenfrage

und die finanzielle Schwäche der städtischen Behörden als Hauptprobleme für die Selbsthilfeprogramme zu sehen sind, was auch immer sonst deren Formen und Komponenten sein mögen.

Hans Harms

McAnslan, Patrick: **Urban Land and Shelter for the Poor.** International Institute for Environment and Development. London and Washington D.C., 1985.

In dem Buch werden verschiedene Aspekte der städtischen Bodenfrage diskutiert, vor allem bezogen auf den Zugang der Armen zu Wohnungen oder deren Voraussetzungen, wie z.B. Bodeneigentum- und Pachtsysteme, Planungsinstrumente, Politik, Boden- und Wohnungsfinanzierung.

Hans Harms

Alan Gilbert and Peter M. Ward **Housing, The State and The Poor. Policy and Practice in Three Latin American Cities.** Cambridge University Press. Great Britain, 1985.

Das Buch ist das Ergebnis eines Forschungsprojekts, das arme Wohngebiete in Bogota (Kolumbien), Valencia (Venezuela) und Mexiko-Stadt vergleicht. Das Hauptthema ist die Verteilung von Ressourcen innerhalb der städtischen Gesellschaft und die Art, wie auf städtischem Niveau Verwaltung und politische Macht gehandhabt wird. Die Betonung liegt auf der Analyse von Entscheidungen staatlicher Politik, bezogen auf Wohnungsprobleme, Zugang zu Boden und Dienstleistungen für die städtischen Armen.

Hans Harms

Rexcoop, **The Dossiers of „Filiers de l'habitat“**, 23 Seiten, 25 Francs. Erhältlich: Plan Construction Habitat, 1, rue Francois 1er, F75008 Paris.

Anlässlich des Internationalen Jahres der Hilfe für Menschen in Wohnungsnot 1987 hat sich das interministerielle Forschungsprogramm REXCOOP Gedanken zur Überwindung des Wohnungsproblems in der Dritten Welt gemacht. Auf jeweils einer Doppelseite werden 10 Forschungsschwerpunkte in diesem Rahmen vorgestellt, wie über das Bauen mit Blocksteinen, das Zusammenspiel von formellem und informellem Bausektor, Tropenbau, Dachkonstruktionen, Zementherstellung, Trinkwasserversorgung, Zugang zu Land, lokale Baumaterialien, Zugang zu Baukrediten. Die Broschüre vermittelt nicht den Eindruck, daß die Herausgeber neue Ansätze zur Lösung eines alten Problems anbieten können, oder sich um eine grundlegende Erforschung der Ursachen desselben bemühen.

Kosta Mathéy

Guy Burgel et al. (Hrsg.), **Le logement, l'état et les pauvres dans les villes du tiers-monde**, 184 Seiten,

ISBN 2-222-03524-4, CNRS / CEGET, Talence, 1984, 50 Francs. Erhältlich vom Centre d'etudes de Geographie Tropicale, Esplanade des Antilles, Domaine Universitaire de Bordeaux, F33405 Talence.
10 Aufsätze zur Wohnungspolitik in Drittweltländern sind in diesem Sammelband

enthalten: Nach einer Einführung (G. Burgel) erläutert G. el Kadi in zwei Aufsätzen den schrittweisen Rückzug des ägyptischen Staates aus der nationalen Wohnungsproduktion seit 1952 und das Scheitern der algerischen Wohnungspolitik in dem Versuch, angemessenen Wohnraum für alle Schichten gleichermaßen zugänglich zu machen. G. Schneier analysiert die zunehmende Spaltung des Wohnungsmarktes in Ciudad Guayana nach Einkommensgruppen; A.M. Montenegro umreißt die Aktivitäten der brasilianischen sozialen Wohnungsbaugesellschaft BNH, O. Nunez und M. Schteingart präsentieren die Ergebnisse zweier Forschungen über Bodenspekulation von Bauunternehmen und halbstaatlichen Agenten in Mexiko; A. Durant-Lasserre weist nach, wie sich in Bangkok und Colombo das Großkapital immer mehr auch der Siedlungen der Armen bemächtigt; C. Rakodi überprüft Burges' Theoriekonstrukt zur Selbsthilfe am Beispiel des Upgradingprojektes in Lusaka; E. Le Roy untersucht die Überlagerung indigener Institutionen gesellschaftlicher Representation durch abendländische Staatskonzepte seit der Kolonialisierung.

Angesichts der Fülle englischsprachiger und meist auch sehr teurer Literatur über Wohnungspolitik in Entwicklungsländern erfreut die Entdeckung dieser auch den Kollegen in frankophonen Entwicklungsländern sowohl preislich wie sprachlich zumutbaren Veröffentlichung. Das Interesse der aufgenommenen Autoren gilt glaubwürdig den Bedürfnissen der Armen in den untersuchten Ländern, und die Aufsätze enthalten trotz ihrer Kürze viele neue und interessante Gesichtspunkte. Ein zusätzlicher Bonus sind die dreisprachig abgefaßten Zusammenfassungen zu den einzelnen Beiträgen, die das Fehlen einer vergleichenden Evaluation der einzelnen Beiträge kompensiert.

Kosta Mathéy

Ziss, Roland / Kotowski- Ziss, Joanna, **Baumaterialien und Selbsthilfe - Probleme des Wohnungsbaus in mexikanischen Mittelstädten**. 319 S., Breitenbach Verlag Saarbrücken, 1986, DM 40,- Die wichtigste These lautet, daß durch die Beteiligung der Bewohner an der Baumaterialbeschaffung und durch rationellere Baumaterialverwendung im Selbstbau eine bessere Wohnungsversorgung einkommensschwacher Schichten möglich ist. Das Buch faßt die Ergebnisse einer 1983-84 durchgeführten Forschungsarbeit zusammen.

Es werden Bauprozesse von 151 Haushalten in vier Spontansiedlungen der Mittelstädte Manzanillo und Irapuato untersucht und die informell gebauten Häuser nach 3 Bautypen klassifiziert: provisorischer, begrenzt dauerhafter und dauerhafter Bautyp. Die ökonomische und soziale Konsolidierung der Haushalte läuft häufig parallel mit der baulichen Konsolidierung, die sich im dauerhaften Bautyp manifestiert. Allerdings durchlaufen nur wenige Haushalte idealtypisch alle drei Stufen der baulichen Konsolidierung: Die sozialen Grup-

pen in Spontansiedlungen sind zu unterschiedlich.

Die Autoren ermitteln die Baukosten nach Baustufen und quantifizieren das Ausmaß der Selbsthilfe. Dabei stellt sich eine gegenläufige Beziehung zwischen Dauerhaftigkeit der Baumaterialien und Selbsthilfeeinsatz heraus: Je dauerhafter die Baumaterialien umso weniger schlägt die Selbsthilfe ins Gewicht. Wenn sich Bauherren dauerhafte Baumaterialien leisten können, sind sie nicht mehr bereit, das Risiko der Selbsthilfen, häufig Ursache von groben Baufehlern, und die körperliche Belastung auf sich zu nehmen. Damit werden zum ersten Mal quantitativ die Grenzen der Selbsthilfe nachgewiesen, auch unter Einbeziehung der Baumaterialbeschaffung. Unter den gebräuchlichsten Baumaterialien werden Backsteine, Betonsteine und Zement in ihrem Produktionsprozeß untersucht und auf ihrem Weg von der Produktionsstätte über den Händler zur Baustelle zurückverfolgt. Bezüglich der Frage, inwieweit Selbsthilfe bei der Baumaterialbeschaffung die Kosten reduziert, kommen die Autoren zu dem Schluß, daß es weithin unausgeschöpfte Potentiale der Mobilisierung von gemeinschaftlicher Selbsthilfe gibt. Dies ist gerade in Mittelstädten der Fall, wo noch größere Gestaltungsmöglichkeiten als in den überfüllten Metropolen vorhanden sind. Die Autoren entwickeln interessante Vorschläge für eine differenzierte Förderungspolitik, die den Einsatz von „Barfußarchitekten“, die in Fragen der Baumaterialwahl und der Baukonstruktion fachkundig beraten können, den Aufbau von Bauhöfen, Produktionsgenossenschaften und revolutionierenden Finanzierungsfonds mit einschließt.

F. Steinberg, K. Mathéy

Finep / GAP, **Habitacao Popular: Inventário da Ação governamental**, Finep / Projeto. Rio de Janeiro, 1985.

Das Buch ist die Zusammenfassung eines umfassenden Inventariums der Gesetzgebung und der Regierungsprogramme auf nationaler, Bundesländer- und Gemeindeebene zum Thema Wohnungsbau für Niedrigeinkommen in Brasilien für die Zeit von 1830 bis 1983. Die Intention der Arbeit bestand nicht in der Analyse, sondern das Hauptziel war, den Bestand zu sichten und zu ordnen, um den Zugang zu der beträchtlichen Anzahl der Gesetze und Verordnungen zu sichern und auf die Erfolge und das Erreichte in der Wohnungsversorgung hinzuweisen.

Hans Harms

Joan Mac Donald (editor), **Vivienda Social. Reflexiones y Experiencias**. Corporación de promoción Universitaria. Santiago, Chile, 1983.

Das Buch enthält 10 Papiere, die aus den Beiträgen zu 3 Konferenzen ausgewählt wurden, die 1978, 1979 und 1982 zum Thema „Niedrig-Einkommen-Wohnungsprobleme“ in Chile von der Corporación de promoción Universitaria organisiert worden waren. Die Artikel behandeln den gesellschaftlichen Zusammenhang, Woh-

nungspolitik und technische Aspekte aus der chilenischen Erfahrung während der letzten 30 Jahre. Besonders relevant sind die Papiere von E. Haramoto: „Soziale Wohnungspolitik: Chilenische Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte“ und J. Mac Donald: „25 Jahre Sozialer Wohnungsbau. Die Perspektive der Bewohner.“

Hans Harms

Hechos Urbanos. Boletín de Información y Análisis. Sur documentación. Santiago, Chile, 1984

diese Auswahl von Artikeln wurde im monatlichen Nachrichtenblatt von SUR (Centro de Investigación y Acción Cultural) vom Mai 1983 bis Juli 1984 veröffentlicht. Sie dokumentiert das tägliche Leben, Erfahrungen, Erklärungen und Aktionen der Squatter und anderer Leute, die während dieser Zeit in den armen Wohngebieten in Santiago lebten. Die Veröffentlichung enthält auch Statistiken über öffentlichen Wohnungsbau und andere städtische Programme sowie Daten über die Lebensverhältnisse in den „poblaciones“.

Hans Harms

Alfredo Rodriguez, **Por una Ciudad Democrática**, Ediciones SUR, Santiago, Chile, 1984.

Diese Sammlung von 6 Artikeln wurde zwischen 1981 und 1983 geschrieben. Sie analysieren und kommentieren die städtischen Erfahrungen dieser Jahre in Santiago. Der Autor untersucht das Verhältnis zwischen Politik und der Aneignung von städtischen Gebieten anhand von Konfliktfällen zwischen den autoritären chilenischen Staatsinstitutionen und städtischen sozialen Bewegungen. Er untersucht auch die menschlichen Dimensionen einer demokratischen Stadt der Zukunft im Gegensatz zu den technokratischen Bestimmungsfaktoren. Eine zentrale Stellung nimmt dabei das Wohnungsproblem von Arbeitern, Squattern und Leuten mit geringem Einkommen ein sowie die Art und Weise, wie die Regierung und die Siedler (pobladores) beide unterschiedlich das Problem sehen und angehen.

Hans Harms

Tybczynski, W., Bhatt, V., et al, **How the Other Half Builds**, Vol. 1, Spaces, (Research Paper No. 9, Centre for Minimum Cost Housing, McGill Univ., 3550 Univ. Street, Montreal, P.Q. Canada H3A 2B1), 1984.

Zwar vermittelt der Titel dieser ausgezeichneten Studie keine Klarheit, um was es eigentlich geht, doch die Arbeit selbst besticht durch ihre einfachen und schönen Darstellungen einer Bauaufnahme von Wohnumfeldsituationen in 4 informellen Wohngebieten in Indore, Indien. Im einzelnen wurden Hauserweiterungen, Arbeitsplätze, kleine Läden, Bäume im halb-öffentlichen Raum, öffentliche Einrichtungen, Vehikel und Zufahrtswege studiert und es wird eine Art „Pattern Language“ der informellen Siedlung entwickelt. Das empirische Material eignet sich vorzüglich zur Ableitung realitätsnaher Standards für Siedlungsplanung und v.a. wird hier einmal vertieft der Außen-

raum oder besser das „Außenhaus“, die so oft oder fast immer vernachlässigte Komponente des Siedlungswesens, untersucht. Zum sensiblen Umgang mit Siedlungsneuplanung oder auch -verbesserung von informellen Siedlungen bedürfte es mehr solcher feinfühligsten Studien, die mit konkretem Material Umfeldqualitäten von Wohngebieten belegen, wo Planer und Architekten normalerweise nicht Hand angelegt haben. Vielmehr können diese Siedlungen - und das belegt diese Studie - sogar Lehrstoff für den Planer werden!

F. Steinberg

Sid Boubekeur, **L'habitat en Algerie**. Strategies d'acteurs et logiques industrielles. 256 Seiten, Presses Universitaires de Lyon, 1986, 110 Francs.

Das Buch von Sid Boubekeur zielt darauf hin, die Unzulänglichkeiten der bisher ausgeführten Analysen der Wohnungsbaukrise in Algerien zu beseitigen, denen der Autor berechtigterweise vorhält, zu global zu bleiben und die Ursachen des ungenügenden Angebotes nicht zu erkennen, besonders die Ursachen technologischer Art. Der Autor liefert eine kritische und vollständige Darstellung der verschiedenen vorhandenen Betrachtungsweisen der Krise. Diese Untersuchung hebt die Reichweite und die Grenzen dieser verschiedenen Diagnosen hervor. Sid Boubekeur argumentiert detailliert, sich auf die Analysen von Konstruktionsvorgängen, organisatorischem Aufbau und Handlungsstrategien stützend. Aus diesen Analysen leitet der Autor eine Anzahl aufeinander abgestimmter Vorschläge hinsichtlich der Erstellung von Wohnungen und einer wirksameren Zusammenarbeit unter den Beteiligten ab. Die vorgestellte Diagnose basiert auf einer sehr präzisen Studie der Baumaschinen, der vorhandenen Sachkenntnisse und der Materialien und trägt dazu bei, die Begriffe „Filiere et complexite technologique“ zu erklären.

Der letzte Abschnitt enthält Vorschläge hinsichtlich der technologischen Auswahl und Handhabung auf dem Gebiet des Wohnungsbaus. In der Tat gehen die Vorschläge über den Einzelfall der Bauindustrie hinaus, sie könnten auf andere Industrien übertragen und, über den sozialökonomischen Bereich Algeriens hinaus, in anderen Entwicklungsländern, die den gleichen Problemen gegenüberstehen, angewandt werden. Die Arbeit liefert Grundlagen für eine möglich zusammenhängende Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern.

E. Csorba

Stephen Boyden: **An integrative ecological approach to the study of human settlements**. MAB technical notes 12. Prepared in Co-operation with UNEP. 88 Seiten, UNESCO Paris 1979

Diese Studie, im Zusammenhang mit dem Hong Kong Human Ecology Programme entstanden, macht deutlich, daß Wohnen nicht nur mit Häusern zu tun hat. Eine nicht-fragmentierte, gesamtheitliche Be-

trachtungsweise muß gleichzeitig: physikalische, biologische, soziale, kulturelle, technische wie auch ökonomische Faktoren berücksichtigen. Wie so ein Ansatz konkret aussehen kann, wird an Hand von Schaubildern und Checklisten praxisfreundlich dargestellt.

Kosta Mathéy

Payne, G.K. (Hrsg.), **Low-income Housing in the Development World: The Role of Sites and Services and Settlement Upgrading**, Wiley, London 1984

In dem Buch geben 18 Experten eine umfassende Übersicht und Auswertung der Erfahrungen mit „Sites and Service“ und „Upgrading“ oder Siedlungsverbesserungsprojekten. Das Buch besteht aus 2 Teilen: im ersten werden 8 wichtige Fallstudien aus Lateinamerika, Afrika und Asien vorgestellt. Im zweiten Teil wird eine Auswertung zu einer Reihe von Themen angestrebt. Dabei wird auf die Rolle der verschiedenen Akteure bei der Wohnungsversorgung und der Selbsthilfe eingegangen, auch auf Bewohnerbeteiligung und die Rolle internationaler Institutionen und auf weitere praktische Fragen, wie z.B. Finanzierung, Zugang zu Boden und Bodenmärkten, technische Aspekte und Qualitätsnormen beim Hausbau und der Infrastrukturausstattung sowie auf politische und verwaltungsstrukturelle Rahmenbedingungen.

In dem Buch wird nicht der Versuch gemacht, auf die theoretische Diskussion zur Selbsthilfe und der „unkonventionellen“ Lösungen zur Wohnungsproblematik einzugehen. Es stellt jedoch im ganzen klar, daß die Ansätze der „unkonventionellen“ Lösungen (d.h. Infrastrukturversorgung zu betreiben) denen der „konventionellen“ Lösungen (d.h. fertige Wohngebäude zu erstellen) überlegen sind. Es wird auch deutlich, daß selbst diese „unkonventionellen“ Lösungen nicht Schritt halten konnten mit der weiterhin steigenden Wohnungsnachfrage und daß eine Notwendigkeit besteht von einzelnen „Sites and Service“- oder „Upgrading“-Projekten zu einer umfassenderen städtischen Politik zu kommen, die vor allem stärker in Boden und Wohnungsmärkte eingreift.

Hans Harms

Jan Turkstra und Mark Wolfe, **Housing in Madras: Public and Private Land Developments**, Urban Research Working Papers 11, 64 Seiten, herausgegeben von: Institute of Cultural Anthropology, Free University, P.O. Box 7161, NL-1007 MC AMSTERDAM, Dfl 7,-, 1986.

Die beiden Autoren dieser überarbeiteten Diplomarbeit haben sich zum Ziel gesetzt, positive und negative Aspekte von Sites- und Services Projekten einerseits, und informeller privater Parzellierungen für untere Einkommensgruppen andererseits vergleichend gegenüberzustellen. Grundlage sind eigene Feldstudien in zwei Siedlungen in Madras, Villivakkam und Neskappam. Die Untersuchung hat eine Reihe relevanter Daten aus den Feldstudien festgehalten, die sich hier als Referenz im

Dienste anderer künftiger Studien sicher gut verwenden lassen. Doch abgesehen von der Problematik, anhand von jeweils nur einer Nachbarschaft der beiden Siedlungstypen allgemeingültige Aussagen machen zu wollen, haben es die Autoren leider vermieden, die gegenübergestellten Daten auch zu interpretieren, wodurch die Erkenntnis der Untersuchung unklar bleibt.

Kosta Mathéy

Keare, D.H., Jimenez, E., **Progressive Development and Affordability in the Design of Urban Shelter Projects**, World Bank Staff Working Paper No. 560, Washington 1983.

Im Kontext der vor einigen Jahren von der Weltbank durchgeführten Evaluierung ihrer eigenen Projekte entstand auch diese Broschüre, welche das Konzept zur Bestimmung der „affordability“ (der individuellen Bezahlbarkeit) von Wohnungsprojekten behandelt. Zur Durchführung von „affordability“ Kalkulationen bei „Sites and Services“- wie auch bei „Squatter-Upgrading“-Projekten ist entscheidend, welche „Einkommen“ zugrunde gelegt werden: Das gesamt monetäre und nicht-monetäre Einkommen scheint die relevante Bezugsgröße für die Ermittlung der familiären Zahlungsbereitschaft zu sein, und Hauseigentümer zeigen höhere Zahlungsbereitschaft als Mieter...

F. Steinberg

Stephen Malpezzi & Stephen Mayo, **Housing demand in Developing Countries**. World Bank Staff Working Papers No. 733, 109 Seiten, 1985, DM 24,-.

Gregory Ingram, **Housing demand in the Developing Metropolis**. Estimates from Bogota and Cali. World Bank Staff Working Paper No. 663, 51 Seiten, 1984, DM 15,-.

Beide Publikationen sind in der BRD erhältlich von der Uno-Verlags GmbH, Simrockstr. 23, 53 Bonn 1.

Die zwei hier publizierten Ergebnisse von Weltbankstudien beschäftigen sich nicht, wie der unvoreingenommene Leser vermuten könnte, mit dem Wohnungsdefizit in Entwicklungsländern, sondern ausschließlich mit der effektiven Nachfrage nach Wohnraum auf dem Markt. Das Ziel ist, mit Hilfe einfacher Befragungs-, Schätz- und Berechnungsmethoden herauszufinden, wie hoch die Zahlungsbereitschaft unterversorgter Bevölkerungsschichten für verschiedene Wohnungs- bzw. Projektangebote ist, wobei bestimmte gesetzgeberische Variablen (Mietpreiskontrolle, Steuerbegünstigung, Kündigungsschutz, Landtitel, andere Investitionsangebote, Registrierungsgebühren) mitberücksichtigt werden. Auf die unterschiedliche Interessenslage von Mietern und Eigentümern wird besonders hingewiesen, was ein wichtiger neuer Aspekt gegenüber früheren Marktuntersuchungen sein dürfte.

Die von den Verfassern beobachteten Trends haben für mittlere und gehobene Einkommensgruppen sicher eine gewisse Plausibilität, doch bleibt zu bezweifeln, daß der angewandte Verhaltensfor-

schungs-Ansatz auch als Grundlage einer Wohnungspolitik für unterste Einkommensgruppen in der Dritten Welt sein kann, oder sollte. Zwar werden die aus den Untersuchungen resultierenden Policy-Empfehlungen erst für eine spätere Publikation angekündigt, doch zeichnet sich zwischen den Zeilen bereits die Tendenz ab, verstärkt die Förderung von Hauseigentum zu empfehlen, und den Wohnungsmarkt zu liberalisieren. Mietverhältnisse werden primär unter dem Aspekt betrachtet, daß sie den Hauseigentümern zusätzliche Einnahmequellen erschließen, was sich als Stimulanz für verstärkte Bauaktivität auswirken soll. Für die Bewertung künftiger Weltbank-Strategien wird insbesondere die Arbeit von Malpezzi und Mayo ein aufschlußreiches Dokument bleiben; die Broschüre von Ingram bezieht sich ausschließlich auf Untersuchungen aus den Jahren 1972 und 78 und ist durch die andere Publikation überholt.

Kosta Mathéy

Cohen, Michael A. Learning by doing: World Bank Lending for Urban Development, 1972-82, 55 Seiten, The World Bank, Washington 1983, 1984.

Seit 1972 vergibt die Weltbank Kredite für städtische Projekte in Entwicklungsländern. Dabei wird unterschieden zwischen Wohnungsversorgungs-, Transport-, integrierten, Regionalentwicklungs- und Arbeitsplatz-Förderungsprojekten. Eine Evaluierung der Policy in den ersten 10 Jahren dieses Programms ist die Absicht dieser Publikation. Die Weltbank hat sich noch nie geziert, die Dinge beim Namen zu nennen und das macht die Lektüre ihrer Veröffentlichungen trotz der vielen Tabellen so spannend. So wird die Philosophie hinter den Wohnungsprojekten (Site-and-Services und Upgrading) folgendermaßen erklärt: Ländliche Entwicklung verdient als Entwicklungsstrategie Priorität, deshalb können städtische Projekte nicht bezuschußt werden. Dies ist umso mehr zwingend als das Ausmaß des Problems so immens ist, daß weder die Weltbank noch die verantwortlichen Regierungen die notwendigen Mittel zu ihrer Lösung aufbringen können. Also müssen sich alle diese Projekte finanziell tragen, was durch Mobilisierung privater Ersparnisse (die sonst in unproduktive Geldanlagen wie Schmuck fließen, Seite 20), Selbstbau und Standardreduzierung erreicht werden kann.

Es wird zugegeben, daß bei den bisherigen Projekten unter den genannten Prämissen auch negative Erfahrungen hingenommen werden mußten, z.B. weil sich einige Regierungen mit weiteren Standardreduzierungen nicht einverstanden zeigten oder glaubten, daß die Armen (genauso wie die Reichen) gewisse städtische Dienstleistungen gratis erhalten sollten, wegen der „inefficiency“ des öffentlichen Sektors (d.h. er kostet mehr als er einbringt), oder wegen der Existenz bestimmter nichtzählender Minoritäten in den Projekten, die das Finanzierungsmodell des gesamten Programms infrage stellen. Aber aus Fehlern lernt man, daher der

Titel: „Learning by Doing“. Zum Thema städtischer Entwicklungsprojekte und -Politiken dürfte es wenige andere Quellen geben, die auf nur 50 Seiten so viel Information enthalten wie diese Veröffentlichung.

Kosta Mathéy

Low Income Urban Housing, Themenschwerpunkt in **MIMAR 17**, Singapore 1985, 88 S., 10 US\$ surface mail, 15 US\$ airmail (Bezug: MIMAR, Grange Rd., 05-11/12, Orchard Bldg., Singapore 0923). Neben der einführenden Dokumentation der Ergebnisse des 3. von Mimar ausgeschrieben Entwurfswettbewerbes für eine Moschee - viel „Graphik“ und leider wenige realistische Entwürfe - ist das Heft der Darstellung verschiedener, z.T. sehr bekannter Wohnungsprojekte gewidmet. Diesen städtischen Niedrigkostenwohnungsbauprojekten ist gemeinsam, daß sie als Muster für Selbstbau bzw. selbstorganisierte Bauprozesse stehen sollen - ein Anspruch, der aber angesichts der umfangreichen Architektenarbeit und der relativ hohen Standards nicht für alle Projekte aufrecht erhalten werden kann. Das Kriterium der kulturellen Angepaßtheit zeichnet die Produktion eines modernen volkstümlichen Hofhaustypes in den Bidonvilles von Rabat und Tunis ebenso aus wie die Neubauprojekte von New Bombay (Charles Correa-Entwürfe), von Bangkok (das Building Together Projekt), von Hafsia in Tunis (feinfühlig Baulückenschließung in der Medina) und in der Shushat New Town im Iran. Mit Resignation wird dagegen festgestellt, daß ähnliches in Kairo fehlt, vielmehr kulturelle Identitätslosigkeit das Bild markiert. Das in Hochglanzaufmachung produzierte Heft schließt mit einer Bauaufnahme autochthoner Architekturen in Pakistan und einem Beitrag zur Rolle von Kalk als Billigbaustoff.

F. Steinberg

Habitat Worker: Training for Community Based Human Settlement Improvement Proceedings of a Steering Group of the UNCHS and the UBC Centre for Human Settlements, Vancouver, 1985, 80 pp. (9 Can \$, Bezug: Centre for Human Settlements, Univ. of British Columbia, 2206 East Mall, Vancouver, BC V6T 1W5, Canada). Dieses „occasional paper“ zum Thema der Ausbildung des „Habitat Worker“s bietet 4 Beiträge: S.S. Yahya von der Univ. Nairobi, U. Bijlani, früher Direktor der Housing and Urban Development Corp. of India, P. Trivelli, Pontificia Univ. Católica de Chile, J.F.C. Turner, London. Die Herausgeber dieser Broschüre wiederholen den heute populären Gemeinplatz, daß Wohnverbesserungen mit Bestand nur durch Beteiligung der betroffenen Bevölkerung zu erreichen sind und daß Training und Ausbildung von Habitat Workers sich darauf beziehen muß. Die Beiträge haben in Anbetracht des Hintergrundes der hohen akademischen Positionen der Referenten einen rein konzeptionellen und teilweise nur philosophischen Charakter, da sämtliche Definitionen von Eigenschaften, Aufgaben und Qualitäten des Habitat Workers in einer abgehobenen Diskus-

sion behandelt werden. Als besonders wichtig erscheinen die folgenden Qualitäten des Habitat Workers: Im Team mit Bewohnergruppen wie auch Planern arbeiten zu können, als „enabler“ und „facilitator“ der Organisation von Nachbarschaftshilfe zu agieren, umfassende lokale Erfahrungen zu haben, technische mit sozialen und politischen Aufgaben zu verknüpfen. Kurzum, der Tausendsassa „Barfußarchitekt“ erhält noch mehr Aufgaben als die konventionelle Planerprofession je hatte oder fähig und zu übernehmen willig war. Die konkreten Schlußfolgerungen aus diesen konzeptionellen Höhenflügen fallen denn leider - oder erwartungsgemäß? - auch völlig banal aus: Es erscheint sinnvoll, die klassischen Trainings-Institute weiter zu nutzen, es sollen schnell Projekte für das Internationale Jahr der Menschen in Wohnungsnot 1987 her, Informations-Zentren sollen aufgebaut werden etc. etc

Nur: Wo bleibt das Vor-Ort-Training des Habitat Workers, dieses neuen Wunderwesens des Siedlungswesens?

F. Steinberg

NETWORK READERS. 1. 1st world support projects - 2. 3rd world support projects - 3. 1st world tissue projects - 4. 3rd world tissue projects - 5. Incremental housing - 6. Urban renewal - 7. Support studies - 8. Methods 9. Typology and theory - 10. Computer application - 11. Evaluation of concepts and projects - 12. Professional debate

Pro Heft ca. 40-50 Seiten, Preis f. 12,50. Bezug: Network, P.O. Box 429, NL 5600 Eindhoven, Niederlande

In den 60er und 70er Jahren wurde durch die Pioniertätigkeit John Habrakens die Entwurfsmethode der SAR (Stichting Architecten Research) als eine der wenigen rationalen, synthetischen Entwurfsmethoden für den Einsatz im Wohnungsbau („support projects“) und später in der Konzipierung von Nachbarschaften („urban tissue projects“) entwickelt. Einerseits versteht sich diese Methode als Ansatz zur Rationalisierung und als Hilfsmittel für Vorfertigung bzw. den Einsatz entsprechender Baukomponenten, andererseits soll durch die Methode der technisch möglichst neutral und anpassungsfähigen Trag- oder Primärstruktur („support“) der Ausbau („infill“) möglichst viele technische und gestalterische Freiheiten und auch zahlreiche Möglichkeiten zur Nutzerbeteiligung bieten. In den Niederlanden hat die SAR-Methode in Theorie und Praxis relativ viele Anhänger gefunden und es gibt einige Projekte, bei denen eine mehr oder weniger strenge Anwendung der SAR-Methode praktiziert wurde. Seit Mitte der 70er Jahre hat SAR auch zahlreiche Studien und Projektvorschläge für Wohnungsbau und Siedlungsplanung angeregt bzw. inspiriert. Parallel zu den für Sites and Services Projekte und beim Squatter Upgrading populär werdenden technischen Konzeptionen vom „wachsenden“ Haus („core house“) wurden von SAR Instrumentarien zur Bestimmung von technischen Alternativen eingesetzt. Seit

Jahren werden diese Art von Projekten / Projektvorschlägen auch in der von SAR geförderten Zeitschrift „Open House (International)“ dokumentiert bzw. diskutiert. NETWORK (International Foundation for Local Housing and Design Research) stellt mit seiner Reihe von Readers nun Materialien zusammen, welche zum größten Teil schon auch in Open House erschienen sind und fast alle die SAR-Methode als theoretische Grundlage gemeinsam haben.

Für TRIALOG-Leser mögen die Hefte 2 und 4 mit Beispielen aus Ägypten, Bagdad, Riyad, Kolumbien, Indien, Obervolta von besonderem Interesse sein. Die Beiträge beziehen sich teilweise auf konkrete Projekte oder sind Projektvorschläge. (Allerdings muß die Einschränkung hinzugefügt werden, daß es in Relation zum publizistischen Aufwand bisher ausgesprochen wenige Beispiele von nach der SAR-Methode realisierten Projekten gibt!). Neben den Beispielen in Heft 11 sind v.a. die methodischen Erörterungen (Hefte 9 und 10) interessant und relevant zum Verständnis der SAR-Projekte. Besondere Aufmerksamkeit verdient die für Nutzerbeteiligung eingesetzte, computerisierte Projektbetreuung, wie in Heft 10 vorgestellt. Für eine Einführung in die „Welt des SAR-Konzeptes“ und seine vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten ist die NETWORK-Reihe sehr zu empfehlen.

F. Steinberg

Stadtplanung

Eckhart Ribbeck, **Planung und Planungsförderung in brasilianischen Mittelstädten**, 257 Seiten, Heidelberg 1985. Erhältlich beim Autor über: Uni Karlsruhe, Fak. f. Architektur / Städtebau + Entwerfen, Postfach 6380, D-7500 Karlsruhe.

Der Autor, der über mehrjährige Planungserfahrung im Lande verfügt, setzt sich in seiner hier vorgelegten Dissertation gleichzeitig kritisch und konstruktiv mit den Problemen mittelgroßer Städte in Brasilien und ihren planerisch-administrativen Praktiken auseinander. Dabei stellt er überraschenderweise kein quantitatives Planungsdefizit für diese Zentren fest, das Problem liegt eher darin, daß die Planung auf nationaler Ebene und den Interessen der Zentralregierung gehorchend durchgeführt wird. Die Voraussetzungen für eine engagierte und nutzerorientierte Umsetzung dieser Planung auf lokaler Ebene sind somit von vorneherein denkbar ungünstig angelegt.

Als eine alternative Praxis untersucht der Autor die Möglichkeiten einer „angepaßten Planung“ - die ihrerseits konservativ oder innovativ ausgelegt sein kann. Die Ergebnisse der Arbeit sind überzeugend und möglicherweise auf bestimmte andere Länder übertragbar; allerdings könnte der Interessentenkreis für das Buch sicher mehr Nicht-Brasilien-Spezialisten einschließen, wenn noch ein Kapitel über das methodologische Vorgehen dieser Forschung angefügt worden wäre.

Kosta Mathéy

Neu erschienen

Dieter Hampel (ed.): **Wohnen in der Dritten Welt**; 352 Seiten A4, 1986

Die Materialien-Sammlung kann gegen Zusendung von DM 3,00 in Briefmarken angefordert werden bei: KONTAKT- UND INFORMATIONSSTELLE bei der Kübel-Stiftung GmbH, Darmstädter Str. 100, 6140 Bensheim 1.

Themenbereiche:

Die Situation der Betroffenen (Wohnverhältnisse und Wohn Erfahrungen in der Großstadt / Aufbruch der Landbewohner in die Stadt) - Merkmale und Ausmaß der Verstädterung und Wohnungsnot - Umweltprobleme der Großstädte - Analyse der Ursachen - Wohnungsbaupolitische Strategien von staatlicher Seite / Integration von Initiativen der Bevölkerung in staatlichen Maßnahmen / Initiativen der Betroffenen, Selbsthilfebewegung Selbsthilfe, Stadteilkämpfe und staatliche Politik - Traditionelles Wohnen - Perspektiven - Offizielle Stellungnahme, Programme - Dritte Welt, Erste Welt.

Tony Newson, **Housing Policy**.

An International Bibliography. 398 Seiten, Mansell Publishing Ltd. London 1986.

Mit über 3000 Titeln dürfte diese Bibliografie die umfangreichste ihrer Art zum Thema Wohnungsversorgung sein. Aufgenommen wurden englischsprachige und allgemein zugängliche Publikationen bis einschließlich 1984, wovon etwa die Hälfte die englische Situation behandeln, die andere Hälfte dem Rest der Welt und international vergleichenden Studien gewidmet sind.

Die Eintragungen wurden nach thematischem Zusammenhang in 25 Abschnitte aufgeteilt, und sind zu ca. 50% kommentiert. Ein Index erleichtert den Zugriff.

Ernest Aryeetey, **Decentralizing Regional Planning in Ghana**,

Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 42, 1986, DM 27,-.

Vertrieb: Informationskreis für Raumplanung e.V., Universität Dortmund, Postfach 500 500, 4600 Dortmund 50

Inhalt: Development institutions in planning and the regional development problem in Ghana

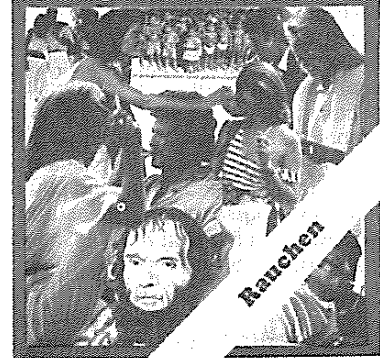
- The evolution of regional development and institutional decentralization policies in Ghana - The institutional framework for development planning in Ghana - Financial resources for regional development projects - A conceptual framework for the decentralization of the institutional framework for regional development planning - An analysis of the institutional decentralization for an integrated rural-regional development programme in the upper region - Towards a decentralized institutional framework for integrated rural development based on small urban centres.

ASA-Programm (Hrsg.), **Nachfragen zur Entwicklungspolitik** 268 Seiten, Saarbrücken 1986. Erhältlich von: ASA, c/o Carl Duisberg Gesellschaft e.V., Lützowufer 6-9, 1 Berlin 30.

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des ASA-Programms fand 1985 ein Symposium über entwicklungspolitische Fragen statt, zu dem sich über 500 Teilnehmer zusammenschlossen. Ca. 50 Beiträge von Referenten dieser Veranstaltung liegen jetzt, teils auf die wesentlichsten Aussagen gekürzt, in Buchform vor. Neben eher grundsätzlichen Vorträgen vor dem Plenum fanden auch Workshops zu bestimmten Themenschwerpunkten statt, wie „Ländliche Entwicklung“, „Frauenprojekte“, „Energieversorgung“, und „Ausbildungsförderung“ Stadtentwicklung und Wohnungsbau.

Rauchen?

BRD und
„Dritte Welt“ 24



Jan. 86, 48 Seiten, 4,- DM

**Rauchen und Weltmarkt,
Rauchen und Hunger
Rauchen und Ökologie
Rauchen und Pestizide
Rauchen und Neokolonialismus
Rauchen und Konzerne**

Abonnieren!

Jedes Jahr 10 neue Hefte

1986: *Rauchen; Helden, Mythen und die Linke (zweibändig); Dritte Welt - Öffentlichkeitsarbeit; Dritte Welt - Handel, Alternative Entwicklungspolitik; Die Deutsche Entwicklungsgesellschaft. Drei weitere Hefte in Vorbereitung.*

10-Hefte-Abo (1 Jahr) nur 28,- DM

Magazin Verlag, Schwefelstr. 6,
2300 Kiel 1, Tel.: 0431 / 56 58 48

English Summaries

Einhard Schmidt Shelter for the Homeless - An Introduction

Homelessness has many faces. The most appalling one is the plight of the pavement dwellers in some Asian cities. The urban poor are highly vulnerable to the social and environmental hazards of life. Any unforeseen event like an accident, unemployment or even the loss of documents may be the beginning of a deep personal crisis which ultimately makes them homeless and compels them to survive on the pavement.

Other problems are overcrowding in slum and squatter areas, insecurity of tenure and permanent threat of eviction. Conventional housing strategies breed another type of crises. The provision of a housing unit does not necessarily create a home. More often than not resettled slum dwellers do not feel at home at all in public so-called low cost flats. In the eighties even rural dwellers find it increasingly difficult to build their own houses. Local building material is no longer as easily available as a few years back.

The article ends with some quantitative aspects of homelessness. After a brief look at global trends of urban growth, various quantitative indicators for the housing situation are discussed: Slum and squatter ratios, housing backlog, measures of overcrowding, provision with physical and social infrastructure.

Mathias Hundsalz The International Year of Shelter for the Homeless (IYSH)

Rapid urbanization and the severe economic crisis contribute to the significant worsening of the housing and living conditions of the poor all over the world. In December 1982, the General Assembly of the United Nations decided to declare 1987 the 'International Year of Shelter for the Homeless' in order to make the international community aware of the pressing problems, and to demonstrate successful approaches towards their solution. The UNCHS (Habitat) in Nairobi was commissioned to prepare and coordinate all national activities related to the IYSH, including primarily five areas of action:

- IYSH demonstration projects
- National political strategies and policies
- Housing, settlement planning and economic development
- Support of local IYSH activities
- Support of the UN- Habitat Commission

Aiming at providing „shelter for all by the year 2000“ the IYSH can certainly not achieve massive solutions within the year itself. Concrete programs on a large scale will have to follow in the years to come af-

ter 1987. However since housing is not the only problem for the populations in need, the IYSH can only represent one element among others within a comprehensive development process. The task can only be mastered if also the poorest sections of the society will be enabled to benefit from social and economic development, and if their own self- help efforts are sufficiently supported.

Dieter Kiel / Rolf-Peter Löhr Activities of the Federal Republic of Germany related to the IYSH

The rapid urbanisation process many developing countries are currently going through, threatens to become a major risk for political stability, social justice and economic development, if it should not be possible to find solutions how to provide adequate shelter and access to infrastructure and services, necessary elements of human life, for the majority of the people. The article explains in brief the position of the Federal Republic of Germany to this challenge and mentions the share of bilateral development assistance spent in the field of housing and urban development. The major aim of the article, however, is to give an overview on the response to IYSH on the international level as well as on the national level in the FRG, where governmental and non- governmental institutions including the nonprofit housing associations address the public in order to mobilize more support of the sector of shelter and urban development in the field of economic cooperation.

Roland Ziss Shelter Projects - A Challenge to Development Policy

Basic needs oriented shelter projects still receive little political support. But both, governments of developing countries and international development assistance agencies are reassessing their impact. With the increasing pressure of urban shelter problems there is now more concern and a growing readiness to promote shelter projects. This tendency is documented by the recent shelter policy paper of the German Ministry for Economic Cooperation which is briefly presented.

Projects have proven to be the single most important instrument of development policy. The question is if shelter projects just cure the symptoms or if they really enable structural change. Experience in many countries help identify the main principles of effectiveness that project planners should take into account:

Public goods support: Shelter projects should concentrate on infrastructure, services and the framework of market development instead of housing.

Process support: Shelter projects should initiate self-sustaining settlement improve-

ment processes based on community participation instead of trying to produce quick results.

Program support: To benefit the largest possible number of participants shelter projects should be replicable and transferable; they should minimize the subsidy content and strengthen institutional capacities within a political program.

Hermann Sträb Urban problems in Africa - Emergency management vs. development planning

In most African cities the lack of infrastructure and urban services is more seriously affecting the quality of life than poor housing. As appropriate approaches towards infrastructure and urban services are badly needed, urban planning is often substituted by short-sighted activities to handle ever new arising emergency cases.

African urban planners still stick to European paradigms that do not fit into African reality at all. To manage urban growth properly, a broad set of technical economic and institutional conditions has to be developed. The supply of minimum infrastructure and basic urban services is crucial for developing any city. Low standards to cut down investment and operation costs not only originate from an economic rationale, they might even offer the chance for settlement patterns that harmonize better with the ecological environment than most industrial urban agglomerations. Urban planning and development concepts have to take into account the local peculiarities, as e.g. the African preference for single-storey buildings and the different traditional types of tenure. Appropriate planning helps provide a minimum of quality of life for the urban poor and overcome the most urging bottlenecks of urban development.

Florian Steinberg Appropriate Training to fight Housing Problems: A Plea for Participatory Neighbourhood Development

It has become known rhetoric to call for the participation of low-income groups within human settlements and neighbourhood development processes. This does not only imply that project users and beneficiaries have to be prepared for participatory action, it further means to train NGOs and organized self-help groups for their assisting task. Presently existing training is either limited to professionals or simply on-the-job-training. The meaning of appropriate training for participatory neighbourhood development is not an adaptation of technocratic-paternalistic concepts of transfer of knowledge or recipes, but an interdisciplinary learning process through "de-professionalization" and "collaborative discoveries" of possible

paths and forms of action: Training is directly geared for enabling NGOs and organized self-help groups. Well experienced NGOs are particularly dedicated in delivering training activities for neighbourhood development and should be promoted to disseminate their know how.

Gislind Budnick
State of art and prospects of habitat research - A TRIALOG position paper

This paper, based on discussions at the last annual TRIALOG meeting, is to introduce the issue of habitat research to the IYSH. Assuming problem areas, such as who brings up the relevant research questions, how can better cooperation be achieved, the feedback of results and appropriate research concepts for different user interests, several guidelines for habitat research are suggested:

- Evaluation of existing and better coordination of current research projects
- More theoretical and methodological backing
- Better exchange and cooperation with researchers in Third World countries
- Obligations for field research including direct local benefit to cooperating population
- Introduction of relevant research approaches for social change.

The paper concludes with recommendations for a dialog between researchers and research sponsoring organizations in order to make habitat research more effective and invites interested persons and institutions for contributions to the issue of habitat research.

TRIALOG

is published quarterly

*

deals with problems of urbanization and human settlements in the Third World

*

is a forum of discussion for architects, civil engineers, economists, urban and regional planners and social scientists

*

stimulates the exchange of experiences and the development of theory

*

All German issues with English summaries

Vol V No.1 March 1986 ISSN 0280-2791

SCANDINAVIAN JOURNAL OF DEVELOPMENT ALTERNATIVES

Post Box 7339, 103 90 Stockholm Sweden.

Special Issue on Nicaragua

<i>Björn Hettne</i>	<i>Self-reliance and Destabilization in the Caribbean and Central America: The Cases of Jamaica and Nicaragua</i>	5
<i>Ted. C. Lewellen</i>	<i>The Lie File: The Political Manipulation of Central American Data by the Reagan Administration, 1981-84</i>	29
<i>Charles Downs</i>	<i>The Development of Local and Regional Government in the Nicaraguan Revolution</i>	52
<i>John Gerassi</i>	<i>Pluralism Vs. Centralism in Nicaragua: The Sandinistas Under Attack</i>	77
<i>Michael Dodson</i>	<i>Democratic Ideals and Contemporary Central American Politics</i>	95
<i>Ruben Berrios</i> <i>March Edelman</i>	<i>Diversifying Dependence: Nicaragua's New Economic Links with the Socialist Countries</i>	115

This is a journal of interdisciplinary social sciences specially devoted to the studies of genuine development related to basic human needs satisfaction such as socio-economic problems, conflict and peace, human rights, migration, environment, North-South relations and anthropological views.

Hinweise für Autoren

Die Zeitschrift *Trialog* wird dezentral im Turnus von lokalen Redaktionsgruppen herausgegeben (Adresse siehe Impressum). Jedes Heft enthält in der Regel: - Mehrere Artikel zu einem Schwerpunktthema - Aktuelle Beiträge und Nachrichten allgemeiner Natur - Ausführliche Buch- und Filmrezensionen - Kürzere Buch- und Medienhinweise - Forschungsabstrakte - Veranstaltungs- und Stellenankündigungen - Leserbriefe.

Die Redaktion lädt Autoren ein, Manuskripte oder Artikelvorschläge in Form von kürzeren Exposé vorzulegen. Aktuelle und gut illustrierte Artikel mit einer Länge von nicht mehr als 25.000 Zeichen (625 Zeichen à 40 Anschläge inklusive Leertasten und Interpunktion) werden vorzugsweise veröffentlicht. Die Manuskripte / Exposé sollen dreifach und nach Möglichkeit in deutscher Sprache als unverkleinerte Kopie an die im Impressum genannte Redaktionsadresse geschickt werden.

Wurde ein Artikel bereits veröffentlicht, ist dies anzugeben, ebenso wenn das Manuskript zwischenzeitlich anderweitig zur Veröffentlichung angenommen wird. Die Manuskripte mit Angabe des Verfassers (Name, Adresse, ggfs. Institution) sollen durch eine Zusammenfassung der wichtigsten Thesen (ca. 200 Worte) als "english summary" ergänzt werden. Alle Illustrationen müssen mit Bildunterschrift versehen werden. Anmerkungen sollen durchgehend nummeriert am Ende des Textes erscheinen; die bibliographische Zitierweise bleibt den Autoren überlassen, doch muß sie einer für wissenschaftliche Arbeiten üblichen Methode entsprechen.

Copyright: Die Herausgeber von *Trialog* sind nicht in der Lage, Honorare zu zahlen. Dafür wird keine Übertragung des Copyrights beansprucht. Alle Beiträge dürfen unter Nennung der Quelle nachgedruckt werden, - vorausgesetzt, daß drei Belegexemplare an *Trialog* geschickt werden (davon 1 für Verfasser), und daß der Autor dies nicht ausdrücklich durch den Vermerk: © vor seinem Namen untersagt.

Die Redaktion behält sich vor, Manuskripte ggf. stilistisch zu überarbeiten und zu kürzen, wo der verfügbare Platz dies erfordert. Inhaltliche Änderungen und Ergänzungen sind jedoch nur nach Rücksprache und mit Genehmigung des Autors möglich, der gleichzeitig eingeladen wird, sein Manuskript in einer vorbereiteten Redaktionsitzung zu diskutieren. Empfehlungen zur Überarbeitung beinhalten nicht automatisch eine Publikationsgarantie. Prägnant gefaßte Leserbriefe sind willkommen und werden soweit möglich an den Autor weitergeleitet und gegebenenfalls zusammen mit dessen Stellungnahme abgedruckt.

ADVANCE NOTICE AND CALL FOR PAPERS

International Conference
in Berlin on the 10th and 11th of June 1987

APPROPRIATE TECHNOLOGIES FOR HOUSING CONSTRUCTION IN THE DEVELOPING WORLD

Recent Innovations, Criteria for Selection,
Implications and Acceptance of Innovations

In face of an immense housing shortage affecting an increasing part of the population in both industrialized and in developing countries the year 1987 has been declared the INTERNATIONAL YEAR OF SHELTER FOR THE HOMELESS by the United Nations. Particularly in Third World nations the housing crisis is a direct consequence of the economic crisis affecting a whole nation. Thus, to insure adequate living standards for the masses, the best use of the available material resources and the minimization of waste still remain a precondition for any realistic housing policy. Within an integrated development strategy the use of appropriate technologies must complement other social means such as centralization policies, training and institution building, or selfhelp efforts.

The adaptation of traditional building materials and -methods to modern needs and requirements, and the appropriate use of intermediate and modern technologies can play an important role in keeping the building cost within the means of the population in need, and to facilitate the creation, conservation, and recovery of a socially and culturally acceptable environment.

Research into appropriate technologies has greatly advanced over the past decade; and today we are in a position where there is a substantial body of knowledge on technical alternatives, which may help us to create a satisfactory housing environment adequate to the needs of the poor and the better off alike. However, what still remains a mayor problem, is:

- * to ensure dissemination of, and access to, relevant information for the population in need,
- * to encourage the acceptance and social appropriation of this technology by the users, but also by technicians and administrators,
- * and to understand better the various economic, political and ecological implications connected to the use of different types of technology.

The two-day conference will cover both "hardware aspects" and "software aspects" related to Appropriate Building Materials and -Technologies, including:

ENERGY AND HOUSING
IMPROVED EARTH AND CONCRETE CONSTRUCTION
BUILDING MATERIALS MADE FROM PLANTS
BUILDING BIOLOGY & ECOLOGICAL ASPECTS AUTONOMOUS ARCHITECTURE
SELECTION CRITERIA TO CHOOSE APPROPRIATE TECHNOLOGIES
INFORMATION DISSEMINATION AND
ACCEPTANCE OF INNOVATIONS

Parallel to the lectures audiovisual material will be shown. An exhibition will display related publications, samples of different building materials, and simple tools and instruments for their production.

The conference will be hosted by TRIALOG in association with the DEVELOPMENT WORKSHOP (Toronto), GRET HUMAN SETTLEMENTS CELL (Paris), PGCHS (Leuven), INSTITUTE FOR HOUSING STUDIES (Rotterdam), POLITECHNICO (Milano), UNIVERSITY OF TRIESTE (Italy), C.I.T.A. COOPERATIVE (Managua), AIT (Bangkok) and HABITAT FORUM Berlin.

Offers for papers (one-page abstracts) and for exhibits are being accepted until December 31st, 1986. For further information contact K. Mathéy or Rita Sampat at:

TRIALOG Regional Office Süd
Hofangerstrasse 21
D-8000 München 83
West Germany
Tel (0)89-400715

ISSN 0724 - 6234

TRIALOG

Zeitschrift für
das Planen und Bauen
in der Dritten Welt

TRIALOG

*

erscheint vierteljährlich

*

beschäftigt sich
mit Wohnproblemen und
Verstädterungsprozessen
in der Dritten Welt

*

stellt Lösungsansätze von
Architekten, Bauingenieuren,
Ökonomen, Planern
und Sozialwissenschaftlern vor

*

ist ein Forum für den Austausch
von Praxiserfahrungen
und Forschungsergebnissen

*

regt die wissenschaftliche Diskussion
an und fördert die Kommunikation
mit Kollegen aus der Dritten Welt

*

Schwerpunkthefte:

5 / 85 Ausgrenzungen. Arbeitstitel „Ghettos“

6 / 85 Socialist Housing?

(Doppelheft, englisch)

7 / 85 Raum-Ordnungen

8 / 86 Erneuerung historischer Stadtzentren

9 / 86 Mittelstädte

10 / 86 Frauen

11 / 86 Internationales Jahr der Hilfe
für Menschen in Wohnungsnot 1987
(Doppelheft)

12 / 87 Angepaßte Technologien

13 / 87 Slum and Squatter Upgrading
(Doppelheft, englisch)

*

Einzelheft: DM 9,-
(Studenten DM 6,- Institutionen DM 12,-)
Doppelheft: DM 12,-

TRIALOG

Aboservice und Vertrieb:
Hundertmorgen Medienversand
Postfach 1152
D-6107 Reinheim 2
Tel. 0 61 62 - 16 74